

Champion der Menschlichkeit: Arthur Cohn würdigt Roger Federer

Nummer 29 – 18. Juli 2019 – 87. Jahrgang
Fr. 9.– (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Glücksfall Seidenstrasse

Warum das chinesische Jahrhundertprojekt eine grosse Chance ist.

Von Ruedi Nützi

Festhütte Schweiz

Feiern sich die Eidgenossen in den Untergang? *Von Christoph Mörgeli*

Wie eine elegante Elfe schwebt sie in Hollywood

Caitriona Balfe, eine der interessantesten Frauen des Bildschirms.

Von Michael Bahnerth

4 194407 006904 29



VOR UNS DIE WELT

WENN AUS WEITSICHT
WELTSICHT WIRD.

Willkommen an Bord einer Kreuzfahrtflotte,
die jedem Vergleich vorausfährt – mit kleinen individuellen
Schiffen und größter persönlicher Freiheit.



HAPAG ¹⁸/₉₁ LLOYD
CRUISES

Mehr über unsere Luxus- und
Expeditionsreisen erfahren Sie unter:
www.vor-uns-die-welt.ch



Der dritte Mann: Apollo-11-Astronaut Michael Collins mit Gattin Patricia, 1969.

«Die Schweiz hat von allen Völkern Europas die meisten Feste.» Dieses Zitat stammt von 1885. Es dürfte möglicherweise auch heute noch gelten. Endlos ist auch diesen Sommer die Zahl von Festen, Feiern und Festivals. Christoph Mörgeli beschreibt die Schweiz als einzige Partymeile. Sind Volksfeste von Gutem oder von Schlechtem für unser Volk? Darüber streiten Gelehrte, Theologen, Politiker und Schriftsteller seit je. Den Menschen ist's egal. Sie strömen in Massen in die Festhütte Schweiz. Das Festen und Feiern macht nun einfach mal mehr Spass als die Arbeit und der langweilige Alltag. **Seite 26**

Wikipedia gehört längst zum Alltag der meisten Schweizer wie das Smartphone. Die frei zugängliche Internet-Enzyklopädie verschafft Milliarden von Menschen Zugang zum Wertvollsten, was es überhaupt gibt: Wissen. Doch wie zuverlässig sind die von Tausenden Freiwilligen zusammengetragenen Informationen? Redaktor Alex Baur hat hinter den Kulissen recherchiert und dabei Erschreckendes aufgedeckt: Ein grüner Lokalpolitiker und Klimaaktivist aus Bayern verfasst und kontrolliert die Wikipedia-Beiträge zu umstrittenen Themen wie «Energiewende», «Klimaleugner» oder «Einspeisevergütung» praktisch im Alleingang. Wer ist dieser Mann? Und: Wovon lebt er eigentlich? **Seite 30**

Eine schockierende Geschichte erreicht uns vom Berner Theaterproduzenten Lukas Leuenberger. Er erzählt, wie seine Eltern von der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) «verbeiständigt» wurden. Der hochbetagte Vater, zeitlebens Pfarrer, starb aus

Gram. Die Mutter wurde um ihr Wohnhaus gebracht und aus dem christlichen Altersheim hinausspediert. Alles geht zurück auf eine «Gefährdungsmeldung» der ältesten Schwester. Ohne Rücksprache mit den andern sieben Pfarrerskindern. Der Rechtsweg erwies sich als aussichtslos. **Seite 32**

An der Umweltpolitik der FDP scheiden sich die Geister. Die einen sehen in Petra Gössi grüner Wende einen Geniestreich, um zu verhindern, dass die Freisinnigen im Wahljahr unter die Räder kommen. Die anderen sind der Meinung, dass die Freisinnigen mit ihren neudefinierten Positionen liberale Grundsätze verraten. Wirtschaftsredaktor Florian Schwab hat sich dem Thema von einer ganz unsentimentalen Seite genähert, nämlich mit dem Taschenrechner: Was kostet die Umweltpolitik der FDP den Bürger? Die Antwort: 40 Milliarden Franken in den nächsten zehn Jahren. **Seite 36**

Sechzig Millionen hielten den Atem an, als sie vor fünfzig Jahren am Fernsehen live mitverfolgten, wie Neil Armstrong und Buzz Aldrin als erste Menschen den Mond betraten. Derweil verschwand der dritte Mann der Apollo-11-Mission in absoluter Isolation. Michael Collins war die undankbare Rolle zugeordnet, auf der Umlaufbahn zu warten, bis seine Kollegen von ihrer historischen Expedition zurückkehrten. «Seit Adam hat kein Mensch solche Einsamkeit erfahren wie Mike Collins», konstatierte damals der Sprecher der Nasa. Urs Gehrigger porträtiert den einsamen Helden und schildert, was dieser auf seiner Reise hinter dem Mond erlebte. **Seite 48**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),
Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Michael Bahnert, Rico Bandle (*Leitung Kultur*),
Alex Baur, Erik Ebner, Katharina Fontana,
Urs Gehrigger (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser,
Christoph Mörgeli, Florian Schwab,
Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Andreas Honegger, Mark van Huisseling,
Hansrudolf Kamer, Peter Keller,
Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl,
Franziska K. Müller, Matthias Matussek,
Daniela Niederberger, Linus Reichlin,
Thomas Renggeli, Chris von Rohr,
Peter Ruch, Peter Rüedi,
Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp,
Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger,
Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*),
Tamara Wernli, Max Wey,
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),
Karin Erdmann
Bildredaktion: Jasmin Karim (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antunovits, Renate Brunner,
Nadia Ghidoli, Sandra Noser,
Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),
Inga Huber

Verlag:
Verlagsleiter: Sandro Gianini
Anzeigenverkauf: Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: GLA United
Tarife und Buchungen: weltwoche@gla-united.com

Betriebsleiter: Guido Bertuzzi
Druck: Print Media Corporation, PMC,
Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



Das neue GLC Coupé. Das Upgrade für Ihren Lifestyle.

Mit seinen innovativen Technologien, den intelligenten Fahrassistenten und dem intuitiven Bedienkonzept bringt das neue GLC Coupé ein ungeahntes Fahrvergnügen in Ihren Alltag. Gekonnt verbindet dieses Mercedes-Benz Modell die Sportlichkeit eines Coupés mit der Funktionalität eines SUV und wird damit zum Traumfahrzeug für Freiheitsliebende mit Stil. Buchen Sie noch heute Ihre Probefahrt unter www.mercedes-benz.ch/GLC



Speisekarte

Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.

Von Roger Köppel

Was führende EU-Funktionäre über die Schweiz denken, kommt immer deutlicher heraus. Der abtretende Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker bezeichnete die Schweiz einmal als «geostrategisches Ünding», gemäss Duden ein «Schandfleck». Was macht man mit einem Schandfleck? Man wischt ihn weg.

Manfred Weber, seines Zeichens gescheiterter Ex-Favorit auf die Juncker-Nachfolge, schimpfte vor wenigen Monaten über die «störrischen Schweizer», die das von der EU so sehnlichst gewünschte Rahmenabkommen partout nicht unterzeichnen würden. Man werde, so Weber, gegen die Eidgenossen «andere Saiten» aufziehen müssen.

Kurz vor den Sommerferien giftete ein genervter Johannes Hahn, EU-Kommissar aus Österreich, die Schweiz brauche dringend einen «Warnschuss vor den Bug», weil sie beim Rahmenvertrag angeblich auf Zeit spiele.

Hahns Kollege Michael Matthiessen, EU-Botschafter in Bern, doppelte drohend nach: «Wenn ihr nicht am Tisch sitzt, kommt ihr auf die Speisekarte.»

Frei übersetzt: Verweigert die Schweiz beim Rahmenabkommen weiter ihre Unterschrift, wird sie von der EU aufgefressen.

Darf man mit Leuten, die einen auf die Speisekarte setzen wollen, einen Vertrag abschliessen? Vielleicht. Wenn es ein guter Vertrag ist.

Auf gar keinen Fall aber darf man Leuten, die so daherreden und die Schweiz verspeisen wollen, mit einem Vertrag Macht über die Schweiz und ihre Gesetzgebung übertragen.

Man liefert sich nicht seinen Gegnern aus. Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.

Genau das aber ist der Plan vieler Politiker im Bundeshaus. Sie fordern wie Juncker, Weber, Hahn und Matthiessen eine möglichst baldige Unterzeichnung des institutionellen EU-Rahmenabkommens.

Dieser Vertrag würde die Schweiz zum Passivmitglied, zur Rechtskolonie der EU machen. Brüssel diktiert, die Schweiz gehorcht. Volk, Kantone, Parlament und Bundesgericht wären entmachtet.

Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber: Die beiden Zürcher Ständeräte Daniel Jositsch (SP) und Ruedi Noser (FDP) sind beide glühende Verfechter dieses institutionellen Abkommens, mit dem die EU die Macht über wesentliche Teile unserer Rechtsordnung übernehmen würde. Beide sind sie bereit, Leute wie Juncker, Hahn oder Matthiessen ans Ruder zu lassen, die über die Schweiz reden wie früher die amerikanischen Siedler über die Indianer.

Wenn der Rahmenvertrag kommt, verlieren nicht nur die Stimmbürger ihre Volksrechte. Es braucht auch keine oder fast keine National- und Ständeräte mehr. Um die von Brüssel diktierten Gesetze abzuschreiben, sind nicht 246 Parlamentarier nötig. Es genügen ein paar Anwälte und Beamte in Bern. Noser, Jositsch und andere, die für das Rahmenabkommen eintreten, arbeiten im Grunde ihrer Abschaffung entgegen.



Institutionelle Unterwerfung: Ständeräte Noser und Jositsch (r.).

Auch bei den Wirtschaftsverbänden ist die Sehnsucht gross, die Schweiz an die EU anzudocken. Unzweifelhaft käme unser Land dann noch stärker ins politische Fahrwasser, unter politischen Einfluss der EU.

Es würde viel schwieriger, es anders und besser zu machen. Steuern und Abgaben würden steigen. Die Brüsseler Regulierungsflut würde die Schweiz direkter treffen.

Wohin die EU driften will, zeigte sich am Dienstagmorgen an der grossen Bewerbungsrede der neuen Chefkommisarin Ursula von der Leyen.

Die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin, die jetzt Junckers Nachfolge antritt, plädierte für ein «klimaneutrales, soziales, geeintes Europa». Grosse Internetkonzerne sollen höher besteuert, die Mindestlöhne angehoben werden.

Ein Internetportal fasste zusammen: «Energische Rede, Konzessionen an alle.»

Von der Leyen steht für eine EU, die den Nationalstaaten nicht mehr, sondern weniger Verantwortung zugestehen will. Sie fordert Mehrheitsentscheidungen, also mehr Zentralismus, wie es Frankreich möchte. Gegen die illegale Migration versprach sie vorzugehen. Gleichzeitig stellte sie sich ausdrücklich hinter die umstrittene bis gesetzeswidrige Seenotrettung, die Anreize schafft für immer mehr illegale Migration.

Wie Kanzlerin Merkel ist sie für zwingende Flüchtlingsquoten, die EU-Mitgliedstaaten per Mehrheitsbeschluss aufgenötigt werden sollen. Hilflös ist die Schweiz mit dem Schengen/Dublin-Abkommen an diesen Mechanismus ange koppelt.

Was die EU macht und will, ist ihre Sache. Aber warum soll sich die Schweiz ohne Not noch enger an eine Organisation anbinden, die sich mit einer kriegerischen Sprache und mit Erpressungen Einfluss auf unsere Rechtsordnung zu verschaffen versucht?

Selbstmörderisch wäre es, dieser durch den Brexit verunsicherten und aggressiver auftretenden EU mit einem institutionellen Abkommen Vollmachten und Durchgriffsrechte in der Schweiz zu übertragen.

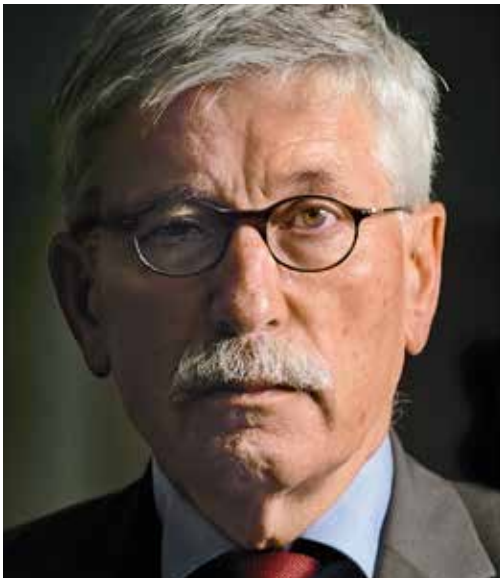
Konkret will von der Leyen Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent des Planeten umbauen. Dazu sind neue Verbote, Gesetze und gigantische Lenkungsabgaben, also Steuern, nötig. Ob solche Ziele überhaupt erreichbar sind, steht in den Sternen. Die EU ist auch ein Resonanzkörper für die Verlautbarung von Plänen, die oft an der Wirklichkeit scheitern.

Tatsache bleibt, dass eine engere EU-Anbindung die

Schweiz grossen unnötigen Risiken aussetzen würde. Der Verlust an Volksrechten und Unabhängigkeit, die uns das Austüfteln massgeschneiderter Lösungen erlaubt, wird durch den angeblichen Abbau bürokratischer Hindernisse für einige Exportunternehmen nicht wettgemacht.

Im Gegenteil. Die Schweiz sollte ihre langfristigen Erfolgsgaranten – Selbstbestimmung, Föderalismus, Neutralität, direkte Demokratie – nicht auf dem Altar kurzfristiger Bequemlichkeiten opfern.

Von der Leyen sprach sich für eine bedeutendere machtpolitische Rolle Europas und der EU in der Welt aus. Die Schweiz sollte bei solchen Grossmachtfantasien misstrauisch abseits stehen. Als Kleinstaat haben wir am Tisch der Mächtigen und der Möchtegernmächtigen nichts zu suchen. Die Schweiz kann, soll und muss als Land weltoffen, beweglich und damit frei, also unabhängig von der EU bleiben.



Verteidigungsrede: Thilo Sarrazin. Seite 44



Eines zu viel? «Züri-Fäscht». Seite 26



Sie gehört zu jener neuen Gilde, die die Hollywoodstars von früher abgelöst hat.

Caitriona Balfe: Seite 12

Titelgeschichte

- 16 **Lob der Seidenstrasse**
Chance für die Schweiz

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
9 **Kommentare** Eine Bombe tickt
10 **Migration** Schläger darf bleiben
11 **Eine Frage der Moral**
Erfundene Verbrechen
12 **Kopf der Woche**
Schauspielerin Caitriona Balfe
20 **Essay der Woche** Moral erdrückt Fakten
22 **Mörgeli** 200 Jahre Meister Gottfried
22 **Bodenmann**
Schweizer Landwirtschaft hat Zukunft
23 **Medien** New kid on the block
23 **Die Deutschen** Germany first

Inland

- 26 **Festhütte Schweiz** Feiern wir zu viel?
32 **Übergriff auf meine Eltern**
Lukas Leuenberger über die Kesb
33 **Polit-Affäre** Lügen fast wie gedruckt
34 **Gewerkschaften**
Bündnis mit dem Gegner
36 **Freisinn**
So viel kostet die FDP-Klimapolitik
38 **Aktivistin Meret Schneider**
Bessere Welt
39 **Meteo Schweiz** Überhöhte Rechnungen
41 **«Dann gibt er wenigstens Ruhe»**
Interview mit dem obersten Schweizer
Badmeister

Ausland

- 44 **Thilo Sarrazin** «Ich bin Mitglied der
SDP und werde es auch bleiben»
46 **Zauberer von Oz**
Australiens Premier Morrison
47 **Inside Washington** Trumps Befehl
51 **EU** Daumenschrauben
51 **Trump** Pawlows Gesetz

Wirtschaft & Wissenschaft

- 28 **ETH-Präsident Mesot**
Zu viel Freiheit tut auch nicht gut
30 **Andreas Lieb**
Knuttis grüner Schatten
48 **Michael Collins**
Der Mann hinter dem Mond

Kultur & Gesellschaft

- 52 **Ikone der Woche**
Arthur Cohn würdigt Roger Federer
54 **Diderot**
Intellektuelle Explosion
57 **Mode** Der feine Unterschied
zwischen eng und zu eng
58 **Legenden**
Die Bildschirm-Nackten von 1978
59 **Mathematik**
Jeder kann gewinnen

Interview

- 42 **«Die Schweiz wird immer beliebter»**
Uhrenhändler René Beyer

Rubriken

- 9 **Im Auge**
Bernard Tapie
14 **Personenkontrolle**
15 **Nachruf** Ross Perot
24 **Darf man das?**
24 **Leserbriefe**
25 **Fragen Sie Dr. M.**
60 **Die Bibel** Unschuldig?
60 **Kino** «L'incroyable histoire
du facteur Cheval»
61 **Knorrs Liste**
61 **Jazz** Aki Takase
62 **Thiel** Wissenschaft
62 **Namen**
Wünsche in der Zeitkapsel
62 **Fast verliebt** Spuk im Elternhaus
63 **Unten durch** Porträtfoto
64 **Wein** David Moret Rully AOC 2016
64 **Salz & Pfeffer**
Cheval Blanc by Peter Knogl, Basel
65 **Auto** Skoda Karoq Sportline
66 **Tamaras Welt**
Egomonster Klimaanlage

800° GRILLPOWER



AKTIONSPREIS

Fr. 199.-, statt 299.-

gültig bis 29.07.2019, solange Vorrat.



© Foto by smith-art.ch



800° GRAD GRILLPOWER: Durch die extreme Hitze von 800° - 860° karamellisiert der BULL BURNER Oberhitze grill die Oberfläche von Fleisch in Sekunden, ohne es auszutrocknen. Die Fleischsäfte bleiben da wo sie hingehören - im Fleisch!

GESCHMACKSEXPLOSION: Das Grillgut wird der Hitze nur sehr kurz ausgesetzt, was dazu führt, dass es aussen eine perfekte Kruste aufweist und innen unfassbar saftig bleibt.

EXTREM VIELSEITIG: Mit dem BULL BURNER gelangen Ihnen nicht nur perfekte Steaks, der Grill eignet sich auch für Fisch, Meeresfrüchte, Gemüse, Desserts und vieles mehr.

100% QUALITÄT: Bei BULL BURNER Grills liegt der Fokus im Design und der Verarbeitung. Es werden ausschliesslich hochwertige Materialien verwendet. Der Grill besteht aus rostfreiem Edelstahl.

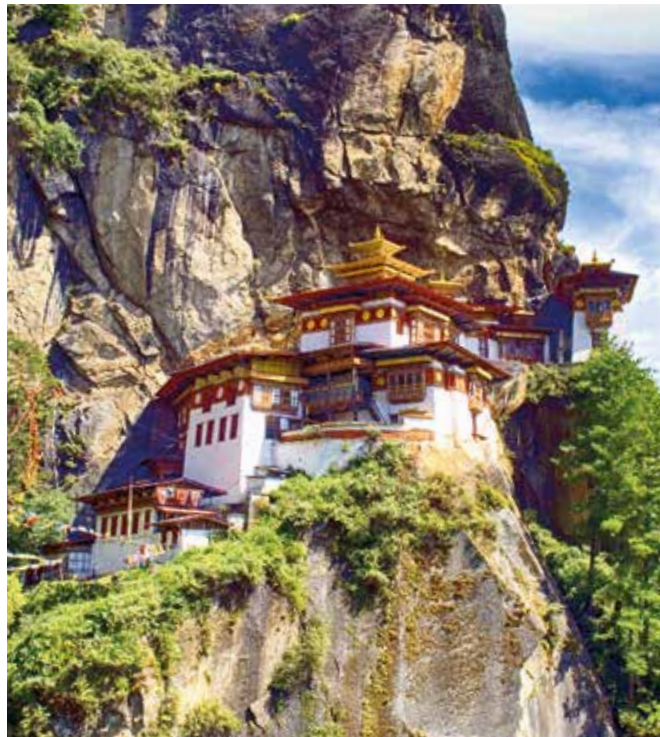
KOMPLETTES SET:

- Bull Burner mit Keramikbrenner
- Elektrische Zündung
- Gasdruckregler mit Schlauch
- 1 Grillrost inkl. Heber
- 2 Edelstahlschalen
- 1 Grillzange

Design: Made in Germany.

Erhältlich in Ihren **Do it + Garden Migros** Filialen  **doitgarden.ch**

www.bullburner.ch



© AdobeStock: wyljoack, UlyssesPixel, nyiragongo, ipekmorel, kardd

VIP-Reise «Bhutan»

Königliches Juwel am Himalaja

Eingebettet zwischen den höchsten Bergen der Welt, liegt ein Land voller Kultur und Mystik: Bhutan. Im Süden von Indien und im Norden von China begrenzt, ist Bhutan umgeben von Magie und Geheimnissen, ein wunderschönes Land mit spannenden Kontrasten. Es hat bis heute seine Ursprünglichkeit und faszinierende Kultur bewahrt.

Tauchen Sie ein in die Geschichte des einzigen Landes der Welt, in dem das Glück der Bewohner offiziell oberstes Staatsziel ist! Die Route führt uns vorbei an eindrucksvollen Städten und über hohe Pässe. Wir erleben spektakuläre Naturlandschaften, verträumte Dörfer und kommen in persönlichen Kontakt mit der überaus lebenswerten Bevölkerung.

Heilige Pilgerstätten und Klöster

Wir erkunden die Städte Paro, Punakha, Trongsa und auch die Hauptstadt Thimphu sowie das Phobjika-Tal. Zu den Reisezielen zählen imposante Tempelanlagen, mit atemberaubender Aussicht auf idyllische Täler und die majestätischen Berge.

Die wichtigsten und auch ältesten Klöster Bhutans werden wir bewundern können, so etwa Jambay Lhakhang, Kurjey Lhakhang oder das weltberühmte «Tigernest»-Kloster

in über 3000 Meter Meereshöhe. Beim Besuch eines Klosterfestes tauchen wir ein in die faszinierende Welt des Buddhismus.

Majestätische Berge, Natur pur

Die Reisezeit im Oktober ist ideal, denn jetzt zeigen sich die schneebedeckten Berge des Himalaja-Massivs besonders klar unter dem strahlend blauen Himmel. Die Flora und Fauna des Himalaja erleben wir in einem intakten Zustand: Tiere und Pflanzen sind heilig und durch die Verfassung geschützt.

Die zweiwöchige Exkursion mit wunderbaren Ausflügen und Begegnungen ist voller Eindrücke, die Sie mit Sicherheit Ihr Leben lang nicht vergessen werden.

Das detaillierte Reiseprogramm und ein Anmeldeformular finden Sie unter www.weltwoche.ch/platin-club

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Reise «Bhutan»
20. Oktober bis 4. November 2019

Reiseleistungen:

- Flug mit Qatar Airways von Zürich über Doha nach Kathmandu und zurück
- Flug mit Drukair von Kathmandu nach Paro und zurück
- Alle Fahrten und Transfers im Reisebus
- Je 1 Übernachtung in Punakha, Trongsa und im Phobjika-Tal
- Je 2 Übernachtungen in Kathmandu und Thimphu
- Je 3 Übernachtungen in Paro und in Bumthang (im Schweizer Gästehaus der Familie Maurer)
- Alle Mahlzeiten (Frühstück, Mittag- und Abendessen) gemäss Programm
- Alle Ausflüge und Besichtigungen
- Qualifizierte, Deutsch sprechende Reiseleitung

Preis:

Mit Weltwoche-Abo: Fr. 6800.– p.P. im DZ
Für Nichtabonnenten: Fr. 7100.– p.P. im DZ
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 640.–

Buchung:

Reservieren Sie Ihr Arrangement über Telefon 091 752 35 20 oder per E-Mail an info@mondial-tours.ch

Veranstalter:

Mondial Tours MT SA, Locarno

www.weltwoche.ch/platin-club

Eine Bombe tickt

Von Urs Paul Engeler — Von der Notintervention zum Dauerzustand: Die Abschöpfung von Negativzinsen ist die grösste Umverteilungsmaschine, die nicht demokratisch legitimiert ist.



Wenig Vertrauen in die Fähigkeiten der Wirtschaft: SNB-Präsident Jordan.

In wenigen Wochen muss eine erschreckende Zahl konstatiert werden. Mitten im Herbst wird jeder der 8,4 Millionen Bewohner der Schweiz der Nationalbank (SNB) im Schnitt rund tausend Franken an Negativzinsen abgeliefert haben, total also 8,4 Milliarden. Die meisten Menschen haben, im still schwindenden Rentengeld fast unbemerkt, etwas weniger bezahlt, die andern ganz direkt und ziemlich viel mehr. Je mehr ein Bürger spart und je mehr er in seine Vorsorge investiert, umso gröber wird er geschröpft. Und das, so die düstere Aussicht, dürfte in den nächsten Jahren so bleiben, vielleicht sogar für immer.

Als im Januar 2015 SNB-Präsident Thomas Jordan das Ende des künstlich auf bei gut 1.20 Franken gehaltenen Euro-Kurses verkündete und Negativzinsen von 0,75 Prozent auf hohen Sichtguthaben dekretierte, glaubten Experten, Wirtschaftsleute, Politiker und auch viele arglose werktätige Leute an eine bizarre, aber kurzzeitige Notmassnahme, um den Schock der Freigabe des Wechselkurses temporär abzufedern. Mittlerweile sind bereits viereinhalb Jahre vergangen. Zwischen 2015 und 2018 hat die Nationalbank mit diesem Strafzins bereits 6,756 Milliarden Franken einkassiert, wie den Geschäftsberichten zu entnehmen ist; in diesem Jahr sollen nochmals gegen 2,2 Milliarden dazukommen. Von einem Ende der permanenten Vermögensabschöpfung durch die Nationalbanker spricht niemand mehr.

Im Gegenteil: Die Perspektiven verdüstern sich. Die Wahl der Französin Christine Lagarde an die Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) verheisst die Fortsetzung oder gar eine Verstärkung der expansiven Geldpolitik in der Euro-Zone. Und da Thomas Jordan mit den Negativzinsen den Franken faktisch an den leichten Euro gekoppelt hat, wird sein Minus-Instrument auch die nächsten acht Jahre in Kraft bleiben. Im April, bei einem Treffen des IWF und der Weltbank, hatte Jordan bereits dunkel angetönt: «Wir betonen immer den Punkt, dass wir Raum haben, um die Zinsen noch weiter herabzusetzen.» Bis Ende Oktober 2027 dauert die Amtszeit Lagardes.

Demokratische Todsünde

Politisch gesehen, sind die Negativzinsen nichts anderes als die einzige bundesweit erhobene Steuer, die nicht von Volk und Ständen abegesenet, sondern von oben verfügt worden ist: ein direktdemokratischer Gräuel ersten Ranges. Die jährlichen Milliarden erträge fliessen nicht etwa in einen speziellen Fonds, der nach Ablauf der Intervention den ungefragt Geschädigten zurückerstattet oder aufgrund von demokratischen politischen Entscheiden für besondere Projekte oder zugunsten der AHV verwendet wird. Das viele Geld, das nicht nur Geschäftsbanken und deren reiche Kunden, sondern auch die Pensionskassen und

»» Fortsetzung auf Seite 10

400 Mio. vom Staat



Bernard Tapie, Sieger bis zuletzt.

Nanard», wie ihn Frankreich nennt, ist schon alles gewesen. Verkäufer von Fernsehgeräten, TV-Star, Mitbesitzer des Senders TF1. Unternehmer, Finanzhai, Sanierer von maroden Firmen, Patron von Tour-de-France-Siegern, Minister für Stadtentwicklung, weil er in den Banlieues populär war und ein *chouchou* Mitterrands, Abgeordneter, Europaparlamentarier. Präsident von Olympique Marseille und 1993 Gewinner der ersten Champions League. Er sass acht Monate im Gefängnis ab wegen Korruption im Fussball und anderer Bagatellen, und als er herauskam, war er pleite und wurde Schauspieler mit seiner unwiderstehlichen *gueule*, dem zweitsympathischsten Gesicht Frankreichs nach Alain Delon.

«Nanard» umweht ein Glücksritterparfüm. Sein Schicksalstag fiel mit seinem Auftritt damals im Sommer 1990 zusammen, als er in Rom während laufender Fussball-WM die Medien einberief und verkündete, er habe die taumelnde Weltmarke Adidas übernommen. «Der Frosch schluckt den Storch», die Schlagzeile traf es. Tapie konnte das Geschäft schliesslich nicht stemmen, weil der staatliche Crédit Lyonnais, sein Kreditgeber, drei Jahre später kollabierte. Die Bank schritt zur Zwangsenteignung Tapies und verkaufte Adidas umgehend zum doppelten Preis, 2,085 Milliarden Franc, an den Financier Robert Louis-Dreyfus weiter. Erst im Jahre 2005 wurden Tapie 135 Millionen Euro Schadenersatz zugesprochen, vom Kassationsgericht jedoch wieder gestrichen. Ein von Christine Lagarde, der damaligen Wirtschaftsministerin, eingesetztes privates Schiedsgericht sprach Tapie 2008 den mit Zinsen aufgerundeten Betrag von 403 Millionen Euro zu. Doch die Justiz liess nicht locker und verfolgte Tapie und seine Wohltäter wegen «bandenartig organisierten Betrugs». Und jetzt: Freisprüche auf der ganzen Linie, entlastet ist auch Lagarde. Der Staat muss Tapie vollumfänglich entschädigen. «Nanard» nahm das Urteil im Spitalbett entgegen. Er ist mittlerweile 76 und an Krebs erkrankt, und er plant, über seinen Kampf einen Film zu drehen, als Sieger. Peter Hartmann

(zum Teil) der AHV-Fonds abliefern müssen, wird in der SNB-Rechnung als ganz normaler Gewinn verbucht und dient so als Basis für die jährliche Ausschüttung an Bund und Kantone. Während politisch, wie es sich gehört, auch über bescheidene Millionen-Beträge heftig gestritten wird und schliesslich demokratisch befunden werden muss, entscheidet die hohe Nationalbank-Spitze in Eigenmacht über zusätzliche Fiskalabgaben in der Dimension von mehreren Milliarden pro Jahr.

Sparer subventionieren Exporte

Die Ausschüttung der Sondersteuer an Bund und Kantone könnte den Eindruck erwecken, dass die Erhebung von Negativzinsen ein politisch harmloses Nullsummenspiel sei und dass die bei den Leuten abgeschöpften Milliarden schliesslich wieder an die Allgemeinheit zurückflössen. In Tat und Wahrheit handelt es sich jedoch um eine gigantische Umverteilung: Sparer und künftige Pensionäre subventionieren mit den abgezackten Zinsen die Exportwirtschaft und den Tourismus. Sie decken Jahr für Jahr die Lücke zwischen dem (höheren) Marktwert des Frankens und dem (künstlich tiefer gehaltenen) politischen Preis der Schweizer Währung.

Dass Bund und Kantone mit diesen Nebeneinnahmen die Kassen füllen, mag der Grund sein, dass die Politik die Kritik an diesen Milliarden-Transfers ganz leise hält. Vorstösse zur Revision dieses Regimes prallten regelmässig am Argument der Unabhängigkeit der Nationalbank ab. So muss nicht diskutiert werden, dass die SNB faktisch Steuern eintreibt. Sollte diese Umschichtung jedoch verstetigt und gar noch gesteigert werden, dürfte das Staunen der Leute bald in Murren und das Knurren dann in Protest übergehen. Irgendwann wird die Lunte zu brennen beginnen.

Denn die Begründung für die Zinsabschöpfung, welche die Nationalbank repetitiv vorträgt, ist zumindest fragwürdig. Die Schweizer Wirtschaft hat es mit wenig Leiden verkraftet, dass der Euro-Kurs sukzessive von über 1.80 Franken bis gegen Parität abgesackt ist. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die erstarkende Währung die Unternehmen zur permanenten Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, also zu ihrem Glück, gezwungen hat. Wenn SNB-Präsident Jordan seit Januar 2015 wiederholt, der Franken sei «zu hoch» bewertet, zeugt das nicht nur von einem äusserst merkwürdigen Marktverständnis, sondern auch von einem geringen Vertrauen in die Fähigkeiten und Leistungen der Wirtschaft. Angesichts des anhaltenden Beschäftigungsbooms, der mit dem Import von immer mehr Arbeitskräften gemeistert werden muss, stellt sich mittlerweile ernsthaft die Frage, ob die SNB-Spitze mit ihren Exportsubventionen Blähungen bewirkt und so langfristig falsche Strukturen schafft.

Schläger darf bleiben

Von Christoph Mörgeli — Der vierzehnjährige Syrer, der seiner Lehrerin den Kiefer brach, wird umfassend betreut. Eine Ausschaffung hat weder der Täter noch seine Familie zu befürchten.



Ermahnen und Tadeln: Schule in Möriken-Wildegg.

Alex Baur hat in der letzten *Weltwoche* recherchiert, wie und warum ein vierzehnjähriger Schüler in Möriken-Wildegg seine unmittelbar vor der Pensionierung stehende Lehrerin spitalreif geprügelt hat («Im Namen Allahs», Nr. 28/19). Dabei hat die Schulpflege eigentlich beschlossen, «die Medien nur auf Anfrage und im Rahmen der Möglichkeiten» zu orientieren. Doch mittlerweile liegen die Fakten ziemlich gesichert auf dem Tisch.

Der jugendliche Syrer ist vor einigen Jahren mit seiner grossen Familie in die Schweiz gekommen; diese lebt vollständig von der Sozialhilfe. Seit einiger Zeit sprach M. dauernd vom Koran und forderte die Mädchen zu züchtigerer Kleidung und zu anständigerem Verhalten auf. Er hantierte mit einem Dolch, worauf er von der Lehrerin regelmässig auf Waffen überprüft wurde. Der Vater des Knaben spricht kein Deutsch und soll sich wegen Gewalttaten auch schon mit den Behörden angelegt haben. Er scheint seinen Sprössling in dessen religiösem und sexistischem Verhalten eher unterstützt als gemässigt zu haben.

Der Schüler M. ist schon früher unangenehm aufgefallen und stand im Schulhaus unter Beobachtung. Als die Lehrerin M. aufforderte, seine Tasche zu zeigen, tickte dieser aus. Er schlug ihr fünf- bis sechsmal mit den Fäusten

und mit der Handkante ins Gesicht, so dass sie einen Kieferbruch erlitt. Auch trat er noch mit den Füissen nach seiner Lehrerin, als diese nach Hilfe rufend die Flucht ergriff.

Grosszügiges Sozialgeld

Was geschieht jetzt? So gut wie gar nichts. Der fehlbare Realschüler wird einem Sondersetting zugeführt. Der Therapiestaat übernimmt. Ganz zweifellos mit Kostenfolgen in der Höhe von mehreren tausend Franken pro Monat. Denn es gilt das Jugendstrafrecht, das auf harte Sanktionen bewusst verzichtet. Es bleibt bei etwas Zureden, Ermahnen und Tadeln. Die Eltern und die Geschwister bleiben – da wir ja keine Sippenhaft kennen – vollständig unbehelligt. Die kinderreiche Familie erhält weiterhin grosszügig Sozialgeld auf Kosten der Öffentlichkeit. An eine Ausweisung ist nicht zu denken, da der Vierzehnjährige in Syrien wohl kaum Familienstrukturen vorfindet. Überdies werden die Behörden argumentieren, es handle sich um ein Kriegsgebiet, weswegen eine Ausweisung nicht in Frage komme.

Doch der durchaus als intelligent geschilderte M. wäre eigentlich reif genug, um die Verantwortung für seine Taten zu übernehmen. Wir wissen nicht, ob der Teenager innerhalb oder ausserhalb seiner Familie radikalisiert wurde. So oder so sind die Eltern mitverantwortlich, wenn der Sprössling entgegen jeder Menschlichkeit seine Lehrerin verprügelt – und sich dabei womöglich noch auf seine religiöse Überzeugung beruft. Mehr Frauenverachtung geht nicht. Durch seine Schandtat haben M. und womöglich auch seine erziehungspflichtigen Eltern eigentlich das Gastrecht in der Schweiz verwirkt.

Die offizielle Schweiz kennt allerdings kein Gastrecht. Sie kennt nur das Recht, das sich auf sogenanntes internationales Menschenrecht stützt. Und dieses schützt auch kriminelle, sogar schwerkriminelle Ausländer. Es schützt selbst die uneinsichtigsten Integrationsverweigerer. Obwohl von einem generellen Bürgerkrieg in Syrien keine Rede mehr sein kann, wird niemand zurückgeschoben. Dabei wäre für den Wiederaufbau jede Arbeitskraft nötig. Der Fall M. zeigt exemplarisch, dass sich der gesunde Menschenverstand und der Rechtsstaat zu weit auseinandergeliebt haben. Unser Jugendstrafrecht sollte bei Schwerstdelikten die Möglichkeit der Abweichung bieten. Länder wie die USA, aber auch Deutschland haben hier einen wesentlich breiteren Rahmen.

Erfundene Verbrechen

Von Eugen Sorg — Es gibt in den USA unter Präsident Trump keine «Welle des Hasses», wie die Meinungseliten unermüdlich behaupten. Dafür immer mehr inszenierte Übergriffe.

Es war bitterkalt Ende Januar in Chicago, als Jussie Smollett um zwei Uhr morgens Opfer einer bösartigen Attacke wurde. Zwei weiße Männer mit Skimasken und roten Trump-«Maga»-Mützen, gab Smollett der Polizei noch in derselben Nacht zu Protokoll, hätten ihn verprügelt, rassistisch und schwulenfeindlich beschimpft und mit einem Bleichmittel übergossen. Sie hätten ihm eine Schlinge um den Hals gelegt und gedroht: «Dies ist «Maga»-Land.»

In den nächsten Tagen war die Story nationales Medienthema. Smollett ist Afroamerikaner, bekennender Schwuler, gehört als Sänger und Schauspieler der erfolgreichen TV-Serie «Empire» zum niederen Hollywood-Adel und war schon vom Celebrity-verliebten Obama zum Gesangsvortrag ins Weiße Haus geladen worden. Bevor die polizeilichen Ermittlungsergebnisse bekannt waren, verurteilten Meinungseliten, Filmprominenz, die Granden der Demokratischen Partei mit unheilswangerem Pathos den feigen Angriff.

Sie geisselten die Tat als «modern day lynching» (Kamala Harris), warnten, man dürfe «diesem Hass nicht länger einen sicheren Hafen bieten» (Joe Biden), sprachen von einem «schrecklichen Beispiel für die wachsende Feindseligkeit gegenüber Minderheiten in diesem Land» (Bernie Sanders). Und die wenigen Medien, die von einem «möglichen» rassistischen und homophoben Angriff schrieben, wurden abgekanzelt. Eine solche Formulierung würde dem Opfer eine zusätzliche «Wunde» zufügen. «Das ist Amerika, 2019», fasste eine CNN-Moderatorin den Fall apodiktisch zusammen.

Nach wenigen Wochen gab die Polizei ihre Erkenntnisse bekannt. Zwei Dutzend Beamte hatten in Tausenden Arbeitsstunden den Fall rekonstruiert. Die «weißen Schläger», so das Resultat, waren zwei schwarze Bodybuilder. Smollett hatte ihnen 4000 Dollar bezahlt, damit sie den Angriff auf ihn simulierten. Ein Video zeigt die beiden, wie sie in einem Shop jene Trump-Mützen, Skimasken und Handschuhe gekauft hatten, die sie Stunden

später beim angeblichen «modern day lynching» trugen. Der Überfall war eine Farce, aufgedeckt von Cops, die mit professionellem Realismus ihre Arbeit machten.

Dieselben Kreise, die zuvor Smolletts Version bedingungslos geglaubt hatten, mahnten nun angesichts der polizeilichen Fakten davor, «vorschnelle Schlüsse zu ziehen». Oder sie räumten, wie ein Kommentator der *Washington Post*, ein, dass Smollett den Vorfall erfunden haben mochte, dieser aber trotzdem wahr sei. Denn er sei «Wirklichkeit für viele Menschen in diesem Land seit dem Amtsantritt von Trump».

Das alarmistische Mantra der linksliberalen Eliten, dass mit dem 45. Präsidenten der USA eine Welle von xenophoben, rassistischen, sexistischen Übergriffen über das Land geschwappt sei, findet jedoch keine statistische Bestätigung. Ein FBI-Report hält zwar fest, dass 2017 im Vergleich zum Vorjahr 17 Prozent mehr «Hassverbrechen» registriert worden seien, 7000 insgesamt. Es sind allerdings auch tausend zusätzliche Polizeistellen ins Meldeverfahren eingebunden worden, was auto-

matisch zu einer höheren Zahl registrierter Fälle führt, aber nichts aussagt über deren reale Zunahme. Und abgesehen von der oft politisch-ideologisch verzerrten Definition eines «Hassverbrechens» sind 7000 Fälle in einem multiethnischen Land von 330 Millionen Einwohnern eine verschwindend kleine Zahl und mitnichten eine «Welle des Hasses».

Zugenommen haben dürften hingegen die falschen Hassverbrechen à la Smollett. Dies meint auf jeden Fall Politikwissenschaftler Wilfred Reilly, der in seinem Buch «Hate Crime Hoax» zum Schluss kommt, dass 15 Prozent aller gemeldeten sogenannten Hassverbrechen von den Opfern selbst inszeniert wurden. Und an den politisch hyperkorrekten Universitäten sollen es gar 50 Prozent sein.

Als Smollett mit den Vorwürfen gegen ihn konfrontiert wurde, antwortete er mit treuherzigem Augenaufschlag: «Wer sollte so etwas erfinden?» Ja, wer? Reporter Andy Ngo von der Publikation *Quillette* hat Dutzende nachweislich falscher Hassvorfälle zusammengetragen. Von Muslimas, denen angeblich der Schleier vom Kopf gerissen worden sei; von antirassistischen Aktivistinnen, die ihr Auto mit rassistischen Drohungen bemalt hatten; von afroamerikanischen Studentinnen, die vorgaben, von weißen Trump-Anhängern mit Steinen beworfen worden zu sein.

Opfer von Hassern zu sein, bringt Vorteile. Man wird eingehüllt in Mitleid, Aufmerksamkeit, warme Zuneigung. Dem Opfer eröffnet sich zudem die süße Versuchung, seine Unzulänglichkeiten, seine Niederlagen auf einen Schlag zum Verschwinden zu bringen. Man hat nicht selber Schuld am eigenen Versagen und auch nicht die eigene Gruppe, verheißt das progressive Narrativ, sondern die anderen, die weißen Männer, die Kolonialzeit, die rassistischen Strukturen.

Diese Preisgabe der individuellen Verantwortung führt zu einem moralischen Infantilismus, der unersättlich mehr Schutz und Sonderbehandlung fordert, und zu einem narzisstischen Opferkult, süchtig nach immer neuen Beispielen systematischer Erniedrigung, wenn nötig auch falschen, ohne die die eigene Identität und die mächtige, linkspolitisch instrumentalisierte Opferindustrie nicht aufrechterhalten werden könnten.

Wer diesen Komplex stört, lebt nicht ungefährlich. Vor kurzem wurde Reporter Ngo von linksaktionistischen Antifa-Anhängern spitalreif geprügelt. Dies war ein echtes Hassverbrechen.





Erotischer Realismus: Netflix-Star Balfe als Claire Randall mit Serienkollege Sam Heughan als Jamie Fraser.

Kopf der Woche

Sie ist das Schönste, was Irland hervorgebracht hat

Von Michael Bahnerth — Seit fünf Jahren schwebt ein Wesen wie eine elegante Fee über den Bildschirm und switcht zwischen Zeiten, Liebe und Krieg hin und her. Sie heisst Caitriona Balfe, war Topmodel und ist Claire Randall in der Netflix-Serie «Outlander», laut Kritikern ein «feministisches «Game of Thrones»».

Ich glaube weniger an einen Gott, sondern mehr an Götterwelten. Dass es je einen gibt für all die wichtigen Dinge im Leben eines Menschen, und zwangsläufig sind nicht alle gut, weil es ein Leben auch nicht ist. Einer der wichtigsten in diesem Olymp scheint mir der Gott der Günstlinge zu sein. Er ist der, der sich einen Menschen aussucht und dafür sorgt, dass dieser so oft wie möglich in den angenehmeren Umlaufbahnen des Daseins kreist und nicht so oft wie möglich auf den harten und bisweilen unwegsamen Strassen kriechen muss.

Ein guter Beweis dafür, dass es diesen Gott gibt, ist die Schauspielerin Caitriona Balfe, die noch 39 Jahre alt ist. Man kennt sie aus der Net-

flix-Serie «Outlander», sie spielt dort eine Krankenschwester, die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Flitterwochen in Schottland gönnt, dort in einen mystischen Steinkreis tritt, ins Jahr 1743 zurückgeworfen wird und in diesen finsternen, kriegerischen Zeiten mit ihrem Wissen um den Lauf der Weltgeschichte versucht, im Gestern die Welt von heute zu einem etwas weniger gewalttätigen Paradies zu machen. Sie heiratet einen schottischen Krieger, und da steht sie nun, zwischen zwei Zeiten, zwischen zwei Männern und einem Krieg, der ist, und einem, der war.

Man kennt Caitriona Balfe im Grunde nur wegen «Outlander», ihrem perfekten Gesicht,

den Brüsten wie Maigoldäpfeln und ihrem kompromisslosen Verlangen. Sie gehört zu jener neuen Gilde, die die Hollywoodstars von früher abgelöst hat: den Netflix-Stars. Sie sieht aus wie eine Mischung zwischen einer herben Elfe, einer Frau, die der schönste Pornostar ever hätte werden können und Audrey Hepburn in «Die Geschichte einer Nonne», und zweifelsohne ist sie das Schönste, was Irland nebst dem Whiskey die letzten Jahre hervorgebracht hat. Sie stammt aus einem kleinen Dorf, Tydavnet hoch oben in Irland.

Ihre Jugend verlief in etwa so ereignislos, wie es die Hauptstrasse dort ist; gerade, sauber und ohne eine Abzweigung, von der man hoffen

könnte, sie führte ins Verheissungsvolle. Ihr Vater war ein fortpflanzungsaffiner Polizist, der in seiner Freizeit gerne Theater spielte, die Mutter Hausfrau. Sie zeugten sieben Kinder. Ein einschneidendes Erlebnis ihrer Jugend muss gewesen sein, als ihr Vater beschloss, seine Familie ohne Fernsehen durchs Leben gehen zu lassen, ausser an Weihnachten. Caitriona war sechs Jahre alt, als sie beginnen musste, ihre eigenen Bilder zu produzieren. Sie soll viel gelesen haben, ihr Lieblingsbuch war «Wuthering Heights» von Emily Brontë, und «Wuthering Heights» war alles, was Tydavnet nicht war: Liebe, Schuld, Rache und der verzweifelte und erfolglose Kampf, nicht an enttäuschten Gefühlen zugrunde zu gehen. Man kann sich vorstellen, wie Caitriona am Fenster ihres Zimmers nach draussen blickte, das Buch vor die Brust gepresst, und über all die Gefühle nachdachte, die es da draussen geben musste auf der Welt, während die Landschaft Irlands vor dem Fenster wieder einmal weinte.

«Ich war nicht nichts»

Sie studierte Schauspiel in Dublin, wahrscheinlich, um all die Gefühle wenigstens spielen zu können, aber nicht lange. Die Strasse, die sie in die eine grössere Welt führen sollte, begann in einem Supermarkt, in dem sie Spenden für einen guten Zweck sammelte. Ein Model-Scout kam zufällig, oder auch nicht, vorbei, ein paar Wochen später hatte sie einen Modelvertrag und lief über die Strassen von Paris. Es war das dritte Mal, dass sie die Welt von Tydavnet verliess.

Sie war nur kurz beflügelt von Paris, ein paar Spaziergänge lang vielleicht, dann merkte sie, dass die Stadt nicht auf sie gewartet hatte. Später, als sie schon zwei Jahre lang Claire Randall in «Outlander» war, schrieb sie für die New York Times einen Aufsatz über ihre ersten Tage in Paris. Sie hatte Mühe mit der Sprache, Mühe mit ihrem Mitbewohner, einem Idioten aus Portugal, Mühe mit all den Absagen, und es wurde erst besser, als sie endlich und nach unerklärlich langen drei Wochen einen Irish Pub entdeckte und einen Mann, der ihre Sprache sprach und ihr Paris zu Füssen legte. Es waren nicht die ganz grossen Gefühle, aber immerhin.

Es gab nur ein ganz grosses Gefühl in Paris. Sie entdeckte es in einer Stimmung äusserster Mutlosigkeit, die unverrückbarer schien als der Eiffelturm. Wieder einmal wurde das Gesicht einer andern bevorzugt, und sie verliess das Casting, kämpfte gegen die Tränen und fand sich auf einer Parkbank auf der Place des Vosges wieder: «Ich vergass den Casting-Direktor, der mich zu einem Nichts degradiert hatte. Ich war nicht nichts. Ich war eine junge irische Frau, und ich war hier, lebte einen Traum in der schönsten Stadt der Welt.» Danach ging es ihr unverzüglich besser. So leicht machen es die Götter ihren Günstlingen.

Ihren Lover zog es danach in die Alpen, sie selbst für zehn Jahre auf die Laufstege dieser

Welt. Caitriona wurde eines jener vielleicht zwei Dutzend Supermodels, lebte an all den schönen Orten auf der Oberfläche dieser Welt und nahm, um auf der anderen Seite ihrer Haut nicht zu verdorren, Schauspielunterricht. Als die Laufstege kein Weg mehr für sie waren, zog sie nach Los Angeles, um Schauspielerin zu werden.

Da waren ein paar kleinere Auftritte, vor allem in den Filmen «Super 8» und «Die Unfassbaren – Now You See Me», die sie ein wenig ins Scheinwerferlicht der Branche rückten, aber

Sie studierte Schauspiel, um all die Gefühle, die es draussen gab, wenigstens spielen zu können.

sonst war da nicht viel; es war ein wenig Tydavnet in Hollywood, keine Skandale, kein #Me-Too, keine Affäre, keine Klatschpresse. Da waren nur sie, ihr fleissiges Bestreben, Schauspielerin zu werden, und ihr langjähriger Freund Tony McGill, der ein Tonstudio in Irland besitzt und eine Bar in London und eher aussieht wie der Krieger Jamie, der gerade keine Lust an Waffen hat, als der grüblerische Historiker Frank Randall aus «Outlander».

Offenbar wurde Caitriona 2013 als Letzte für eine Hauptrolle dieses manchmal blutigen, esoterischen, feministischen, schwülstigen, erotischen und manchmal fast softpornografischen Zeitreisendramas gecastet.

Schwer zu sagen, ob ihr Gesicht der Serie zum Erfolg verhalf oder ihr Körper, dessen Faszination darin liegt, dass er von einer natürlichen, nicht chirurgisch optimierten Erotik ist.

Sie nimmt sich, worauf sie gerade Lust hat, was der Serie den Ruf eingebracht hat, sie sei

ein «feministisches Game of Thrones», bei dem stets die Männer, wenn man das so versimpelnd versinnbildlichen darf, oben liegen.

Claire/Caitriona dominiert die Erotikszenen in einer Art Umkehrung vordergründiger Geschlechterrollen in einer sonst brutalen, gewalttätigen Männerwelt. Ein reizvoller Kontrast. Die Frau aber ist auch im Bett der Chef, was bis heute und vermutlich seit jeher der Realität entspricht. Dieser erotische Realismus mit der überlegenen Frau und dem gezügelten harten Kerl zeichnet «Outlander» aus.

Aber nicht einfach die Sexszenen machen es aus. «Outlander» handelt von der ganz grossen herzerfetzenden Liebe, und ein bisschen verliebt man sich beim Zusehen als Mann wohl auch in Caitriona Balfe, dieses Inbild einer kühlen, schönen, sinnlichen, intelligenten und selbstbewussten Frau, die zwischen die Zeiten, die Fronten und die Männer gerät.

Balfe ist kein Schauspiel-Genie, sie ist wie die meisten Iren ausser vielleicht einst James Joyce eine harte Arbeiterin. Für das Lernen der «Outlander»-Rolle verschanzte sie sich in einem Apartment ohne Wifi in Los Angeles, so wie sie sich mit «Wuthering Heights» verschanzte. «So konnte ich «Outlander» essen, schlafen und leben.»

Dann kamen die Dreharbeiten in Schottland, sie hatte noch nie so hart gearbeitet. Ein halbes Jahr lang fast täglich wurde sechzehn oder siebzehn Stunden gedreht, der Rest war Rotwein und ein wenig Schlaf. Vielleicht liegt es an dieser Intensität, dass die erste Staffel bislang von allen vier mit Abstand die unterhaltsamste und dramaturgisch am wenigsten dünnste ist.

Die Schwierigkeit mit der wahrscheinlich 2020 ausgestrahlten fünften Staffel wird sein, dass da keine Erotik mehr sein wird, in die man Feminismus oder ganz allgemein eine neue Sicht oder neuen Strom hinein interpretieren kann. Und dass dann jenes Element fehlen wird, das in der Lage war, da und dort die dünne Dramaturgie etwas zur Brunft zu bringen.

Sieben Jahre dann brachte ihr die Rolle Glanz und Geld und Golden Globes, Auftritte auf roten Teppichen, die ihr aber weniger zu behagen schienen als das blutige 18. Jahrhundert. Sie

lächelte zwar, aber es wirkte und wirkt doch stets ein wenig so, als ob ihr wirkliches Leben so spannend ist, wie der Abspann von Outlander. Verweigerung scheint ein Thema in ihrem Leben zu sein, und Verweigerung ist immer beides, förderlich, wenn sie den Charakter stärkt, und hinderlich, wenn sie ihn einzäunt.

Hallo Hollywood?

Sie verweigert sich, Teil des Hollywood-Zirkus zu sein und mitzuhüpfen in der Manege der Tollheiten. Da stand sie in einem grünen Kleid, das ihr nicht so gut

stand, weil es den Bauchbereich rundete, sie stand da mit ihrem Schauspiel-Kollegen Sam Heughan, der Jamie Fraser spielt – sie steht viel zusammen mit Sam im Scheinwerferlicht, aber das sei nur Sympathie und ein bisschen Public Relations –, und weil Caitriona, bei aller Frivolität in «Outlander», so bodenständig ist wie die Erde Tydavnets, hörte sie auf zu lächeln auf diesem roten Teppich und antwortete auf die Frage, ob sie schwanger sei: «Nein, ich bin nicht schwanger, ich habe nur meine Periode und bin aufgebläht.»

Die eine Frage, die bleibt, ist, wie lange die Götter ihre schützende Hand um ihre Schützlinge legen. Was kommt nach «Outlander»? Der Aufstieg vom Netflix-Star zur zum Hollywood-Diva? Oder war's das, und die nächste Reise ist die Rückkehr nach Irland? Nicht nach Tydavnet, vielleicht nach Dublin. Dann hätten sie die Götter auf eine lange Reise für eine kurze Distanz geschickt. Immerhin.



Bodenständig wie die Erde:
Caitriona Balfe.

Personenkontrolle

Bashar H., Maurer, Grabar-Kitarovic, Naef, Schwaller, Guldemann, Schwaller, Stöckle, Matthiessen, Selmayr, von der Leyen, Semsrott, Hamilton, Maassen

Bashar H., Kuscheljustizkritiker, ist nicht zufrieden mit dem erstinstanzlichen Urteil in seiner Sache. Der junge Palästinenser ist das Messerstecheropfer vom Zürichsee, wie die *Weltwoche* enthüllt hat («Mit dem Messer im Rücken fragte er sie nach ihrer Handynummer», Nr.36/18). Ebenfalls in unserem Blatt wurden erstmals Vermutungen aufgestellt, wer der Täter sein könnte. Kurz darauf wurde der Mann mit Hilfe von Bashar und seinen Kollegen verhaftet. Nun erhielt der 20-jährige Dominikaner eine Freiheitsstrafe von über fünf Jahren wegen versuchter Tötung und einfacher Körperverletzung. Dies sei zu wenig, sagt Bashar gegenüber der *Weltwoche*. Vor Gericht habe der Täter betont, was geschehen sei, tue ihm leid. Bei ihm persönlich habe er sich aber nie entschuldigt, so Bashar. Ob das Urteil weitergezogen wird, ist noch unklar. (*gut*)

Ueli Maurer, Schlaumeier, traf sich kürzlich mit Kroatiens Präsidentin **Kolinda Grabar-Kitarovic** für ein Gespräch über das Rahmenabkommen und über die kroatische EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte 2020. Laut Pressemitteilung soll der Bundespräsident bei dieser Gelegenheit auch das Engagement Kroatiens für die Integration weiterer Balkanstaaten in die EU begrüsst haben. Eine Beitrittsperspektive könne zur Stabilität auf dem Westbalkan beitragen, gab Maurer bekannt. Das lässt aufhorchen, zumal der SVP-Bundesrat nicht gerade als Förderer der Europäischen Union im Ruf steht. Anderen den EU-Beitritt nahelegen, für die Schweiz aber einen EU-Beitritt ausschliessen? Wahrscheinlich hofft der schlaue Maurer darauf, dass die EU-Diplomaten mit den Beitrittskandidaten aus Südosteuropa derart beschäftigt sind, dass sie in Zukunft keine Zeit mehr finden, die widerspenstigen Eidgenossen zu piesacken. (*hmo*)

Martin Naef, Mann von Welt, setzt bei den kommenden Wahlen auf die im Ausland lebenden Schweizer. Der SP-Nationalrat und Co-Vizepräsident der SP International will kommende Woche die Wahlkampagne der Auslandschweizer-SP präsentieren. Zu den Nationalratslisten will man mit rund dreissig Kandidatinnen und Kandidaten antreten – zum Beispiel aus Japan, Mallorca oder Frankreich.



Illusion: Post-Chef Schwaller.



Geringe Chancen: SP-Nationalrat Naef.



Gerechtigkeit: Bashar H.

Die Chancen der SP International auf einen ähnlichen Coup wie 2015 bei der Wahl des ersten Auslandschweizer Nationalrates **Tim Guldemann** sind eher gering. Der in Berlin lebende Ex-Botschafter verdankte sein glanzvolles Resultat vor allem der Tatsache, dass er als Diplomat schweizweit bekannt war. Und dann gibt es noch ein anderes, nicht unwesentliches Problem: Viermal im Jahr für die dreiwöchigen Sessions und für die monatlichen Kommissionsitzungen aus dem Ausland anzureisen, ist fast nicht zu schaffen. Das musste auch Guldemann einsehen, der nach gut zwei Jahren bereits den Hut nahm. Und Guldemann wohnte im Nachbarland Deutschland. (*hmo*)

Urs Schwaller, Staatsvelofahrer, wendet sich um 180 Grad. Noch im Oktober hatte der Post-Verwaltungsratspräsident in der *NZZ am Sonntag* einen Verkauf des Veloverleihs Publibike in Aussicht gestellt. Nun visiert er gemäss Medienmitteilung «gezielte Partnerschaften» an. Die Zeitung *Der Bund* nannte die Stadt Bern sowie das öffentliche Verkehrsunternehmen Bernmobil als mögliche Partner in der Seil-



Transparenz: Satiriker Semsrott.



Um die Ecke geschossen: Ursula von der Leyen

schaft. Es kämen, so Publibike, aber auch Private in Frage. Dass sich ein privatwirtschaftliches Unternehmen darauf einlässt, sei illusorisch, meint allerdings **Raoul Stöckle**, Chef des Publibike-Konkurrenten Smide. Die Applikation der Postauto-Tochter sei veraltet und die an Standorten verfügbaren Velos seien gegenüber den elektrobetriebenen, überall platzierbaren und mit GPS aufspürbaren Bikes und Scooter der privaten Unternehmen chancenlos. Das «stetige Defizit» zwischen 2014 bis 2018 verdeutliche das. Nur: Schwaller bleibt stur und lässt den Steuerzahler weiterstrampeln. (*zr*)

Michael Matthiessen, Feinschmecker, warnt die Schweiz. Gehe sie beim Rahmenabkommen nicht auf die Forderungen der EU ein, dann gebe es Geschnetzeltes. «Wenn ihr nicht am Tisch sitzt, kommt ihr auf die Speisekarte!», sagte der Botschafter der Europäischen Union in Bern ganz undiplomatisch an einem diplomatischen Empfang, wie der *Blick* berichtete. Auf die Speisekarte kam jetzt allerdings zuerst einmal Matthiessens Bruder im Geiste, **Martin Selmayr**. Wie das Onlinemagazin *Politico* berichtet, wird

der bisherige Generalsekretär von EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker bereits nächste Woche seinen Stuhl räumen. Hintergrund ist, dass ein deutscher Generalsekretär unter einer deutschen Kommissions-Präsidentin den EU-Länderproporz arg strapazieren würde. Selmayr gilt als Erfinder der Schikane mit der Börsenäquivalenz als Druckmittel gegen die Schweiz und der beinharten Brexit-Verhandlungstaktik. So gesehen hat sich Matthiesen, ein Däne, schon fast für die Nachfolge empfohlen. (fsc)

Ursula von der Leyen, Karrieristin, macht mit ihrer glanzlosen Wahl zur EU-Kommissionspräsidentin wenigstens eine Gruppe glücklich: die Bundeswehr, deren oberste Dienstherrin sie seit sechs Jahren war. In dieser Zeit ist es ihr gelungen, die Truppe mehr zu schwächen als die Siegermächte in zwei Weltkriegen: Panzer, die nicht fahren, Hubschrauber, die nicht fliegen, U-Boote, die nicht tauchen, Gewehre, die um die Ecke schiessen – nichts blieb der deutschen Bundeswehr erspart. Einst wollte von der Leyen die Armee mit Kitas familienfreundlich machen, später vergab sie teure und dubiose Beraterverträge, deren Untersuchung sie auch nach Brüssel verfolgen wird. Was ihr die Truppe am meisten übelnahm: Nach Gerüchten über rechtsradikale Tendenzen in der Bundeswehr stellte sie sich nicht etwa hinter ihre Soldaten, sondern warf diesen öffentlich ein «Haltungsproblem» vor. Das alles ist nun Geschichte. An der Spitze der EU gelten offenbar andere Regeln – ein grandioser Leistungsausweis und Loyalität gehören nicht zu den Prioritäten. (ky)

Nico Semsrott, «Achtung, hier kommt ein Witz»-Spassvogel, hat den Abgeordneten des Europaparlaments eine neue Kleiderordnung vorgeschlagen. Zur Plenarsitzung in Strassburg erschien der Vertreter der deutschen Satire-Partei «Die Partei» in einem Overall wie Formel-1-Champion **Lewis Hamilton** – über und über beklebt mit Logos von Sponsoren. Semsrott empfahl den Kollegen im Rund eine ähnliche Transparenz zur Schau zu stellen. (ky)

Hans-Georg Maassen, Ausgrenzungopfer, ist ein grosser Freund der *Neuen Zürcher Zeitung*. Letzte Woche schrieb der CDU-Mann und frühere Chef des Bundesnachrichtendienstes auf Twitter, für ihn sei die «NZZ so etwas wie Westfernsehen», wobei er das Wort «Westfernsehen» in Anführungszeichen setzte, auf dass man seinen Vergleich nicht allzu wörtlich nehme. Chefredaktor **Eric Gujer** soll der Vergleich gefreut haben (siehe Seite 23). Die Online-Redaktion der NZZ distanzierte sich allerdings, ebenfalls per Twitter, von Maassens Umarmung: Der Vergleich sei «unpassend und Geschichtsklitterung». Noch scheint man sich an der Falkenstrasse nicht ganz auf die neue Rolle eingestellt zu haben. (fsc)

Nachruf



Wegbereiter Trumps: Ross Perot.

Ross Perot (1930–2019) — Die Entscheidung bei US-Präsidentenwahlen gründet auf dem Entweder-Oder: Dritte Kandidaten und Parteien kommen und gehen – oft wählt man den einen, um den andern zu verhindern, unabhängig davon, welches Weltbild man verinnerlicht hat. Ross Perot war einer, der erfolglos versucht hat, dieses Axiom aus den Angeln zu heben.

Der Milliardär aus Texarkana mit dem schneidenden *drawl* kam bei den Wahlen von 1992 auf 19 Prozent der Stimmen. Bill Clinton erreichte 43 Prozent, Präsident H. W. Bush 37 Prozent. Kein Kandidat seit

Theodore Roosevelt 1912 hatte als Dritter so viele Stimmen gemacht. Perots Kandidatur kostete Bush vermutlich die Wiederwahl. Bush hatte soeben den Golfkrieg gewonnen. Aber er hatte viele Konservative mit dem Bruch seines Wahlversprechens verärgert: «Read my lips – no new taxes».

Perot war ein volkstümlicher Selfmade-man, klein von Statur, mit kurzem Haar und grossen Ohren. Er sprach schonungslos direkt und für alle verständlich. Karriere hatte er bei IBM gemacht, danach eine eigene IT-Firma (Electronic Data Systems) gegründet und sie später an General Motors verkauft.

Er kultivierte ein Image als Texas-Cowboy, der kein Risiko scheute. Das bewies er im Iran, als das Land mitten in den Revolutionen steckte. Er hatte für den Schah Sicherheitssysteme geliefert. Als zwei seiner Angestellten 1978 verhaftet wurden, schickte er eine Undercover-Truppe, die von einem pensionierten Obersten in Perots Wochenendhaus ausgebildet worden war. Die Befreiung gelang – nachzulesen in «On Wings of Eagles» von Ken Follett.

Perot war ein Vorläufer der Tea-Party-Bewegung, er schuf eine politische Basis, auf der Trump aufbaute. Exzentrizität und Paranoia hemmten Perots Laufbahn. Seine Wirkung war dennoch nachhaltig. Er attackierte den Washingtoner Sumpf, die Verschwendung von Steuergeldern und Handelsabkommen wie das Nafta, das mit «gigantischer Saugkraft» Arbeitsplätze nach Mexiko anzog. Henry Ross Perot starb im Alter von 89 Jahren in Dallas. Er litt an Leukämie. *Hansrudolf Kamer*

DIE WELTWOCH

Die Weltwoche im Taschenformat.

Sie brauchen auch unterwegs nicht auf die *Weltwoche* zu verzichten. Mit dem schnellen Download haben Sie jede Ausgabe im Nu zur Verfügung. Ideal als Ergänzung zur gedruckten Ausgabe.



Mit Bildern und Illustrationen

Lob der Seidenstrasse

Von Ruedi Nützi — Mit dem Jahrhundertprojekt «Belt and Road» versucht China, die Welt in seine riesigen Investitionsvorhaben einzubinden. Über den Handel hinaus bietet sich der Schweiz die Chance, ihre Innovationskraft zu stärken.

In der Schweiz und im Westen dominieren in der Auseinandersetzung mit Chinas Jahrhundertprojekt der Neuen Seidenstrasse die Befürchtungen und das Misstrauen. Die Neuaufgabe der antiken Handelsroute gilt als Teil einer globalen Strategie der Parteiführung Chinas, als Weg zur Welteroberung, als Fluch und Fessel für die involvierten Staaten. So ist es nicht. So mächtig will China und kann China nicht werden. Worum geht es, nüchtern betrachtet? Im Jahr 2013 legte Staatspräsident Xi Jinping die Basis für eine intensivere Zusammenarbeit mit zentralasiatischen Ländern entlang der alten Seidenstrasse. Seither hat China rund hundert Absichtserklärungen mit Ländern nicht nur in Asien und Europa, sondern auch in Afrika und Lateinamerika unterzeichnet, die am Projekt teilnehmen.

Die «Belt and Road Initiative» (BRI) erreicht zwei Drittel der Weltbevölkerung und betrifft einen Drittel der globalen Wirtschaftsleistung. Zu den Projekten entlang der Neuen Seidenstrasse gehören etwa Häfen in Sri Lanka und im griechischen Piräus oder der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor, Eisenbahnlinien in Afrika, der Bau einer Brücke in Kroatien, ein Milliardenkredit für das ölreiche Venezuela, Telekommunikationstechnologie für Monaco, Anleihen für Italien, Investitionen in Serbien. China errichtet Strassen und Häfen, verleiht Geld, bindet Länder in seinen Masterplan ein.

USA hinterlassen Vakuum

Bei der Interpretation der Motive zur Neuen Seidenstrasse dominieren drei Perspektiven, eine wirtschaftliche, eine politische, eine kulturelle. Wirtschaftlich gesehen, lassen sich folgende Hauptmotive beschreiben: 1. China sichert sich den enormen Energie- und Rohstoffbedarf für seine eigene Zukunft. 2. China findet neue Absatzmärkte für eigene Produkte. Die chinesische Wirtschaft leidet unter Überkapazitäten, insbesondere in der Stahl-, Zement- und Metallproduktion. 3. Die Transformation der chinesischen Wirtschaft in Richtung Qualitätsprodukte und Innovation braucht Zeit. Trotzdem muss die Wirtschaft um durchschnittlich 6,5 Prozent wachsen, damit die Regierung Stabilität und Entwicklung für die Menschen garantieren kann. Das Projekt der Neuen Seidenstrasse verschafft China dank neuen Handelsbeziehungen Zeit. 4. Das Projekt hilft, das Hinterland Chinas zu beleben. Als Beispiel: Die Provinz Gansu ganz im

Norden war wichtiger Bestandteil der alten Seidenstrasse. Seit Jahrzehnten kämpft die Provinz für wirtschaftliche Prosperität. Im Zug der Lancierung der Neuen Seidenstrasse gewinnt Gansu an wirtschaftlicher und touristischer Attraktivität.

Politisch gesehen, sichert China seine Westgrenze, wo politisch instabile Länder wie Afghanistan und Pakistan immer mehr unter den Einfluss von islamischen Fundamentalisten geraten. Auch im Südchinesischen Meer hat das Land Sicherheitsinteressen: Das Vakuum, das die USA hinterlassen, füllt China. Die chinesische Staatsführung sieht die eigenen internationalen Aktivitäten nicht in erster Linie



als einen Wettbewerb mit der andern Grossmacht USA, sondern als einen Teil ihrer Sicherheitspolitik, die letztlich der Harmonie und der Stabilität im eigenen Land dient.

Innenpolitisch sorgt die chinesische Führung mit dem Projekt für eine gesellschaftliche Klammer, die ein Gegengewicht zu den grossen Unterschieden im Riesenreich bildet und das Volk einen soll. Als Illustration dazu: Ich war vor kurzem an einer renommierten chinesischen Universität, die ich seit Jahren regelmässig besuche. Im Gang habe ich neu ein Büro angeschrieben gesehen mit dem Titel «Belt and Road Office». Will heissen: Alle Institutionen sollen dem Projekt dienen. Das Vorhaben ist in der chinesischen Gesellschaft allgegenwärtig.

Wandel dank Handel

Kulturell gesehen, trägt China mit dem Projekt der Neuen Seidenstrasse eigene Werte in die Welt hinaus. Das strategische Motiv ist klar: China möchte das eigene System nicht

einseitig an westlichen Kriterien messen lassen. Das westliche Dreieck aus Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit wird von einem ökonomisch erfolgreichen gelenkten Kapitalismus, über dem das Primat der Kommunistischen Partei Chinas steht, herausgefordert. Der Westen tut gut daran, den chinesischen Weg als eigenständiges Werte- und Gesellschaftsmodell zu respektieren.

Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Antworten des Westens fallen wenig zielgerichtet und einseitig aus. Deutschland hat lange Zeit auf einen Wandel dank Handel gesetzt. Das heisst: Je mehr sich westliche Staaten und China wirtschaftlich annähern, desto mehr findet auch ein Austausch der Werte und damit eine Entwicklung der chinesischen Gesellschaft in Richtung westliches Gesellschaftsmodell statt. Diese Hoffnung hat sich zerschlagen. Die EU ihrerseits ringt um eine eigene und einheitliche Position gegenüber China, bezeichnet China als Partner, Konkurrenten und Systemgegner gleichzeitig und spricht nicht mit einer Stimme. Italien hat sich einseitig als erstes G-7-Land dem Projekt Neue Seidenstrasse angeschlossen. Parallel zu dieser Debatte innerhalb der EU formieren sich EU-Staaten wie Polen, Ungarn, Tschechien, Kroatien, Slowenien, Lettland im China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel (auch 17+1 genannt), um die Wirtschaftsbeziehungen auszubauen.

Pionierland Schweiz

Neben dem Ringen um eine eigene Strategie machen sich vielerorts Ernüchterung und Frustration breit. Die Neue Seidenstrasse wird als Kolonialpolitik, als Einbahnstrasse bezeichnet; eine Win-win-Partnerschaft mit

China ist der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz nach Deutschland und den USA.

China, so das Fazit, gebe es nicht. Das beispielsweise deshalb, weil fast 90 Prozent aller BRI-Aufträge an chinesische Firmen gehen. Transparenz und Nulltoleranz in Sachen Korruption sind von chinesischer Seite in Aussicht gestellt; der Westen glaubt nicht daran. Die USA gehen einen eigenen Weg: Für sie ist das Projekt ein trojanisches Pferd. Der Handelskrieg, der in Tat und Wahrheit eine Auseinandersetzung nicht nur um Zölle, sondern zum Beispiel auch um die technologische Vor-



Geschäfte mit China: Auch Indonesien ist in die Neue Seidenstrasse eingebunden.

machtstellung ist, soll China in die Schranken weisen. Wir haben es insgesamt mit einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Auseinandersetzung zu tun. Der Ausgang ist offen.

Gibt es in dieser Grosswetterlage im Rahmen der Neuen Seidenstrasse Chancen für den Kleinstaat Schweiz? Die Schweiz geniesst unter den westlichen Ländern eine Ausnahmestellung in China. Als eines der ersten westlichen Länder anerkannte die Schweiz 1950 die neugegründete Volksrepublik. Bereits 1975 wurde eine gemischte Wirtschaftskommission gebildet. Seit 2014 gibt es ein Freihandelsabkommen, seit 2016 eine strategische Partnerschaft im Bereich Innovation. 2017 besuchte Xi die Schweiz; der Bundesrat pflegt regelmässige Kontakte zur chinesischen Führung. Mehr als dreissig Städte und Kantone unterhalten Partnerschaften mit chinesischen Städten und Provinzen, dazu gehören zum Beispiel die Städtepartnerschaften Zürich–Kunming seit 1982 und Basel–Schanghai seit 2007. Chinesische Banken sind in Zürich domiziliert. Schweizer Unternehmen können Mehrheitsbeteiligungen an chinesischen Firmen in China erwerben.

Neben Deutschland ist die Schweiz in den Augen der Menschen in China das am meisten

geachtete Land und als Reisewunsch und -ziel chinesischer Staatsangehöriger besonders beliebt. Die Chinesen sind die fünftwichtigste Reisegruppe für den Schweizer Tourismus, nach den Touristen aus dem eigenen Land, aus Deutschland, den USA und Grossbritannien. 1100 Schweizer Firmen machen Geschäfte mit China. Das Handelsvolumen wächst jedes Jahr dank dem Freihandelsabkommen, die Handelsbilanz mit China ist positiv; 2018 standen Exporten nach China im Umfang von 29,6 Milliarden Schweizer Franken Importe im Umfang von 14,4 Milliarden gegenüber. China ist der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz nach Deutschland und den USA. Aus eigener jahrzehntelanger Erfahrung weiss ich, dass Chinesen an der Schweiz vor allem die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, den Sinn für Ausgleich, Pragmatismus und Bescheidenheit, die Schönheit und Vielfalt des Landes, den Umweltschutz, die Qualität der Produkte schätzen.

Offensive Auseinandersetzung

Aus dieser Position der Stärke und der guten Beziehungen zu China liesse sich durchaus eine offensive Auseinandersetzung mit China und mit der Neuen Seidenstrasse ableiten. Das bedeutet, sich konkret mit China zu beschäftigen und in jeder einzelnen Situation zugleich

für die eigenen Interessen und eine mögliche Win-win-Situation für beide Seiten zu kämpfen. Stattdessen überwiegen auch in der Schweiz die Vorbehalte. Man möchte Geschäfte mit China machen, aber sich eigentlich wenig mit China als Staat, als Kultur, als Gesellschaft auseinandersetzen. Man kritisiert Bundespräsident Ueli Maurer für dessen Teilnahme am «Belt and Road»-Gipfeltreffen und für die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur Beteiligung am Projekt der Neuen Seidenstrasse im April dieses Jahres. Persönlichkeiten wie Nick Hayek, der China öffentlich als positiv und bereichernd schildert, bilden die Ausnahme. Welche produktive Rolle könnte die Schweiz im Projekt Neue Seidenstrasse einnehmen und dadurch wirtschaftlich und politisch gewinnen? Ich nenne drei Beispiele:

1 — Die Schweiz kann zu einem wichtigen Offshore-Handelsplatz für die chinesische Währung werden und damit eine wichtige Vermittlerfunktion zwischen China und andern europäischen Staaten bei Wirtschaftstransaktionen im Rahmen der Neuen Seidenstrasse einnehmen.

2 — Die Schweiz kann dabei dafür sorgen, dass internationale Umweltstandards, Nach-

Neue Seidenstrasse



Das Projekt der Neuen Seidenstrasse verschafft China dank neuen Handelsbeziehungen Zeit.

haltigkeitskriterien und ein fairer Wettbewerb eingehalten werden.

3 — Die Schweiz kann als neutrales Land quasi eine Monitoring-Rolle bei der Realisierung von einzelnen Projekten für beteiligte Staaten übernehmen.

Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung mit dem Projekt der Neuen Seidenstrasse nicht die einzige relevante Optik für die Schweiz ist. China ist mehr als nur das Projekt der Neuen Seidenstrasse. Die Schweiz ist aus einem mausarmen Land zu einer sehr innovativen und wettbewerbsfähigen Gesellschaft und Volkswirtschaft geworden, weil sich das Land nicht abschottet und sich immer mit den Besten misst. Zu diesen gehört derzeit eben auch China. Das Land darf für die Schweiz nicht einfach ein anspruchsvoller Absatzmarkt sein.

Lernende Gesellschaft

Die Kooperation mit China kann die eigene Innovationsfähigkeit stärken. Als Beispiel: Wenn Schweizer Umweltingenieure in China Lösungen im Auftrag von Städten und Provinzen realisieren, lernen sie mehr als in der Schweiz, einfach deshalb, weil die Grösse



und die Komplexität der Aufgabe in China grösser sind als in der Schweiz. Und: China kann der Selbstvergewisserung der Schweizerinnen und Schweizer dienen. Der Kontakt mit dem Partner zeigt der Schweiz ihre eigenen Stärken. Als Beispiel: China ist am Berufsbildungssystem der Schweiz aus einem Mangel an Fachkräften interessiert. Der Dialog mit chinesischen Partnern zeigt uns, wie wichtig die Bildung und die Berufsbildung für die Zukunft der Schweiz sind und dass das System kontinuierlich verbessert werden muss.

Wir neigen, weil es uns gutgeht, zu einer gewissen Behäbigkeit. Der Austausch mit chinesischen Partnern, so erlebe ich das seit Jahren, fordert heraus, regt an, motiviert den eigenen Ehrgeiz, bringt uns auf diese Weise weiter. China ist eine lernende Gesellschaft. Was das Land in den letzten dreissig Jahren erreicht hat, ist Ausdruck von harter Arbeit und dem Willen, zu lernen und besser zu werden. China will von der Schweiz lernen. Um-

gekehrt können wir auch von China lernen. Anstelle von Befürchtungen sind ein ständiger Dialog, eine ständige Auseinandersetzung im Sinn von Wettbewerb um die besten Ideen, Talente und Produkte zum eigenen Vorteil angesagt. Chinas Führung denkt langfristig und hat mit der Neuen Seidenstrasse einen Plan. Die Schweiz soll sich nicht nur produktiv auf dieses Projekt einlassen, sondern in der Auseinandersetzung mit dem Gegenüber eine eigene Vorstellung von der Zukunft der Schweiz entwickeln.

Wir brauchen nicht nur eine aktive Teilnahme an der Neuen Seidenstrasse, sondern gleichzeitig ein Zukunftsbild Schweiz 2030. So chinesisch das klingt: China hilft uns dabei.



Ruedi Nützi ist Direktor der Hochschule für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz und seit 25 Jahren in China und mit chinesischen Partnern aktiv. Er unterrichtet an chinesischen Universitäten und ist Träger des Friendship Award, der höchsten Auszeichnung Chinas für ausländische Experten.

Klimawandel für die Schule

Ein Lehrmittel der *Weltwoche*



Auch
auf
weltwoche.ch
als PDF

Mehrwert für Abonnenten:

Bestellen Sie das Sonderheft vom 11. Juli 2019 kostenlos nach!

Maximal 3 Exemplare pro Abonnent. Lieferung, solange der Vorrat reicht.

Weltwoche Verlags AG, Kundenservice, Stichwort: Klimawandel, Postfach, 4601 Olten

kundenservice@weltwoche.ch, Tel. +41 (0)43 444 57 01

Essay der Woche

Moral erdrückt Fakten

Von Alexander Wendt — Kapitänin Carola Rackete ist in Deutschland ein Medienstar. Trotzdem werden ihr die wichtigsten Fragen nicht gestellt.



Vergleiche mit *Antigone*: «Panorama»-Protagonistin Rackete.

Möglicherweise kommt irgendwann ein Spielfilm über Carola Rackete in die Kinos oder ins Fernsehen, über die Kapitänin des Schiffs «Sea-Watch 3», das am 29. Juni 2019 gegen die Weisung der italienischen Behörden in den Hafen von Lampedusa einlief, am Kai ein Polizeiboot rammte und schliesslich 42 auf dem Mittelmeer aufgefishete Migranten an Land brachte. Die Geschichte besitzt alle Zutaten für ein Filmdrama, vor allem die wichtigste: Ambivalenz. Hier die von ihrer Mission durchdrungene Deutsche, die ihr Vorhaben um jeden Preis zu Ende bringen will, dort Italiens Innenminister Matteo Salvini, der seine Popularität noch weiter steigert, wenn er gegen Aktivisten wie Rackete polemisiert. Dazwischen Luigi Patronaggio, Staatsanwalt in Agrigent, ein politischer Gegner des Ministers in Rom, aber auch ein korrekter Jurist, der weiss, dass er gegen die Kapitänin wegen offensichtlichen Rechtsbruchs ermitteln muss. Und darüber, oben im Norden, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Aussenminister Heiko Maas, die ihren italienischen Kollegen von Berlin aus mit Stahl in der Stimme «klarmachen» (Maas), wie sie den Fall Rackete zu behandeln haben. Schliesslich: die Migranten an Bord. Woher kommen sie eigentlich? Wie geht es mit ihnen weiter?

Egal, wer diesen Film einmal produziert: Die Macher müssten einen Schritt zurücktreten, um den einzelnen Perspektiven, Inter-

sen und vertrackten Fragen nachzugehen. Genau das wollte das Magazin «Panorama» des öffentlich-rechtlichen deutschen Senderverbundes ARD offenbar nicht. Vor kurzem strahlte es die Dokumentation eines Journalistenteams aus, das von Anfang an auf der «Sea-Watch 3» mitfuhr und filmte. Wenn Journalisten eingebettet an einer Mission teilnehmen, dann könnten sie zumindest Distanz halten, indem sie Fragen stellen. Gelegenheit und Grund dazu hatten sie genug. Aber schon in ihrer Anmoderation benutzte Redaktionsleiterin Anja Reschke ein sogenanntes Framing, das sie zwar mit etlichen ihrer Kollegen, mit Steinmeier und Maas teilt, das aber den Blick auf den Fall «Sea-Watch» mutwillig verzerrt.

Fehlendes Asylsystem

«Es ist interessant zu beobachten», meinte Reschke spöttisch, «wie hierzulande jetzt plötzlich alle Experten für Seenotrettung und Seerecht sind, die genau wissen, was zu tun und zu lassen ist, wenn man auf Schlauchboote mit Flüchtlingen trifft – ohne irgendwelche Kenntnisse, was sich da genau abgespielt hat.»

In Wirklichkeit gibt es überhaupt keinen Expertenstreit darüber, was zu geschehen hat, wenn ein Schiff auf Menschen in Seenot stösst: Es besteht nach den Regeln der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) eine Pflicht, sie zu retten. Selbst dann, wenn sie sich leichtsinnig in ihre Lage begeben haben.

Das bestreitet auch ein Matteo Salvini nicht. Anders als der Jurist und Bundesaussenminister Heiko Maas behauptet, geht es bei dem Verfahren gegen Rackete nicht darum, «die Seenotrettung zu kriminalisieren» beziehungsweise, wie die *Taz* ihren Lesern erzählen will, «das Recht auf Seenotrettung durchzusetzen».

Die Probleme beginnen, wenn die Menschen – genauer: die Migranten – an Bord sind. Das Seerecht, das die Rettung obligatorisch macht, schreibt auch vor, die Geretteten in einen nahegelegenen sogenannten «sicheren Hafen» zu bringen. Die Rückfahrt nach Libyen konnte Rackete mit guten Gründen ablehnen. Dort fand erst vor kurzem ein Luftangriff auf ein Militärlager statt, in dem auch Migranten untergebracht waren. Als Nächstes wären Anlauforte in Tunesien oder Marokko in Frage gekommen.



Warum nicht Tunesien oder Marokko? Aktivisten-Schiff «Sea Watch 3».

«So viele Staaten haben sie angefragt», kommentierte in der «Panorama»-Dokumentation eine Stimme aus dem Off: «Von den meisten kamen Absagen oder gar keine Antwort.»

Wie viele Anfragen gab es tatsächlich und wo genau? Davon erfahren die Zuschauer nichts. Tunesien, so die Kapitänin später in ihren Interviews, sei nicht in Frage gekommen, weil es über kein Asylsystem verfüge. Darauf kommt es nach den Regeln der IMO allerdings nicht an. Sie definieren die Bedingungen für das Ziel der Seenotrettung so: «Ein sicherer Ort ist ein Ort, an dem die Rettungsmaßnahmen als beendet angesehen werden. Es ist auch ein Ort, an dem das Leben der Überlebenden nicht mehr weiter in Gefahr ist und an dem ihre menschlichen Grundbedürfnisse gedeckt werden können. Es ist weiter ein Ort, von dem aus Vorkehrungen für den Transport der Überlebenden zu ihrem nächsten oder endgültigen Bestimmungsort getroffen werden können.»

«Der Druck an Bord war immens»

Ausserdem schreibt das Regelwerk Kapitänen mit Geretteten an Bord vor, sich mit zuständigen Stellen an Land in Verbindung zu setzen, damit auch die Rechte der Küstenstaaten gewahrt bleiben. «Wenn Schiffe in Seenot befindlichen Personen Hilfe leisten», so die Vorschrift der IMO, «ist eine Koordinierung unter allen Beteiligten erforderlich, um sicherzustellen, dass alle der im Folgenden genannten Prioritäten in einer Weise erfüllt werden, die Fragen im Zusammenhang mit der Grenzkontrolle, der Souveränität und der Sicherheit in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht gebührend berücksichtigt.»

Denn spätestens dann, wenn ein Schiff Kurs nicht auf eine 75 Kilometer, sondern eine 250 Kilometer entfernte Küste nimmt, werden aus an Bord genommenen Menschen (auch) Migranten. Wo sie unter welchen Bedingungen von Bord können, bestimmt das Recht des Staates, an dem das Boot schliesslich anlandet.

Die IMO-Regeln halten ausdrücklich fest: «Gemäss einem Grundprinzip des Völkerrechts erlaubt die staatliche Souveränität einem Staat die Kontrolle seiner Grenzen, um Ausländer von seinem Hoheitsgebiet zurückzuweisen und Gesetze zu erlassen, die den Zutritt von Ausländern in sein Hoheitsgebiet regeln.»

Die Rechtsfigur, auf die sich Rackete und ihre politischen Verteidiger berufen, heisst Nothafenrecht – also umgekehrt die Pflicht eines Staates, einen Nothafen zu öffnen. Allerdings gilt das nur unter engdefinierten Bedingungen: nämlich dann, wenn es auf dem Schiff akut an Lebensmitteln und medizinischer Hilfe mangelt. «Der Druck an Bord war immens», verteidigt sich Rackete in einem *Bild*-Interview vom 15. Juli, «weil die Menschen nicht mehr konnten. Deshalb mussten wir handeln.» Handeln hiess: gegen die Erlaubnis in den Ha-

fen fahren und auf dem Weg ein Polizeiboot rammen. In den meisten deutschen Berichten und Interviews kommt nicht oder nur als nicht weiter verfolgte Fussnote vor, dass vierzehn Tage vor der Hafeneinfahrt vom 29. Juni die italienischen Behörden zehn Personen von Bord der «Sea-Watch 3» holten, die medizinische Hilfe brauchten, und sie an Land brach-



Eingebettete Journalisten: ARD-Reporter Schreijäg (l.) und Kailouli.

ten. Die Beamten sicherten auch zu, das Schiff weiter mit medizinischer Hilfe und Lebensmitteln zu versorgen. Deshalb sah auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, bei dem Rackete und ihr Verein per Eilantrag eine Hafeneinfahrt erklagen wollten, keine Eilbedürftigkeit und wiesen den Antrag ab.

Die deutsche Kapitänin brachte auch bei mehreren Gelegenheiten vor, an Bord habe es bis zuletzt akut suizidgefährdete Personen ge-

Seit Italien und Malta eine harte Linie verfolgen, sinkt die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer.

geben, auch deshalb habe sie die Einfahrt erzwingen müssen. Warum bat sie die Italiener nicht, auch diese Migranten mitzunehmen? Aus welchem Grund hätte die Küstenwache, die sich ansonsten hilfsbereit zeigte, gerade diesen Akt verweigern sollen?

Rackete war nicht nur Protagonistin der ARD-Dokumentation, sondern auch Partnerin ausführlicher Interviews in *Spiegel* und *Bild*. Allerdings fehlten überall genau diese naheliegenden Fragen.

Wie sehen Völkerrechtler die Nothafen-Frage? Ziemlich eindeutig. «Eine unmittelbare Notsituation auf dem Schiff gab es nicht», meint Christian Tomuschat, einer der renommiertesten Juristen auf diesem Gebiet. «Der Nothafenparagraf zieht hier offensichtlich nicht.» Der Völkerrechtler sieht es auch kritisch, Italien alle Verpflichtungen für Migranten zuzuschieben, die über das Mittelmeer gebracht werden: «Dass sich die Verantwortung auf Italien konzentrieren soll, halte ich nicht für gerechtfertigt.»

Völkerrechtler Matthias Herdegen von der Universität Bonn sieht es ganz ähnlich: «In dem Moment, in dem dringend Hilfsbedürfti-

ge von Bord geholt werden und sozusagen ein humanitäres Ventil geöffnet ist, gibt es keine unmittelbare Notsituation mehr, die eine Nothafenpflicht begründen würde.»

Es wäre Rackete also zumutbar gewesen, zu warten und beispielsweise die Bundesregierung um Vermittlung zu bitten. Vieles spricht dafür, dass auch Salvini nicht grundsätzlich dagegen war, die Migranten an Land zu lassen. Er wollte allerdings sicherstellen, dass sie sofort in andere europäische Staaten weitergebracht und in seinem Land gar nicht erst registriert werden.

Die hypertrophierte Moral begräbt all diese Differenzierungen und Details unter sich. Dass sie mit ihren Forderungen, Europa müsse eine halbe Million Flüchtlinge (eine völlig unbelegte Zahl) aus Libyen herausholen und allen nicht näher definierten «Klimaflüchtlingen» Asyl geben, unzähligen Afrikanern unrealistische Hoffnungen macht, weist «Captain Europe» (*Spiegel*) weit von sich. «Schauen Sie sich die Statistiken an, dafür gibt es keinerlei Belege», sagte sie der Zeitung *Bild* auf die Frage, ob mehr Rettungseinsätze – auch noch fürs TV abgefilmt – nicht noch mehr Schlauchboote und noch mehr Tote bedeuten würden. Doch diese Statistik gibt es. Seit Italien und Malta sogenannte Rettungsschiffe beschlagnahmen und eine harte Linie verfolgen, sinkt die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer. Im Jahr 2016 waren es 5096 Personen, 2017 dann 3139, 2018 noch 2275.

7137 Euro pro Überfahrt

Der Berliner *Tagesspiegel* verglich Carola Rackete kürzlich mit der zwischen Rechtsnormen zerrissenen antiken Figur Antigone. Aber in ihrem Fall gibt es keine konkurrierenden Rechte.

Das tatsächliche Drama zeigen weder die ARD-Dokumentation noch die meisten anderen affirmativen Beiträge: Es sind eben nicht die «Ärmsten der Armen», die sich auf den Weg übers Mittelmeer machen. Jede Passage kostet nach Berechnungen des Malteser-Hilfswerks im Schnitt 7137 Euro, die Versorgung der meist mangelhaft ausgebildeten Migranten in Europa dann ein Vielfaches. Mit dem Geld liesse sich der zehnfachen Zahl von Notleidenden am Ort helfen, die selbst keinerlei Mittel besitzen, um je den Aufbruch in bessere Verhältnisse zu schaffen.



Alexander Wendt ist Journalist und Buchautor. Er gründete 2017 das Internet-Magazin *Publico*. www.publicomag.com

200 Jahre Meister Gottfried

Von Christoph Mörgeli

Am 19. Juli 1819 ist Gottfried Keller geboren. Problemlos war nichts im Leben dieses grossen Zürchers. Erst fünfjährig, verlor er das Vorbild seines tüchtigen Vaters. Er wollte Kunstmaler werden, doch reichte die Begabung nicht aus. Lange lag er der Mutter auf der Tasche, litt zeitweise bittere Armut und wusste, was Hunger heisst. Nach der dauernden Liebe einer Frau sehnte sich der kleingewachsene Künstler vergeblich. Lustig hatte er es eigentlich kaum. Dennoch verdanken wir Gottfried Kellers Werk so viel Humor, wie kaum einem anderen Dichter der deutschen Sprache.

Auch um sein Leben ranken sich Anekdoten. So soll Keller nach einem Trinkgelage, im Strassengraben liegend, einen Passanten gefragt haben, wo denn der Gottfried Keller wohne. Dieser meinte ganz entgeistert: «Aber Herr Staatsschreiber, das sind Sie ja selber.» Worauf Keller knurrte: «Das weiss ich auch, wer ich bin. Ich habe Sie gefragt, wo ich wohne!»

Der Arzt mahnte Keller, er solle weniger Alkohol trinken. Und nannte ihm die Tiere als Vorbild. Wenn man einem Esel einen Kübel Wasser und einen mit Wein vorsetze, wähle er das Wasser. Keller erwiderte ärgerlich: «Darum ist er eben ein Esel.» Der Zürcher Staatsschreiber musste amtliche Briefe diktieren mit der Schlussformel: «Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.» Er kürzte das allerdings mündlich radikal ab und sagte seinem Sekretär: «Und jetzt chunnt no de «Läck mer»»

Als Gottfried Keller schon weit über die Landesgrenzen hinaus berühmt war, erhielt er den Bayerischen Maximiliansorden verliehen. Doch reagierte er als Schweizer und Demokrat wenig begeistert auf diese Gnade des Monarchen: «Der bayerische König kennt mich nicht, und ich kenne den König nicht. Solange ich lebe, kommt der Plunder nicht mehr aus der Schachtel heraus.»

Gerne möchten wir Gottfried Keller an seinem 200. Geburtstag fragen, was er denn zum bevorstehenden EU-Rahmenvertrag meine. Und dazu, dass uns Politiker, Diplomaten, Wirtschaftsverbände und Grosskonzerne weismachen, wir würden ohne diese Anbindung und ohne Preisgabe der Unabhängigkeit Geld und Wohlstand verlieren. Keller würde wohl gleich wie 1862 im Bettagsmandat antworten: «Lass unser Vaterland niemals im Streite um das Brot, geschweige denn im Streite um Vorteil und Überfluss untergehen.»

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Landwirtschaft hat Zukunft

Von Peter Bodenmann — Dank Vegi-Fleisch. Dank Trinkwasserinitiative. Dank SVP-Humusaufbau. Dank bifazialen Solarzellen.



Ausgerechnet SVP-Bauer Daniel Lehmann zeigt auf, wie es geht.

Ich war bisher kein Freund der Schweizer Landwirtschaft. Sie kostet uns zu viel und verschmutzt die Umwelt. Vier Milliarden bezahlt Papa Staat vorab in Form von Direktzahlungen. Vier Milliarden zu viel bezahlen die Konsumentinnen und Konsumenten wegen absurd hoher Zölle. Der Chefverteidiger dieses Wahnsinns ist ein gewisser Ritter, der regelmässig mit seiner alten Aebi-Feinstaubschleuder posiert. Ohne dass ein Journalist den Aebi-Feinstaubausstoss dieses CVP-Ritters messen würde. Die TV-Sendung «Einstein» hat Luft nach oben.

Für alt Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz selig galt: «Eine Kuh macht muh, viele Kühe machen Mühe.» Jetzt kann alles besser werden.

Baustein 1: Die Trinkwasserinitiative liegt goldrichtig. Direktzahlungen bekommen nur mehr Bäuerinnen und Bauern, die keine Rinder, Schweine und Hühner mit dem Brot der Armen mästen. Etwa mit Soja, Mais und Getreide aus Brasilien. In der Folge nimmt die real existierende Überbevölkerung der Schweiz mit Rindviechern und Schweinen dramatisch ab. Unser Grund- und Trinkwasser erholt sich. Und im Appenzellerland stinkt es nicht mehr regelmässig gewaltig zum Himmel.

Baustein 2: Vegi-Fleisch schmeckt zunehmend gleich wie Tierfleisch. Und somit für die Konsumentinnen und Konsumenten gleich gut. Für ein Kilo Rindfleisch braucht es 25-mal mehr Futtermittel als für ein Kilo vergleichbar

feines Vegi-Fleisch. Das Kapital wittert das nächste grosse Geschäft. Beyond Meat ist an der Börse bereits mehr als acht Milliarden Franken wert. Gut so, denn erfolgreiches, da nicht mehr unterscheidbares Vegi-Fleisch erhöht den Selbstversorgungsgrad der Schweiz von heute 50 auf 80 Prozent. Und reduziert – kombiniert mit der Trinkwasser-Initiative – den Ausstoss klimaschädlicher Gase durch die Landwirtschaft auf einen Drittel.

Baustein 3: Innerhalb der SVP gibt es neben der Fraktion der Klimaleugner auch umweltfreundliche Bauern, die nachdenken. Der beste Vorschlag kommt vom Berner SVP-Bauern Daniel Lehmann: In der Schweiz gibt es 300 000 Hektaren Ackerbauflächen. Wenn man diese Ackerfläche umweltfreundlich bearbeitet, kann man deren Humusdecke aufbauen. Und so pro Jahr und Hektare dreissig Tonnen CO₂ umweltfreundlich einlagern. Macht pro Jahr 9 000 000 Tonnen weniger CO₂ in der Luft, wenn nur Direktzahlungen bekommt, wer umweltfreundlich seine Äcker bestellt.

Baustein 4: Dank senkrechten bifazialen Solaranlagen werden unsere Bäuerinnen und Bauern künftig die Wiesen doppelt nutzen. Erstens zur Produktion von Heu. Und zweitens zur Produktion von spottbilligem Solarstrom, als Ersatz für den Atomstrom. Freude herrscht.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

New kid on the block

Von Kurt W. Zimmermann — Die NZZ hat in Deutschland grossen Erfolg. Die Konkurrenz rächt sich mit politischer Diffamierung.

Es war ein Lob aus DDR-Zeiten. Für NZZ-Chefredaktor Eric Gujer hatte das Lob darum einen speziellen Klang.

«Für mich ist die NZZ so etwas wie «Westfernsehen», sagte letzte Woche Hans-Georg Maassen, der frühere Präsident des deutschen Verfassungsschutzes. Maassen bezog sich auf die DDR, wo man ARD und ZDF schaute, weil man den gleichgeschalteten Medien im eigenen Land nicht glaubte.

Mit dem NZZ-Lob trat Maassen einen enormen Medienhype los. Von der *Westdeutschen Allgemeinen* bis zur *Ostthüringer Zeitung* überschlugen sich die deutschen Medien zum Thema NZZ.

NZZ-Chef Gujer sah es mit Vergnügen. Er war 1989 der letzte Korrespondent der NZZ in der DDR. Kurz danach gab es den Staat nicht mehr. Gujer goutierte darum das Lob, wonach sein Blatt als einziges nicht im Mainstream der Presse mitschwimme.

Gujer ist tatsächlich eine Ausnahmeerscheinung. Er gehört zur seltenen Spezies der kritischen Journalisten, wenn es um deutsche Regierungspolitik geht. Gujer kritisiert regelmässig und scharf den Kurs von Angela Merkel. Es gibt nur zwei Chefredaktoren im deutschsprachigen Raum, die sich oft gegen Merkel stellen. Neben Gujer ist das Ulf Poschardt, der Chef der *Welt*.

Ansonsten dominiert in den deutschen Medien gegenüber der Regierungspolitik ein auffallend gleichgeschalteter Huldigungsjournalismus. Maassen hatte nicht unrecht.

Besonders deutlich wird der Gegensatz zwischen den frechen Zürchern und den ergebnen Deutschen bei der Migrationspolitik. Die NZZ war das erste Blatt, das Merkels grenzenlose Grenzöffnung als absurd kritisierte. Die deutschen Journalisten hingegen jubelten den einströmenden Syrern euphorisch zu.

«Der hässliche Deutsche trägt keinen Stahlhelm mehr – er belehrt die Welt moralisch», schrieb Gujer zuletzt über die deutsche Willkommenskultur am Beispiel der Seenotrettung.

Zum selben Thema hatte Gujer zuvor auch die eigene Branche nicht geschont. In einem Kommentar verspottete er die deutschen Journalisten als «eine Art Sozialarbeiter», die der «Realitätsverweigerung» verfallen seien.

Mit dem Fall Maassen kam nun die ersehnte Stunde der Rache. Die Berufskollegen versuchten, die NZZ in die Nähe der nationalkonservativen AfD oder gleich in die Ecke der Nazis zu rücken.



Mit Vergnügen: Chefredaktor Gujer.

Die NZZ sei heute «die Lieblingszeitung der Rechten», schäumte etwa der linke *Tages-Anzeiger* aus Zürich. Die NZZ sei «merklich nach rechts gerückt», hatte schon zuvor die linke *Süddeutsche Zeitung* aus München abgerechnet. Die NZZ sei das «Leib- und Magenblatt der Rechten» und würde auch Hitler ein Gratis-Abo schenken, polemisierte die linke *Taz* aus Berlin.

In Wirklichkeit hat Gujer die NZZ mit seiner profilierten Position in Deutschland auf enormen Erfolgskurs gebracht. Die dortige Redaktion auf bereits acht Köpfe ausgebaut. Man hat inzwischen 14 000 deutsche Abonnenten, Tendenz stark steigend. Damit ist das Blatt wieder dort, wo die gedruckte Auflage einmal in den siebziger Jahren stand. «Wir sind in Deutschland das *new kid on the block*», sagt Gujer, «das führt natürlich zu Widerstand.»

In der politischen Diskussion ist die NZZ inzwischen ein fester Wert. Die deutschen Politiker und Journalisten lesen sie, auch wenn sie sich über den Störfaktor ärgern. In den letzten zwei Jahren etwa wurde die NZZ in der bundesdeutschen Presse über 4000-mal zitiert. Das ist schon ein Drittel der Zitierungen des Benchmarks *Frankfurter Allgemeine*.

Gujer kann denn die Debatte um sein Blatt bündig zusammenfassen: «Wir sind völlig auf dem richtigen Weg.»

Deutschland zuerst

Von Henryk M. Broder — Das Klima wird am Amazonas gerettet.

Der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerd Müller – nicht zu verwechseln mit dem Fussballer gleichen Namens – hat Brasilien be- reist und noch vor Ort an die brasilianische Re- gierung appelliert, «neue Rodungen im Amazo- nas-Regenwald zu stoppen», das «sei zentral für den weltweiten Klimaschutz». So hiess es in der «Tagesschau», die ein Team mit auf die Reise in den Regenwald geschickt hatte. Anders als der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammen- arbeit will der brasilianische Ministerpräsi- dent, der – wie es wenig später hiess – der Agrar- lobby nahesteht, «weitere Rodungen aus wirtschaftlichen Gründen zulassen», um Platz für Ackerbauern und Rinderzüchter zu schaf- fen. Damit ist der deutsche Minister gar nicht einverstanden, denn Deutschland investiert be- reits «für den Schutz des Urwalds und indige- ner Völker». Man könnte sagen: So wie die deut- sche Freiheit am Hindukusch verteidigt wird, so schützt Deutschland auch das Weltklima am Amazonas. «Der Regenwald ist von herausra- gender Bedeutung für den Erhalt der Biodiver- sität und insbesondere des Weltklimas», sagt der Minister. Deswegen fordert Müller einen «nachhaltigen Handel, besonders bei Soja». Beim Handel mit Brasilien und anderen süd- amerikanischen Staaten werde es «darum ge- hen, entwaldungsfreie Lieferketten zu ver- einbaren; der Druck von Sojaanbau und Rinderhaltung darf nicht weiter in den tropi- schen Regenwald hineingetrieben werden».



Unter normalen Umständen würde man eine solche Stellungnahme eines deutschen Minis- ters als Einmischung in die inneren Angelegen- heiten eines souveränen Staates ansehen. Aber die Umstände sind eben nicht normal. Richtete sich der deutsche Ehrgeiz mal darauf, im Han- del «Exportweltmeister» und im Fussball «Weltmeister der Herzen» zu sein, so will man heute eine «Führungsrolle» beim Klimaschutz und bei der Aufnahme von Flüchtlingen über- nehmen. Kein Politiker sagt zwar «Germany first», aber genau das ist gemeint, wenn von einer «Führungsrolle» die Rede ist. Mit weni- ger geben sich deutsche Politiker nicht zufrie- den. Mögen daheim Wälder für den Anbau von Windrädern geopfert und Tausende von Vögeln geschreddert werden, wir schützen den Regen- wald am Amazonas und sorgen uns um den Lebensraum der Eisbären in der Arktis.

Unter normalen Umständen würde man eine solche Stellungnahme eines deutschen Minis- ters als Einmischung in die inneren Angelegen- heiten eines souveränen Staates ansehen. Aber die Umstände sind eben nicht normal. Richtete sich der deutsche Ehrgeiz mal darauf, im Han- del «Exportweltmeister» und im Fussball «Weltmeister der Herzen» zu sein, so will man heute eine «Führungsrolle» beim Klimaschutz und bei der Aufnahme von Flüchtlingen über- nehmen. Kein Politiker sagt zwar «Germany first», aber genau das ist gemeint, wenn von einer «Führungsrolle» die Rede ist. Mit weni- ger geben sich deutsche Politiker nicht zufrie- den. Mögen daheim Wälder für den Anbau von Windrädern geopfert und Tausende von Vögeln geschreddert werden, wir schützen den Regen- wald am Amazonas und sorgen uns um den Lebensraum der Eisbären in der Arktis.

Jetzt herunterladen! Die neue Weltwoche-App

Schnellerer Download,
bessere Grafik, mehr Bilder.
Die andere Sicht, ab sofort
noch mobiler und überall
verfügbar.



Neu:
Mit Bildern
und
Illustrationen

Holen Sie sich hier die neue App:



Leserbriefe

«Solche Wissenschaftler, die praktisch denken und mit Feldforschungen Beweise in der Natur finden, sollten an der Uni dozieren.» *Heinz Gerber*

Respekt und Wissen
Nr. 28 – Zum Sonderheft
«Klimawandel für die Schule»

Das Spezialheft sollte unbedingt an den Schulen verwendet werden! Vor allem der Artikel «Gletschermanns Entdeckung» über den Berner Geologen Christian Schlüchter bringt es auf den Punkt. Solche Wissenschaftler, die praktisch denken und mit Feldforschungen Beweise in der Natur finden, sollten an der Uni dozieren. Schlüchters Aussage «Die Erfindung des Teufels war die grandioseste Erfindung, die die Menschheit je gemacht hat. Man kann viel Geld verdienen, wenn man ihn an die Wand malt!» stimmt genau. Am Steingletscher gab es immer wieder Schwankungen, 1921 reichte der Gletscher bis hinunter zum Hotel «Steingletscher»! Der CO₂-Klimawandel wurde durch die Medien heraufbeschworen. Schade ist, dass sich auch namhafte Wissenschaftler für diese falsche Politik einspannen lassen. *Heinz Gerber, Thun*

Nach dem Lesen des Sonderhefts gibt es nur ein Resümee: Die Gurus haben gesprochen, und die Sekte folgt ihnen blind. Die Wissenschaft aber bleibt auf der Strecke.

Ruedi Walder, Dübendorf

Ein Lehrmittel! Ich bin begeistert, dass die *Weltwoche* es schafft, in der Klimahysterie ein Lehrmittel zusammenzustellen, das sogar den Schulkindern die Chance gibt, zu entdecken, dass sie sonst an der Nase herumgeführt werden. Bravo! *Hans-Jörg Moning, per E-Mail*

Zum sehr informativen Sonderheft mit Beiträgen von beiden Seiten des Meinungsspektrums gratuliere ich Ihnen. Den Mitgliedern einer Legislative oder Exekutive auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sowie den «Schlüsselpersonen» von NGOs und anderen Interessengemeinschaften kann die Broschüre in unserer Demokratie nicht als Pflichtlektüre verordnet werden. Trotzdem ist zu hoffen, dass sich diese Personen ihrer Verantwortung bewusst sind und sich ohne Scheuklappen mit den einzelnen Beiträgen auseinandersetzen. *Hans U. Lüscher, Fislisbach*

Für mich eine sehr gelungene Beilage, danke. Was bleibt? Eine einfache Feststellung, die auch für andere Bereiche gilt: Wir brauchen keine Verbildungssoldaten in der Armee der Manipulationen. Wir brauchen einen frischen, klaren Intellekt, der mit den Werten Respekt und Wissen kooperativ umgehen kann!
Guerrino Stivanello, Wil



«Ohne Scheuklappen».

Brauchbare Umweltschutzpolitik
Zur Klimadebatte generell

Ich bin Physiker und Ingenieur ETH. Meinen ersten Job erhielt ich 1979 in einem Institut der Bauingenieure von der ETH Lausanne. Als Teil der nationalen Studie Climod war ich einerseits mit der Auswertung der ersten gesamtschweizerischen Klima-Datenbank beauftragt, andererseits führte ich kleine Laborexperimente und numerische Simulationen zur Modellierung des Einflusses der Windstärke auf die Luftfeuchtigkeit durch. Diese Tätigkeit hat mich Bescheidenheit gelehrt. Die grosskotzige heutige Klimadebatte befremdet mich. So geht es auch meinen Studienkollegen.

Statt sich auf das Thema Klima zu versteifen, schlage ich der *Weltwoche* vor, sich auf das in den letzten sechzig Jahren Geleistete zu besinnen. Zum Beispiel im Gewässerschutz: Was haben wir alles getan? Mit welchem Erfolg? Was bleibt zu tun? Oder im Landschafts-, Natur- und Tierschutz, gegen Luftverschmutzung und Lärm, im Bereich Nahrungsmittelproduktion und Lebensmittelsicherheit und so weiter. Viel Nützliches wurde getan und bleibt zu tun. Auch lernen wir ständig dazu.

Da die anderen Parteien ihre Positionen für das Naheliegende und Konkrete zugunsten von Utopien und Spinnereien preisgegeben haben, sollte die SVP sich besinnen, das Geleistete für die eigenen Zwecke vereinnahmen und eine brauchbare Umweltschutzpolitik

vorlegen. Ich bin mir sicher, viele Bürger sind der impliziten Schuldzuweisungen durch die Klimaaktivisten müde und würden gerne einen zukunftstauglichen Beitrag zur Umweltgestaltung und -nutzung leisten.
Philipp Stauber, Lausanne

Rückkehr in die Heimat

Nr. 28 – «Im Namen Allahs»;
Alex Baur über eine Attacke gegen eine Lehrerin in Möriken-Wildegg

Die Nachsicht der Bevölkerung bezüglich unpassenden Verhaltens Kulturfremder ist relativ gross. Das kann aber Folgen haben, wenn damit falsch umgegangen wird. Im vorliegenden Fall ist es angemessen, der Familie eine Rückkehr in ihre Heimat nahezu legen.

R. Roth, Birrwil

Bröckelnder Landtag

Nr. 28 – «Abrechnung im Fürstentum»;
Philipp Gut über Aurelia Frick

Meine Grossmutter, eine Liechtensteinerin, erzählte mir als kleinem Jungen, dass man vor achtzig Jahren noch ins nahegelegene Feldkirch im Vorarlberg pilgern musste, weil es nicht genug Mehl im Ländle gab. Ein armes, kleines Land damals. Heute zischen fast nur noch Luxusautos durch die elf Gemeinden und stehen gemeinsam im Stau zwischen Schaan und Vaduz. Die lagerfeueremässige Abwahl von Aurelia Frick ist keine Überraschung, denn man muss wissen, dass der Grossteil im bröckelnden Landtag Hobbypolitiker sind, die noch immer den Fokus auf die Wichtigkeit von Ober- und Unterland setzen. Gemeinsame Landespolitik ist nach wie vor eine Vision.

Ralph Schädler, Luzern

Kompliment dem Karikaturisten

Zur Rubrik «Darf man das?»

«Darf man das?» lese ich stets mit grossem Interesse. Die jeweils gestellte Frage ist mal klüger, mal wissentlich dummlich; die Antworten sind zumeist klug, jedenfalls stets sehr witzig und unterhaltsam. Das grösste Kompliment aber gebührt dem Karikaturisten, dessen intelligente und grafisch gelungene Bilder die Rubrik jeweils begleiten. Die sind seit vielen Jahren absolute Spitze! Vielen Dank dafür.

Roland Burkhard, Bern

Transferzahlungen für Wählerstimmen

Nr. 27 – «Sozialfall 2. Säule»;
Beat Gygi über die Altersversorgung

Das eigentliche Problem der gesamten Altersversorgung ist, dass keine der etablierten Parteien ernsthaft etwas tut gegen die Umverteilungsmaschinerie. Die Haltung der Linken überrascht nicht. Die Plünderung der Sozial-

werke bis zum Staatsbankrott gehört dort zum Parteiprogramm. Allein von der SVP dürfte man erwarten, dass sie dem milliardenschweren Sozialmissbrauch den Riegel schiebt. Aber die Rentner, die munter Leistungen beziehen, die sie nie eingezahlt haben, sind nun mal die Wählerbasis der SVP. Mit denen will man es sich nicht verscherzen und lässt die Milliarden grosszügig weiterfliessen: Transferzahlungen für Wählerstimmen. *Thomas Bigler, per E-Mail*

Katz und Maus

Nr. 27 – «Racketes Sommerspektakel»;
Alex Baur über Carola Rackete

Wenn Deutsche schon ihre Rackete als Heilige feiern und andere Länder wegen deren Asylpolitik verurteilen, könnten sie doch das tun, was sie von den Südeuropäern verlangen: die sich in Seenot befindenden Migranten vollumfänglich aufnehmen. Sie sind schliesslich das Land, in dem man weiss, wie man das schafft. Und wenn es dann doch zu viele werden, kann man die eigenen Asylkritiker weiterhin auffordern, das Land zu verlassen. Wenn die «Sea-Watch 3» siebzehn Tage lang mit der italienischen Küstenwache Katz und Maus spielen kann, wäre doch auch eine direkte Überfahrt von Libyen nach Deutschland möglich. Deshalb: Leinen los, auf zu einem Afrikafeldzug der anderen Art. Die Route kennt man ja noch vom Zweiten Weltkrieg her. *Peter Gehri, Gerolfingen*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrihubstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



Fragen Sie Dr. M.

Der Experte für alle Lebenslagen

Ich habe gelesen, die Menschheit werde dümmer, der durchschnittliche Intelligenzquotient nehme seit einigen Jahren ab, das sei wissenschaftlich belegt. Was halten Sie davon? Wird die Menschheit wirklich dümmer? *Priska V., Aarau*

Ich weiss nicht, ob die Menschen immer dümmer werden, denn ich kannte ja die früheren nicht. Und die heutigen kenne ich nicht alle. Aber eines ist sicher: Ich finde auch, wir Menschen seien in vielem dumm, und zwar ohne Ausnahme. Anscheinend ist dies nicht sehr relevant, denn trotz der Dummheit leben ja sehr viele Menschen, und wir existieren trotz unserer Dummheit. Aber auch ich bin der Meinung, dass wir die eigene Dummheit möglichst bekämpfen sollten. Der Kampf gegen die Dummheit anderer Menschen ist wohl viel schwieriger.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Die Fragen werden anonym publiziert.

Huldrychs Life

Für alle, die ihre finanzielle Situation reformieren möchten: Individuelle Vorsorge- und Finanzberatung für ein selbstbestimmtes Leben.

SwissLife 

Festhütte Schweiz

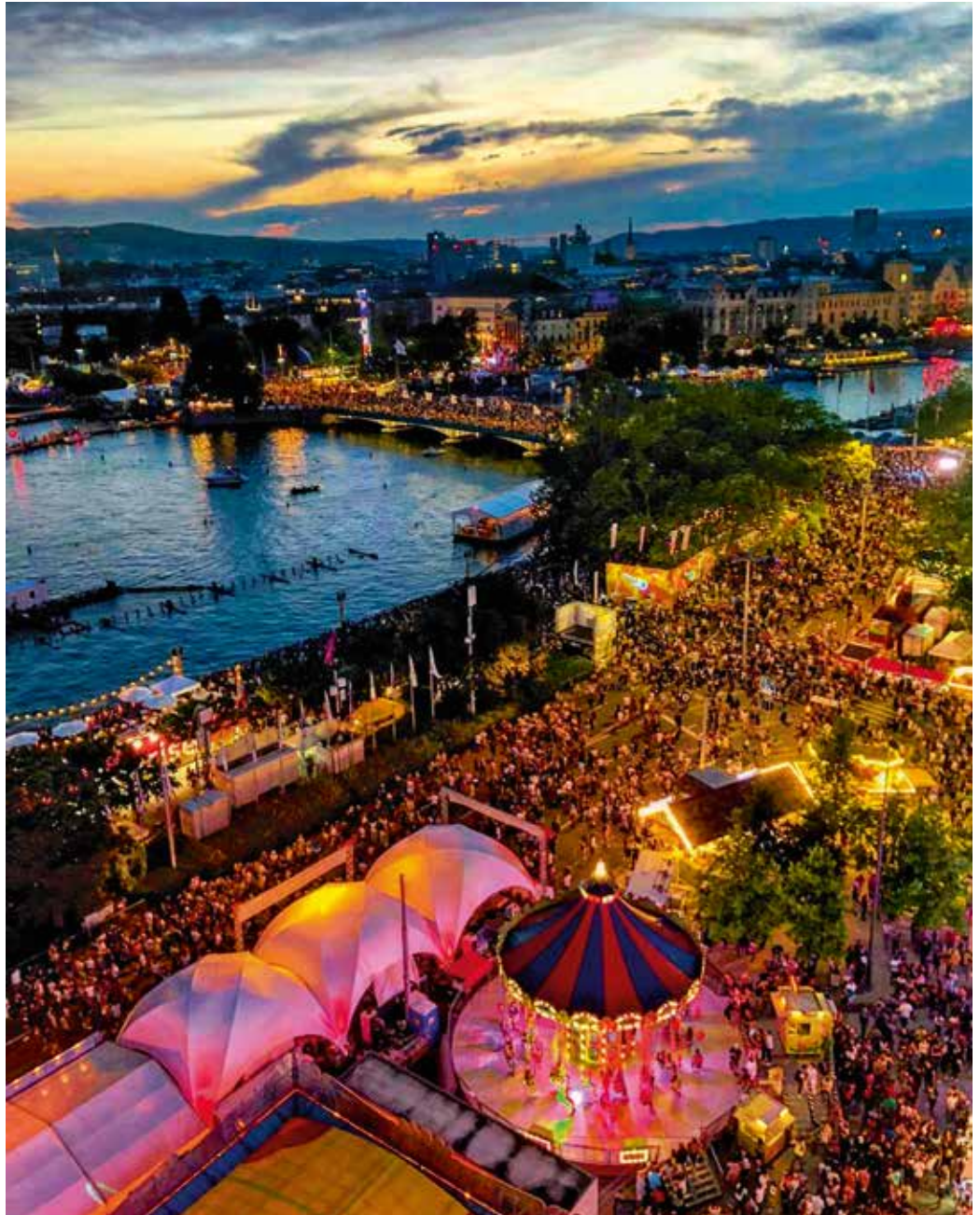
In der Sommerzeit herrscht Ausnahmezustand. Alles strömt ins Freie, um zu feiern. Sind Festlichkeiten für unser Volk gut oder schlecht? Darüber stritten sich schon unsere Vorfahren.
Von Christoph Mörgeli

Unser Land präsentiert sich gegenwärtig als eine einzige Partymeile. Fast zweieinhalb Millionen Menschen drängten sich beim Züri-Fäscht um das Seebecken. Nicht nur der Besucherstrom, auch die Feuerwerke, die Flugshows und ein Luftballett von 150 farbenfrohen Drohnen brachen alle Rekorde. Ein bürgerliches Organisationskomitee bereitete der rot-grün beherrschten Stadt Zürich ein tadellos durchgeplantes Fest der Superlative. Die Stimmung: ausgelassen, fröhlich und friedlich.

Doch nicht nur Zürich ist in Feierlaune. Zehntausende pilgern zu den Open-Air-Festivals, etwa auf den Berner Gurten (für jeden modernen Musikgeschmack), nach Montreux (Jazz), Locarno («Moon and Stars»), Luzern («Blue Balls»), Nyon («Paléo»), Basel («Tension»), Interlaken («Greenfield») oder Schaffhausen («Stars in Town»). Das Open Air Gampel bietet etwas für alle Jungen und Junggebliebenen. Frauenfeld will das grösste Hip-Hop-Festival Europas sein. St. Gallen feiert im legendären Sittertobel. Ein Volksfest für viele Frauen war der Frauenstreiktag, der in Zürich nahtlos in die Gay Pride überging. Die Zürcher Street Parade («Colours of Unity») hat punkto Publikumsaufmarsch mittlerweile das Sechsläuten um Längen überholt. Statt wie ehemals zu rebellieren und aufzubegehren, feiert die Jugend massenkulturell. Und beflügelt Konsum und Kommerz.

Unsere Freizeitgesellschaft ist – wie die Bezeichnungen vieler Festlichkeiten belegen – von amerikanischen Vorbildern geprägt. Aber auch die mediterrane Lebensart, die ins Freie drängt, sobald es wärmer wird, war in der «Polizischt Wäckerli»-Schweiz der fünfziger Jahre noch undenkbar. So stehen Privatpartys neben Feiern in Quartieren, Dörfern und Städten. Zum traditionellen Albanifest in Winterthur kommt neu das Albanerfest auf dem Hardturm-Areal. Dazu gesellen sich das Street Food Festival oder Musik-Events mit Metallica, Goa- und Coachella-Partys. Noch wichtiger als das Gemeinschaftserlebnis scheint allerdings die Instagram-Mitteilung, wer wo dabei war.

Ein stimmungsvolles Sehen und Gesehen werden bieten auch die Filmfestivals in Locarno und Zürich. Etwas geringer ist der Glamourfaktor bei den traditionellen Jugend-, Orts- und Vereins- oder Seenachtsfesten. Heute beginnt die alle 20 bis 25 Jahre in Vevey zelebrierte Fête des Vignerons. Ende August lockt das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest in Zug.



Freizeitgesellschaft nach amerikanischem Vorbild: Züri-Fäscht, Juli 2019.

Wenn es herbstet, folgen die aus Bayern importierten Oktoberfeste, und wenn sich die Nebel setzen, herrschen die Monster des amerikanischen Halloween. Die ganze Schweiz ist eine einzige Festhütte.

Stabilisierendes Ventil

Bilden Unterhaltung und Zerstreuung durch Volksfeste eine willkommene, unverzichtbare Zäsur in der öden Langeweile des Alltags? Sind sie ein notwendiges Ventil für den allenthalben herrschenden Leistungsdruck?

Sprengt das anarchische, zuweilen chaotische, jedenfalls grenzüberschreitende Potenzial von Festen, Events und Partys soziale Schran-

Statt wie ehemals zu rebellieren und aufzubegehren, feiert die Jugend massenkulturell.

ken, und stabilisiert, ja einigt es gerade darum unsere Gesellschaft? Welche Rolle spielen für die ausgelassene, ja ekstatische Stimmung der

Alkohol und die Drogen? Darüber streiten sich die Gelehrten – und sie haben es schon früher getan.

Man würde annehmen, ehemals hätten die Menschen mit knapper Not ihren Lebensunterhalt verdient; ihr hartes Tagwerk bei knappstem Lohn habe ihnen gar nicht erlaubt zu festen. Tatsächlich beschrieb der Berner Staatsrechtsprofessor Carl Hilty Bäuerinnen und Bauern, «welche ihr sehr einfaches und äusserlich reizloses, von keinerlei Vergnügungen der Weltkinder belebtes Dasein mit einer stillen Heiterkeit ertrugen». Sie lebten festlos, aber fromm in der Hoffnung auf eine ewige Feier im Jenseits. Aber gefestete wurde auch in früheren Generationen, allerdings bei Ereignissen des Kirchenjahres. In manchen katholischen Gebieten unseres Landes kannte man nicht weniger als hundert Feiertage im Jahr.

Ein völlig neues Arbeitsethos der Reformatoren, aber auch der katholischen Gegenreformation reduzierte diese Feiertage drastisch. Über die Sonntagsheiligung herrschte selbst im reformierten Lager keine Einigkeit. Huldrych Zwingli wandte sich entschieden gegen den Müssiggang nach dem Predigtbesuch: «Das Feiern, wie wir es jetzt üben, mit Essen und Trinken, mit Spielen und unnützem Geschwätz ist, bei hellem Licht betrachtet, mehr Sünde als Gottesdienst.» Es war Zwingli lieber, wenn man «mähen, schneiden, heuen oder andere notwendige Arbeiten verrichten würde, statt sich liederlichem Müssiggang hinzugeben».

Dass im protestantischen Mittelland mehr gearbeitet und weniger gefeiert wurde, fiel etwa dem zugerischen Ammann Kollin 1785 bei den benachbarten Zürchern auf: «Seht ihre Geschäftigkeit, ihren Fleiss, ihre unverdros-

sene Arbeitslust! Wenn alle fleissige Arbeitsbienen sind, muss nicht der Bienenkorb reich an Honig sein?» Doch auch die reformierte Bevölkerung vergnügte sich etwa im Bernbiet mit *Gränneten* (Grimmasschneiden), *Gansköpfeten*, *Sackgumpeten* oder *Tannenfuhrten* – worüber sich Jeremias Gotthelf weidlich ärgerte. Begleiterscheinungen solcher Volksbelustigungen seien nämlich Bettelei, unflätiges Zotenreissen und endlose Schnapsgelage. Dass der politisch konservative Gotthelf Uli den Knecht selbst bei einem so ehrwürdigen, traditionsreichen Bauernsport wie dem Hornussen Schaden und Verdruss erleiden lässt, hat Gottfried Keller scharf kritisiert.

Bildnisse von Schönheiten

Im Gegensatz zu Gotthelf war Keller ein grosser Freund der schweizerischen Festkultur, wie sie in der liberal-radikalen Kampfzeit und im jungen Bundesstaat ihren Höhepunkt erreichte. Er verfasste dazu Festlieder und Gelegenheitsgedichte, ja er plante sogar eine leider nie vollendete Schrift, «Der Festschweizer». Die eidgenössischen, kantonalen oder lokalen Feierlichkeiten von Sängern, Schützen und Turnern bildeten machtvolle Manifestationen für Freiheit und Heimat. So dichtete Gottfried Keller: «In Vaterlandes Saus und Brause, da ist die Freude sündenrein, / und kehrt' ich besser nicht nach Hause, so werd' ich auch nicht schlechter sein!» Gerne hätte er das eidgenössische Festtreiben mit der Aufführung von Dramen verbunden. Die Notwendigkeit periodischer Volksfeste begründete Keller so: Genau wie man Frauen gelegentlich Bildnisse von Schönheiten vorzeige, damit sie noch schöner würden, müsse das Volk von Zeit zu Zeit in vaterländischen Festen etwas besser

dargestellt werden, als es wirklich sei, damit es dieses Ideal im Alltag umso eifriger anstrebe.

An den grossen Gesangsfesten fragte man sich nicht zuerst, ob schön gesungen worden sei. Wichtiger noch war die Frage: Hat man schön gesprochen? Als patriotische Redner amtierten die hervorragendsten Politiker des jungen Bundesstaates. Als das Sängertwesen in

In manchen katholischen Gebieten kannte man nicht weniger als hundert Feiertage im Jahr.

der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend entpolitisiert und dafür mit anspruchsvoller Musik und unter Beizug der Frauenstimmen veredelt wurde, reagierte Gottfried Keller gereizt: Konservativ-aristokratische Kreise, so grollte der Dichter, würden die «plebejischen Schweizer Sänger» bewusst herabsetzen, die «nach des Tages Hitze einen guten Schluck ziehen aus den silbernen Preispokalen». Sie bevorzugten eben die «Händelschen und Mendelssohnschen Lieder singender Fräuleins von Bern und Aarau und ihrer violinkrazzenden Anbeter». Das Schützen- und das Turnwesen erlebt eine ähnliche Entwicklung, wurde doch auch da der sportliche Teil zunehmend zentral, während der «Fahrentügg» und ähnliche offizielle Manifestationen bloss noch zum Kürprogramm gehörten und die Reden oft im Stimmengewühl untergingen. Wer den Zerfall der traditionellen «Festarchitektur» bedauerte, dem wurde entgegengehalten, es handle sich eben mittlerweile um wahre Volksfeste, an denen die ganze Bevölkerung teilnehme, für die der ganze Festort sich schmücke, an die Arm und Reich herbeiströme, weshalb die Handhabung der formellen Ordnung schwierig geworden sei.

Da man am Samstag noch arbeitete, legten die Vereine ihre grösseren und kleineren Festlichkeiten auf den Sonntag. «Fest drängt sich an Fest», sorgte sich 1865 ein Zürcher Oberländer Pfarrer. Die *Nachrichten vom Zürichsee* vermeldeten 1885, dass «die Schweiz von allen Völkern Europas die meisten Feste» habe. Dies war zweifellos eine Folge der liberalen Vereins- und Meinungsäusserungspolitik. Demgegenüber hatte die Kirche alle Mühe – hält der Sozialhistoriker Rudolf Braun über das Zürcher Oberland fest –, sich «zwischen dem Schiessen, Turnen, Schwingen, Singen, Spielen und was des Wettkampfs- und Festlebens mehr ist, einen Raum auszusparen».

«Nichts als harte Arbeit ist es, die ein Volk nährt und sittlich stark macht», schrieb der *Zürcher Bauer* noch vor genau hundert Jahren. Gibt es wirklich nichts anderes als die Arbeit? Wir dürfen zweifeln. Denn die Erfahrung von Jahrhunderten lehrt: Auch das Festen und Feiern erhöht das Leben, erwärmt die Herzen und zieht die Menschen aus ihrer Einsamkeit. ○



«Muss nicht der Bienenkorb reich an Honig sein?»: Eidgenössisches Freischiessen, Zürich 1834.



Positives Bild der Governance: ETH-Präsident Mesot.

Zu viel Freiheit tut auch nicht gut

Bei der Entlassung einer Professorin an der ETH Zürich spielte Präsident Joël Mesot eine wichtige Rolle. Er hat so viel Macht, dass eine strengere Kontrolle von oben nötig ist. *Von Beat Gygi*

Die ETH Zürich steht im Rampenlicht. Zum ersten Mal in der ETH-Geschichte wurde eine Professorin entlassen. Ist das ein Zeichen der Schwäche? Im Augenblick steht die Schulleitung offiziell gut da. Soeben hat sie bei ihrem Aufsichtsgremium, dem ETH-Rat, recht bekommen, der zu Wochenbeginn bekanntgab, er folge dem Entlassungsantrag der Schulleitung. Es geht um die Physikprofessorin Marcella Carollo, der vorgeworfen wird, sie habe Doktorandinnen und Doktoranden schlecht behandelt, ja gemobbt. Zu den Hauptverantwortlichen und treibenden Kräften im ganzen Geschehen zählt der 54-jährige Physikprofessor Joël Mesot, der seit Anfang Jahr Präsident der ETH Zürich ist und zugleich im ETH-Rat Einsitz hat.

Der ETH-Rat ist das oberste Aufsichtsgremium über ETH Zürich, ETH Lausanne, Eawag, Empa, WSL und Paul-Scherrer-Institut, das dafür verantwortlich ist, dass seine zwei Schulen und vier Forschungsanstalten nicht vom rechten Weg abkommen. Für den Kurs der ETH Zürich ist an vorderster Front Präsident Mesot zuständig, auch wenn er als Nachfolger von Lino Guzzella eine komplexe Vorgeschichte übernommen hat. Gleich bei Amtsantritt wurde er vom Fall Carollo in Beschlag genommen, sein erster öffentlicher Auftritt im vergangenen März war seine Stellungnahme zu den Vorwürfen und Geschehnissen am Departement für Physik.

Mesot war damals erst seit kurzem im Amt, und das Gutachten der ETH-Entlassungs-

kommission riet aus juristischer Sicht von einer Entlassung der Professorin ab, aber Mesot schloss sich der Meinung der Schulleitung an und vertrat öffentlich den Antrag auf Entlassung, was auf die öffentliche Meinung prägend wirkte. Heute kann er geltend machen, seine Vorgehensweise werde mittlerweile auch von aussen gestützt. Gleich zweimal hat die ETH kürzlich von aussen stehenden Autoritäten positive Berichte erhalten mit der Einschätzung: «Nichts falsch gemacht».

Erstens veröffentlichte der ETH-Rat eine Untersuchung, die er bei der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsfirma BDO in Auftrag gegeben hatte, um die Vorwürfe einer Aufsichtsbeschwerde gegenüber der ETH Zürich abzuklären. Es ging um die Verhältnisse am

Physik-Departement und Vorwürfe über ungenügende oder mangelnde Governance, schlechte Führung und Aufsicht, erhoben etwa durch die Physikprofessorin Ursula Keller, die in einem Interview von Korruption, Sexismus, Ämter- und Machtmissbrauch an der ETH Zürich sprach. Die BDO sollte also untersuchen, ob es am Departement für Physik Anzeichen für eine intransparente Mittelvergabe, für Diskriminierung oder Amts- und Machtmissbrauch gebe.

Der Befund: Die Governance sei im Wesentlichen gut, es gebe allerdings Verbesserungsmöglichkeiten. Keller hat selber zur Entschärfung ihrer Vorwürfe beigetragen, als sie

In der ganzen Kette hatten viele den Kopf nicht richtig bei der Sache.

sagte, sie seien nicht formell juristisch gemeint. Der ETH-Rat zeigte sich befriedigt; dieses Resultat zeichne ein positives Bild von der Mittelverteilung und Governance am Departement für Physik der ETH Zürich. Gleichzeitig beschloss der Rat die Entlassung von Professorin Carollo. Er bedauerte dies zwar, da im Falle eines Konfliktes möglichst rasch und einvernehmlich eine Lösung gefunden werden sollte, im vorliegenden Fall sei dies aber nicht möglich gewesen.

Zweitens gab es Unterstützung aus der Bundesverwaltung. Eine ergänzend durchgeführte Untersuchung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) an zwei Departementen der ETH Zürich und zwei Fakultäten der ETH Lausanne ging der Frage nach, ob die Verteilung der Mittel zu Lasten von Professorinnen verzerrt sei und ob es im Falle von Meinungsverschiedenheiten genügend Möglichkeiten für Einsprachen gebe. Die Antwort der EFK: Eine systematische Benachteiligung sei nicht erkennbar, die Transparenz könnte jedoch verbessert werden. Untersucht wurden an der ETH Zürich die zwei Departemente Umwelt-systemwissenschaften sowie Chemie und Angewandte Biowissenschaften. Für fachkundige Beobachter ist es unverständlich, dass die EFK zwei relativ gutorganisierte Departemente für eine Prüfung herauspflückte und nicht wenigstens auch das umstrittene Physik-Departement unter die Lupe nahm.

Interessenverflechtungen

Der ETH-Rat verspricht nun Besserung für die Schule Zürich. Derzeit sei man daran, die Mehrfachbetreuung von Doktorierenden, wie an mehreren Departementen bereits der Fall, bis 2020 auf die ganze Hochschule auszuweiten. Es gebe ein Konzept für die Entwicklung der Führungskultur, und man organisiere die Ombudsstelle neu. Die Schulleitung soll mit einem neuen Vizepräsidentium

für «Leadership und Personalentwicklung» ergänzt werden. Heute hat Schulpräsident Mesot neben der Rektorin Sarah Springman bereits drei Vizepräsidenten, deren Ernennung oder Entlassung er beim Rat beantragen kann.

Auch günstige Studienergebnisse können nicht verbergen, dass die ETH Zürich in der Führung Mängel hat etwa bezüglich Aufgabenverteilung oder Pflichtenheften, wie dies Kenner der Schule immer wieder kritisieren. Wie stehen die Chancen auf Verbesserung? Wie sieht es mit der Überwachung der Schulen aus? Der als Kontrollorgan eingerichtete ETH-Rat besteht heute aus sechs Frauen und vier Männern aus Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft und befindet sich zurzeit in einer Art Provisorium. Präsident Fritz Schiesser ging Ende April nach rund elf Jahren in den Ruhestand, ohne dass seine Nachfolge geregelt war. Vorläufig nimmt die frühere Vizepräsidentin Beth Krasna, seit 2003 im Gremium, ad interim den Vorsitz wahr, während eine Findungskommission unter der Führung des Wirtschaftsdepartements baldmöglichst die Stelle besetzen will.

Die Zusammensetzung und Kompetenzverteilungen im ETH-Rat weisen auf Schwächen des Gremiums hin, da Verantwortlichkeiten



Lösung nicht gefunden: Physikerin Carollo.

vermischt werden. Die Präsidenten der ETH Zürich (Joël Mesot), der ETH Lausanne (Martin Vetterli) und einer der Anstalten (zurzeit Gian-Luca Bona, Empa) haben gegenwärtig als vollwertige Mitglieder Einsitz. Sie bestimmen also mit, auch wenn es um die Überwachung ihrer Schulen oder Institute geht, die Kontrollierten kontrollieren also sich selber. Mesot ist zudem bereits seit 2010 dabei, da er vor dem ETH-Zürich-Präsidium als Direktor des Paul-Scherrer-Instituts Einsitz hatte. Und dass in einer Zeit, in der sich im Physik-Departement Spannungen zeigten, ein Physiker Präsident wurde, verschärfte die Interessenverflechtungen zusätzlich.

Gewiss, im Moment ist eine Revision des ETH-Gesetzes im Gang, die solche Mängel beheben soll. Die Vernehmlassung ist zu Ende, und die Botschaft wurde für nächsten Februar in Aussicht gestellt. Der bisherige Änderungsvorschlag zielte jedoch nicht darauf ab, die Verantwortlichkeiten voll zu trennen, vorgesehen ist lediglich, dass das Stimmrecht der Schulpräsidenten und Institutsdirektoren bei bestimmten Traktanden eingeschränkt wird.

Schwäche des Systems

Kann man allenfalls auf klare Vorgaben aus dem Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung von Bundesrat Parmelin zählen, aus dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation mit der Anfang Jahr angetretenen Direktorin Martina Hiramaya? Ein wichtiges Anliegen ist für sie zurzeit die Findung eines Präsidenten oder einer Präsidentin für den ETH-Rat, daneben aber zieht der Einsatz für ein Rahmenabkommen mit der EU viel Aufmerksamkeit auf sich. Die Teilnahme der Schweiz am EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe» gilt für die Verwaltung als erstrangiges Ziel, in das sie viel Energie steckt.

Wie steht es um die Politik? Im Parlament könnten sich die nationalrätliche und die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur ebenfalls Gedanken machen zum Funktionieren der eidgenössischen Hochschulen und Institute. In jüngerer Zeit standen aber eher die ganz Jungen im Vordergrund; im April beschloss die nationalrätliche Kommission, die parlamentarische Initiative zur Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter wieder zu aktivieren, nachdem sich gezeigt habe, dass die Zwischenbilanz des Bundes zur Kinder- und Jugendförderung äusserst erfolgreich gewesen sei. Nach alledem muss man sagen: In der ganzen Kette hatten viele den Kopf nicht richtig bei der Sache, und dass es schliesslich zur Entlassung der Professorin kam, ist ein Zeichen der Schwäche des Systems, die aber behoben werden kann, wenn die Verantwortlichkeiten vor allem im ETH-Rat klarer geregelt werden. ○

Knuttis grüner Schatten

Ein einziger Autor verfasst auf Wikipedia praktisch im Alleingang die Einträge zu «Klimaleugner», «Energiewende» und «Reto Knutti». Widerspruch duldet der Vollzeit-Wikipedianer nicht. Hinter dem anonymen Vielschreiber versteckt sich der Aktivist Andreas Lieb. Wer bezahlt ihn? *Von Alex Baur*

Wer auf Wikipedia nach einer Definition von «Klimaleugner» sucht, muss sich auf eine lange Lektüre gefasst machen: Sage und schreibe 47 Seiten bringt der Beitrag unter dem Titel «Leugnung der menschengemachten globalen Erwärmung» auf den Drucker. Um den Klimawandel zu erklären, braucht Wikipedia nicht einmal halb so viel Platz (18 Seiten). Nur ist das auch nicht nötig. Denn glaubt man der täglich millionenfach konsultierten Enzyklopädie, ist nur noch eines gefährlicher als die angekündigte Klimakatastrophe: das Bezweifeln der angekündigten Klimakatastrophe.

Wikipedia holt denn auch weit aus. Leugner ist nicht gleich Leugner. Denn Klimaleugner ist eine Art Geisteskrankheit, allerdings eine ansteckende, mit verschiedenen Kategorien und Unterkategorien. Da gibt es etwa den naiven Skeptiker, der vom genuine Leugner infiziert und manipuliert wurde. Dann gibt es den organisierten Leugner, den querulatorischen Leugner und, besonders hinterhältig, den «universal einsetzbaren käuflichen Leugner». Hinter letzterem stehen finanzkräftige internationale Multis, Tycoons und konservative Think-Tanks, die aus dem Schutz der Dunkelheit heraus im Geheimen die Fäden ziehen und über gekaufte Agenten ihre Verschwörungstheorien verbreiten und damit den «wissenschaftlichen Konsens zum menschengemachten Klimawandel» torpedieren.

Glaubt man Wikipedia, kann jeder Zweifel an der Klimadoktrin des Weltklimarates nur böseartig motiviert sein. Die Ursachen sind finanzieller oder psychopathologischer Natur. Denn es steht geschrieben im Buch der Bücher: «Mitte der 1990er Jahre gab es damit keinen vernünftigen Grund mehr für eine echte wissenschaftliche Debatte über die Aussage, dass der Mensch das Klima verändert hatte.» Was schon damals Tausende von Wissenschaftlern festhielten, sei «abgesichert». Es verbietet sich folglich auch jede Diskussion um den Klimaleugner an sich, denn jede Kritik und jede Widerrede wäre ein Akt des Leugnens. Der perfekte Zirkelschluss.

Andol zitiert sich am liebsten selber

Die Diskussion erübrigt sich auch deshalb, weil der Wikipedia-Artikel über die Leugner-Lehre praktisch von einem einzigen Autor verfasst wurde. Eine Auswertung der Webseite zeigt: Zu 88,1 Prozent* war hier ein ge-



Regeln des Dschungels: Wikipedia-Autor Lieb.

wisser Andol am Werk, es folgen weit abgeschlagen Skra31 (3,3 %) und FranzR (1,1%). Alle anderen «Mitautoren» wirkten im Promillebereich, sie korrigierten vielleicht einen Rechtschreibfehler oder ein Komma. Mit anderen Worten: Ein einziger Anonymus definiert auf der Enzyklopädie, die im Online-Bereich faktisch eine Monopolstellung hat, im Alleingang, was ein Klimaleugner sein soll.

Nun gibt sich Andol zwar wissenschaftlich, er verweist auf Publikationen und Autoren. Denn «Leugnismus» oder «Denialismus», so erfahren wir im Wikipedia-Beitrag zu «Science

Seine Quellen hat Andol zu einem guten Teil selber auf Wikipedia eingebracht.

Denial», ist eine Wissenschaft. Nur: Andol hat auch 95,7 Prozent der Bearbeitungen von «Science Denial» zu verantworten. Und genauso verhält es sich auch mit den zumeist angelsächsischen Autoren und Publikationen, auf die er sonst noch verweist: Seine Quellen hat Andol zu einem guten Teil selber auf Wikipedia eingebracht.

Wenn Andol etwa über das angebliche «Rosinenpicken» der Klimaleugner schreibt, verweist er auf einen dreiseitigen Beitrag zum Thema «Rosinenpicken», den er selber zu drei Vierteln verfasst hat und der das Phänomen Rosinenpicken am Beispiel des Klimaleugnens erklärt. Der perfekte Selbstläufer: Andol zitiert Andol. Nur merkt der ahnungslose Leser kaum etwas davon. Denn um

das herauszufinden, muss man schon in den Innereien von Wikipedia recherchieren.

Andol hat natürlich auch stets ein scharfes Auge auf das Europäische Institut für Klima und Energie (Eike). Es handelt sich dabei um einen Verbund von Wissenschaftlern, der die Weissagungen des Weltklimarates und die Energiewende in Frage stellt. Mit 27,8 Prozent der Einträge führt Andol die Liste der Autoren beim Eike-Eintrag von Wikipedia an. Eike bezichtigte Andol schon öffentlich der Diffamierung. Wikipedia-Attacken von Andol muss auch Professor Fritz Vahrenholt, ebenfalls ein bekannter Kritiker der grünen Klima- und Energiepolitik, immer wieder erdulden. Vahrenholt ist es leid, dauernd Einträge von Andol über seine Person zu berichtigen; er spricht von Vandalismus.

Der bekannte Zürcher Klimawarner und -forscher Professor Reto Knutti kann sich dagegen über den bedingungslosen Support von Andol freuen. Nicht weniger als 92,1 Prozent des dreiseitigen Eintrags zu Professor Knutti, einem «bedeutenden Mitglied des IPCC», stammen von Andol. Detailliert berichtet er via Wikipedia über angebliche Beschimpfungen von Seiten der Klimaleugner, denen Forscher Knutti permanent ausgesetzt sei. Auch Professor Vahrenholt erlebt solche Attacken immer wieder. Doch davon ist auf Wikipedia keine Rede.

Deutungshoheit über die Energiewende

Andol kümmert sich nicht nur um Klimaleugner. Er hat auch 90,8 Prozent der Wikipedia-Einträge zum Stichwort «Energiewende» und 73 Prozent der Texte zu «Einspeisevergütung» verfasst. Ein kritisches Wort zu den Nachteilen der alternativen Energieträger sucht man vergeblich. Und hier wird es nun definitiv gespenstisch.

Wie ist es möglich, dass eine anonyme Einzelmaske bei einem derart folgenschweren Unterfangen das vielleicht wichtigste Medium im deutschen Sprachraum praktisch solo kontrolliert? Zur Erinnerung: Wikipedia generiert bis zu einer Million Klicks pro Stunde und figuriert auf Rang fünf der meistbesuchten Websites in der Schweiz (Deutschland Rang sieben).

Wer ist dieser Anonymus? Das herauszufinden ist etwas schwieriger, aber nicht unmöglich. Andol hat beim Hochladen von Grafiken Spuren hinterlassen, und diese führen zu einem gewissen Andreas Lieb aus Grossostheim

im schönen Freistaat Bayern. Lieb kandidierte in Grossostheim erfolglos auf der Liste der jungen Grünen für den Gemeinderat und trat im letzten Dezember als Redner bei einer lokalen Klimademo auf. Er zeichnete gelegentlich Online-Kommentare auf Zeitungsportalen mit seinem Alter Ego Andol.

Die Angaben zum Werdegang von Andol gemäss seiner Autorensseite auf Wikipedia – er hat Geschichte studiert und Artikel über die Eisenbahn geschrieben – und dessen Leidenschaft für Klimaleugner, Greta, Energiewende und Professor Knutti passen wiederum perfekt zum Twitter-Account des grünen Lokalpolitikers Andreas Lieb aus Unterfranken.

Wer zahlt seinen Lebensunterhalt?

Das wirklich heisse Rätsel konnten wir bis zur Stunde leider nicht lösen: Wovon lebt Andreas Lieb? Wie generiert er sein Einkommen? Eines scheint klar: Sein Dauerengagement bei Wikipedia kommt einem Vollzeitjob gleich.

Seit Andol 2011 auf Wikipedia aktiv wurde, hat er mehr als 180 eigene Artikel verfasst und über 20 000 Bearbeitungen an bestehenden Einträgen vorgenommen. Die statistische Erfassung seiner Interventionen zeigt, dass er die ganze Woche gleichermassen aktiv ist. Nach 13 Uhr loggt er sich ein, Tag für Tag. Mit der sturen Regelmässigkeit einer Schwarzwälder Kuckucksuhr legt er um 17 Uhr eine Pause ein, dann wird weiter gerackert bis Mitternacht und manchmal auch darüber hinaus.

Es ist das Muster einer Vollzeitstelle, acht Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche. Arbeitet Andol etwa um Gottes Lohn? Wir hätten es gerne von ihm persönlich erfahren. Doch alle Versuche, Andreas Lieb mit unseren Recherchen zu konfrontieren – via Telefon, via Mail, über lokale Politikerkollegen –, sind gescheitert. Lieb alias Andol stellt sich taubstumm.

Der Klimauntergang naht

Ist er ein Besessener, der die Welt vor ihrem Untergang bewahren will? Liest man seine Rede zur Klimademo vom letzten Dezember im heimischen Grossostheim, drängt sich dieser Eindruck auf. Das CO₂ sei «für die komplette Erwärmung» des Klimas verantwortlich, predigt Lieb dort, «ohne den Menschen hätte es

sogar eine leichte Abkühlung gegeben». Dies wisse man in den USA bereits seit 1965. Die Energiewende sei alternativlos, der Solarstrom so günstig wie noch nie zuvor, beschwor er die deissig Demonstranten auf dem Dorfplatz: «Diese ganzen Studien abermals zu ignorieren, die bittere Realität zu leugnen, wäre schlicht Wahnsinn!»

Auf Twitter hat Andreas Lieb etwas mehr Follower: 76 sind es (den Schreibenden miteingerechnet). Das ist, nett gesagt, nicht gerade der Haufen. Als einer von 20 000 «Sichtern» bei der deutschsprachigen Wikipedia – gemeint sind damit jene fleissigen Autoren, die sich das Privileg erworben haben, die Beiträge von Gelegenheitsautoren zu kontrollieren, zu korrigieren und allenfalls zu blockieren – hat Andol dagegen einen erheblichen Einfluss auf ein potenzielles Millionenpublikum. Als namenlose Maske hat er es geschafft, die Deutungshoheit über die Energiewende und die Klimapolitik an sich zu reißen.

Das Problem ist bekannt, seit es Wikipedia gibt. Für objektiv überprüfbares Wissen – Sportresultate, historische Ereignisse oder Persönlichkeiten, chemische Formeln oder Gemeindechroniken – ist die von Freiwilligen geschaffene Enzyklopädie eine grossartige Errungenschaft. Fehler oder Fake News werden von der Masse recht zuverlässig korrigiert. Doch sobald es politisch-ideologisch-religiös wird oder gar Verschwörungstheorien ins Spiel kommen, ist auf Wikipedia kein Verlass mehr. Dann ist die Neutralität schnell im Eimer. Es gelten die Regeln des Dschungels.

Das Problem ist bekannt, seit es Wikipedia gibt. Für objektiv überprüfbares Wissen – Sportresultate, historische Ereignisse oder Persönlichkeiten, chemische Formeln oder Gemeindechroniken – ist die von Freiwilligen geschaffene Enzyklopädie eine grossartige Errungenschaft. Fehler oder Fake News werden von der Masse recht zuverlässig korrigiert. Doch sobald es politisch-ideologisch-religiös wird oder gar Verschwörungstheorien ins Spiel kommen, ist auf Wikipedia kein Verlass mehr. Dann ist die Neutralität schnell im Eimer. Es gelten die Regeln des Dschungels.

Andol hat den längeren Atem

Das Erfolgsrezept von Andol: Er hat schlicht und einfach den längeren Atem. Das wird gut ersichtlich, wenn man die Diskussionsforen zu den Wikipedia-Artikeln anschaut. Dort werden die geblockten oder gelöschten Veränderungen diskutiert. Wer Liebs Wahrheiten zu Klima, Solarpanels oder Einspeisevergütungen nicht teilt, muss sich auf endlose Auseinandersetzungen und Belehrungen über Gott und die Welt einlassen. Dann kann der sonst ganz friedfertige Energiewender und Klimaretter «auch mal wütend werden», wie er selber einräumt. Nicht jeder hat die Zeit und die Nerven für epische und fruchtlose Wortgefechte mit dem Bekehrten – und kapituliert irgendwann mal. So dass Andol am Ende allein bestimmt, was richtig und wahr ist. Streng wissenschaftlich wahr natürlich.

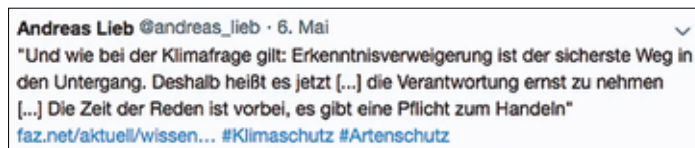
* Die im Text erwähnten Statistiken aus Wikipedia wurden am 11. Juli 2019 erhoben.



Erheblicher Einfluss: Twitter-Einträge.



«Auch mal wütend werden».



«Die bittere Realität zu leugnen, wäre schlicht Wahnsinn!»



«Ohne den Menschen hätte es sogar eine leichte Abkühlung gegeben.»

Übergriff auf meine Eltern

Man stelle sich mal vor, wir lebten in einem Land, wo die Willkür herrscht, nicht das Recht.

Meine Erfahrungen mit der Kesb.

Von Lukas Leuenberger

Man hört und liest ja täglich von gewissen Ländern, wo ganz selbstverständlich Schutzgelder an übermächtige regionale Mafia-Strukturen fließen. Und zwar nicht etwa Solidaritätsmilliarden an übergeordnete europäische Wohlfahrtsinstitutionen – wie die Schweiz das vorbildlich vorlebt. Oder man stelle sich vor, unser Staat würde seine Bürgerinnen und Bürger gar ihrer Freiheitsrechte berauben nach Belieben, wie das anderswo geschieht. Ich versuche mir gerade vorzustellen, inwieweit mich das betreffen könnte, nur rein persönlich, meine ich.

Nehmen wir das familiäre Umfeld als Beispiel. Vater war Pfarrer, Mutter Pfarrfrau. Acht Pfarrerskinder, weitgehend zerstritten, wie unter Pfarrerskindern so üblich. Nach 25 Jahren Pfarramt unten im Dorf ging es nach der Pensionierung vom Pfarrhaus ins neu errichtete Eigenheim, oben auf dem Hügel. Nochmals 30 Jahre Lebenszeit hatte Vater vor sich, bis er 2014 starb, in seinem 95. Lebensjahr. Mutter ist inzwischen 90. So viel an Fakten.

Gesetz mit unverfänglichem Namen

Zurück zu den Freiheitsrechten. Stellen wir uns vor, es gäbe hierzulande tatsächlich ein Gesetz, das dem Staat erlauben würde, jemandem die persönlichen, verfassungsmässig garantierten Freiheitsrechte abzuerkennen. Wenngleich dieser Mensch nichts angestellt hat, ausser hochbetagt zu sein. Natürlich hätte so ein Gesetz einen unverfänglichen Namen: «Kindes- und Erwachsenenschutz», womöglich. Die entsprechende Behörde hiesse dann wohl «Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde», «Kesb» im Kürzel.

Angenommen, das wäre Realität: Was hätte das für Folgen haben können für meine alten Eltern? Dass möglicherweise die älteste Pfarrers-tochter im Januar 2013 das brandneue Gesetz dazu genutzt hätte, eine sogenannte «Gefährdungsmeldung» gegen ihre Eltern abzusetzen – ohne Wissen der anderen Pfarrerskinder. Und diese «Gefährdungsmeldung» hätte dann jene «Kesb» prompt dazu veranlasst, dem Herrn und der Frau Pfarrer ohne jede Notwendigkeit und gegen deren ausdrücklichen Willen ihre Freiheitsrechte als mündige Menschen abzuerkennen. Ohne Konsultation der übrigen sieben Pfarrerskinder. «Verbeiständung» würde so was dann vermutlich heissen.

Doch spinnen wir den Faden weiter. Was hätte so ein ungeheurer Übergriff für meine Eltern konkret bedeutet? Dass mein Vater stirbt aus Gram, kurze Zeit nach Inkrafttreten jener «Verbeiständung». Dass meine Mutter wenige Tage

nach Vaters Tod rausgerissen wird aus ihrem gewohnten Leben, um zwangsweise ins erste Heim verfrachtet zu werden, auf Geheiss der «Beiständin» und der ältesten Pfarrerstochter (unserer Gefährdungsmelderin), die jene «Beiständin» in allen Fragen berät. Dass alsdann das Elternhaus an Toplage an den erstbesten Interessenten verramscht wird, und zwar durch die überforderte «Beiständin» des örtlichen Sozialdienstes. Dass meine Mutter dann zu überleben hat in einem Grossbetrieb, der trotz propagiertem «christlichem Hinter-



Hier und heute: Autor Leuenberger.

grund» hocheffizient das lukrative Altersbusiness managt. Und dass dort Mutter von einem Zimmer ins andere geschoben wird, weil permanent gebaut wird auf dieser Grossbaustelle namens Altersheim. Bis sie eines Tages schuldlos auch noch rausfliegt aus ebendiesem Heim, nachdem die Betreibergesellschaft vier Jahre bei der Selbstzahlerin voll abkassiert hat für die prekäre Unterbringung im Dauerprovisorium, Baulärm inklusive. Dass in der Folge die älteste Pfarrerstochter und jene «Beiständin» Mutter ins nächste Heim weiterverfrachten, damit alles seinen gewohnten Gang geht.

Wenn andere Pfarrerskinder dennoch wissen möchten, was genau geschah und wo die Verantwortlichkeiten liegen, dann werden diese Pfarrerskinder abgewimmelt. Nicht nur im Heim, auch seitens der Behörden. Also beschrei-

ten jene Pfarrerskinder den Rechtsweg bis zum Obergericht, der offiziellen «Beschwerdeinstanz» in Sachen «Kesb». Und blitzen dort ebenfalls ab mit Entscheid vom 5. Juli 2019, zehn Tage vor Vaters fünftem Todestag: «Abweisung der Beschwerde gegen die Beiständin gemäss Art. 419 ZGB» et cetera, et cetera... 12 Seiten lang.

Irdische Gerichtsbarkeit

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen seit Zustellung der schriftlichen Begründung beim Bundesgericht, Av. du Tribunal-Fédéral 29, 1000 Lausanne 14, Beschwerde in Zivilsachen gemäss Art. 39 ff., 72 ff. und 90 ff. des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BGG; SR 173.110) geführt werden. Die Beschwerde muss den Anforderungen von Art. 42 BGG entsprechen. Das Schicksal einer «verbeiständeten» neunzigjährigen Frau, die aus einem Schweizer Heim geschmissen wird, entspricht bedauerlicherweise nicht den Anforderungen von «Art. 42 BGG». Da kann der liebe Gott auch bei Frau Pfarrer keine Ausnahme machen. Die irdische Gerichtsbarkeit schon gar nicht.

Aber wie gesagt, nichts ist passiert, alles bestens. Vater ist bereits im Paradies, Mutter ist ein Platz im Paradies als Pfarrfrau sicher – und ich habe mir nur kurz mal vorgestellt, inwiefern mich das etwas angehe, hätte die Schweiz so ein Durchgriffsrecht bei einer Schweizerin, einem Schweizer installiert. Aber dann wären wir ja in der Tat nicht weiter als zu Zeiten des Konkubnatsverbots, der Verdingkinder und der Zwangsverwahrungen von Tagedieben und Landstreichern. Einfach unvorstellbar. Und ausserdem: Wenn so was Herrn und Frau Pfarrer passieren würde, könnte das ja auch jenen National- und Ständeräten passieren, die so ein Gesetz verabschiedet hätten. Dereinst wenn sie selber alt sind und sich nicht mehr wehren können, gegen Willkür. Und es könnte ebenso einen Alt-Oberrichter treffen, der nach bestem Wissen und Gewissen so ein Gesetz auszulegen suchte, als er noch in Amt und Würden war.

Nein, wir leben hier und heute in einem Rechtsstaat, wo die Freiheit des Einzelnen dem Gesetzgeber heilig ist. Wie Urs Widmer schon 1992 erkannte, in seinem Buch «Jeanmaire. Ein Stück Schweiz»: «Das machen die Schweizer so toll. Sie bekämpfen das Unrecht nicht mit neuem Unrecht, sondern mit Recht. Und zwar gnadenlos.»

Lukas Leuenberger ist Theaterproduzent. Er wohnt in der Stadt Bern.

Lügen fast wie gedruckt

Hat die Stadtregierung von Yverdon-les-Bains die Chefredaktorin des Lokalblatts entlassen? Die Affäre geht auf einen Pressekrieg zurück und mündet in eine Regierungskrise. Aber keiner will es gewesen sein. Von Jürg Altwegg

Die Zeitung *La Région*, das in Yverdon-les-Bains erscheinende Lokalblatt für das nördliche Waadtland, hat keine Chefredaktorin mehr. Caroline Gebhard, 34 Jahre alt und gerade mal seit einem Jahr im Amt, sei auf «unhöfliche und missbräuchliche» Weise entlassen worden, fasst ihr Anwalt Raphaël Mahaim die Trennung zusammen.

Dies seien Fake News, erwidert Charles Munoz, der Anwalt des Verlags: «Sie hat von sich aus gekündigt.» Im Juni habe ihr der Verwaltungsrat seine Unzufriedenheit bezüglich ihrer Arbeit zu verstehen gegeben. Einer Entlassung, die allenfalls als «Idee» (Munoz) im Raum stand, sei Caroline Gebhard zuvorgekommen: «Obwohl ihre Kündigungsfrist sechs Monate beträgt, hat sie ihren Abgang auf Ende August verkündet.»

Immerhin: Man hat die Kündigung akzeptiert und das Arbeitsverhältnis fristlos aufgelöst. Als die Trennung publik wurde, kam es auf dem Pestalozzi-Platz zu einer Demonstration. Inzwischen wird die Wiedereinstellung per Petition gefordert. Und in der Stadtregierung brach ein Streit aus, der die Provinzposse in die nationalen Schlagzeilen kapultierte: «Die Linke bricht mit dem Kollegialitätsprinzip.»

Ganz besondere Zeitung

La Région Nord vaudois ist eine ganz besondere Zeitung – eine Zeitung der Journalisten, die gegen das Monopol des Goliaths *24 heures*, heute im Besitz von Tamedia, entstanden ist. Begründet wurde *La Région* 2006 von Isidore Raposo, einer welschen Legende, einem Haudegen des Lokaljournalismus. Jahre lang arbeitete Raposo von Yverdon aus auch als *Blick*-Korrespondent in der Westschweiz.

Er war Chefredaktor der Lokalzeitung *La Presse Nord vaudois*, als diese von *24 heures* geschluckt wurde. Das Blatt für das ganze Waadtland hatte einst den Ruf, weltweit die Zeitung mit der dichtesten Verbreitung in ihrem Einzugsgebiet zu sein. Ein Jahr lang leitete Raposo die Split-Ausgabe:



Der «*Région*» etwas fremd geblieben: Journalistin Gebhard.

«Zu wenig Lokalinformation, zu viel Zentralisation in Lausanne, zu viel Papier im Briefkasten.» Mit ein paar Gleichgesinnten gründete er *La Région*, die sich im Besitz von mehreren Dutzend Kleinaktionären befindet.

Das Abenteuer begann mit zwei Journalisten, freien Mitarbeitern und zunächst zwei Ausgaben pro Woche. Inzwischen sind es drei, während des regionalen Wirtschaftsforums wird das

Wenn mit dem Kollegialprinzip gebrochen ist, steht der lokale Bürgerkrieg vor der Tür.

Blatt zur Tageszeitung. *La Région* entsprach einem Bedürfnis und wurde ziemlich erfolgreich. Es gibt eine wöchentliche Gratis-Grossauflage von mehr als 40 000 Exemplaren. «Wir haben 4500 Abonnenten, es geht uns gut, aber es ist ein permanenter Kampf», erklärte der bald 65 Jahre alte Raposo, als Caroline Gebhard die Chefredaktion übernahm. Sie kam aus Morges und von *La Côte* in Morges, bei der auch Raposo einst gearbeitet hatte. Als hätte er eine Vorahnung, fügte er damals bei: «Ihr Vater wohnt hier.»

Die Tochter ist nie wirklich angekommen. Auf halbem Weg blieb sie stecken, Caroline Gebhard lebt in Cossonay, das Lausanne nicht nur geografisch sehr viel näher ist als Yverdon. Auch der *Région* muss sie ein bisschen fremd geblieben sein, zu jung wohl für die Subtilitäten

des Lokaljournalismus und seine Abhängigkeiten, die sich selbst im Waadtland keineswegs auf den Weisswein beschränken. Achtmal pro Jahr veröffentlicht der Bezirkshauptort in seinem Leibblatt eine Beilage, für die jeweils 3800 Franken verrechnet werden, 30 400 Franken pro Jahr. Und dafür, glauben die verantwortlichen Politiker von links bis rechts, haben sie mehr Unverständnis als Dank geerntet.

Am 23. Mai machten die Stadträte ihrem Ärger über die Berichterstattung in einem sehr ungeschickten Brief an die Chefredaktorin Luft: «Welches ist der Zweck einer Lokalzeitung, wenn nicht der, die Gemeinde und die Region in Szene zu setzen?» Das Schreiben enthält ein umfassendes Register der Beschwerden. Unzureichend habe *La Région* über die Verbreiterung der Zihl berichtet – vor allem fehlten die Fotos der Politiker.

Und zudem: «Bei einer Pressekonferenz wurden weder die Worte noch die Anwesenheit des Stadtpräsidenten erwähnt.»

Ausgerechnet das Konkurrenzblatt *24 heures* informierte über die Existenz des Briefes und seine Folgen, die Trennung von der Chefredaktorin. Danach kam es an einem Morgen gleich zu zwei Pressekonferenzen von Regierungsmitgliedern. Die linken Stadträte warfen den rechten Kollegen ein Komplott vor. Den Ärger über die Berichterstattung hätten sie geteilt, vom Brief gewusst – den Beschluss aber, die Beilage einzustellen, hätten sie nicht mitbekommen: «Wir haben das aus der Zeitung erfahren.»

«Falsch», bezichtigte zwei Stunden später der freisinnige *syndic* der Stadt, Jean-Daniel Carrard, die Linken der Lüge. Und präzisierte: «Wir haben keine Köpfe gefordert.» Wenn erst mal mit dem Kollegialprinzip gebrochen ist, steht der lokale Bürgerkrieg vor der Tür. Carrards Kommentar zur Petition der Linken: «Der Wahlkampf hat früher als sonst begonnen.»

Mutig und ohne die Stadtregierung zu schonen und sogar mit Fotos von den Politikern informiert *La Région* über die Eskalation. Dabei geht leicht vergessen, dass es nicht die zerstrittenen Politiker waren, die Caroline Gebhard entlassen haben. Sondern ihre Arbeitgeber, die heroischen Pioniere des Lokaljournalismus gegen den kantonalen Zentralismus. Sie haben die unerfahrene Chefredaktorin wegen 30 000 Franken fallengelassen. Oder eben auch nicht, wie sie noch immer behaupten. ○



Stadtpräsident Carrard.

Bündnis mit dem Gegner

Mit weitgehenden Zugeständnissen in der Sozialpolitik kettet sich der Arbeitgeberverband immer stärker an Gewerkschaften und SP. Von Hubert Mooser

Es war nicht das erste Mal, dass SVP-Präsident Albert Rösti ein zwischen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften verhandelter Deal nicht gefiel. Anstatt aber wie üblich diesen mit markigen Worten abzufertigen, äusserte der SVP-Chef diesmal einen schweren Verdacht: «Mein Gefühl ist, hinter den Kulissen wird ein Komplott geschmiedet», sagte er vergangene Woche in einem Interview mit dem *Tages-Anzeiger*. «Die Wirtschaftsverbände versuchen, die Gewerkschaften mit sozialpolitischen Zugeständnissen zu kaufen.» Dies, nachdem die Sozialpartner bei der zweiten Säule (Pensionskassen) einen Kompromiss vorgelegt hatten, der wohl vor einem Jahr noch chancenlos gewesen wäre.

Der Plan sieht unter anderem eine Reduktion des Umwandlungssatzes vor. Ein tieferer Umwandlungssatz bedeutet jedoch auch tiefere Renten. Als eine Art Schmerzensgeld für die Reduktion soll künftigen Rentenbezüglern ein zusätzlicher Fixbetrag pro Kopf als Rentenzuschlag gezahlt werden – solidarisch finanziert durch einen Lohnbeitrag von 0,5 Prozent. Mit einem Umverteilungssystem will man also die zweite Säule stützen, obwohl die Pensionskassen eigentlich über individuelles Sparen und Kapitalbilden finanziert werden sollten.

Spezialisten sprechen von einem Tabubruch, den sich Rösti so erklärt, dass die Wirtschaftsverbände Verbündete suchen für das umstrittene institutionelle Rahmenabkommen (InstA) und auch für den Kampf gegen die Begrenzungsinitiative, welche die Zuwanderung aus den EU-Staaten beschränken will. «Der Arbeitgeberverband redet deshalb lieber mit den Gewerkschaften und Linken als mit bürgerlichen Parteien wie der SVP», kritisiert der Berner Oberländer Politiker.

Vogt nimmt Streit mit Gewerbe in Kauf

Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt streitet das nicht einmal ab. Zu den Komplottvorwürfen meint er aber: «Die Sozialpartner sind im April 2018 vom Bundesrat beauftragt worden, einen Reformvorschlag in der beruflichen Vorsorge zu erarbeiten. Dieser Auftrag war losgelöst und unabhängig von EU-Dossiers.» Der ergebnisoffen verhandelte Sozialpartnerkompromiss enthalte ausschliesslich sachgerechte Massnahmen zur dringenden Reform der zweiten Säule. Aber irgendwie muss das Gezerre um das InstA und die Begrenzungsinitiative halt doch in die Verhandlungen hineingespielt haben, denn der frühere Sozial-Hardliner Vogt ist kaum mehr

wiederzuerkennen. Das lässt sich anhand früherer Geschäfte leicht aufzeigen.

So wollte der Bundesrat nach dem Scheitern der Unternehmenssteuervorlage III an der Urne die Neuauflage dieser Reform 2017 mit einer Erhöhung der Kinderzulagen versüssen. Das hätte für die Unternehmen zirka 320 Millionen Franken Mehraufwand bedeutet. «Wir müssen endlich aufhören, Zückerchen zu verteilen und die Arbeit in der Schweiz zu verteuern», polterte damals Valentin Vogt. Das schade dem Wirtschaftsstandort, der durch die Steuerreform eigentlich gestärkt werden sollte. Vogt wies darauf hin, dass die Schweizer Wirtschaft nicht nur von den grossen Konzernen, sondern auch von den KMU getragen werde. Und diese würden am Ende einen grossen Teil der Zeche bezahlen. Prompt wurde der Plan fallengelassen.

Bei dem derzeit mit den Gewerkschaften ausgehandelten Kompromiss zur Revision der zweiten Säule verteilt Vogt nun selber Zückerchen in Höhe von 1,5 Milliarden Franken. So viel kostet nämlich allein das Schmerzensgeld für die Reduktion des Umwandlungssatzes, welches wiederwähnt mit 0,5 Prozent Lohnbeiträgen finanziert werden soll. Auch das widerspricht eigentlich den zentralen Anliegen der KMU in der Schweiz.

Schlimmer noch: Vogt nimmt für die von den Gewerkschaften geprägte Revision der zweiten Säule sogar einen Streit mit dem Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) in Kauf. Die Gewerbevertreter zogen sich wegen der vom Arbeitgeberverband akzeptierten Umverteilungspläne aus den Verhandlungen zurück. SGV-Präsident Jean-François Rime (SVP) ist seither nicht mehr gut auf Vogt zu sprechen. «Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften wurden einst als natürliche Gegner betrachtet», schrieb Rime in der *Gewerbezeitung*. «Heute aber verbrüdernd sich der Arbeitgeberverband mit den Gewerkschaften – und reicht einen Vorschlag ein, der für den SGV als grössten Dachverband der Wirtschaft inakzeptabel ist.» FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbandes, vermutet, dass der Arbeitgeberverband einen Kurswechsel vollzogen hat. «Schlechte Lösungen scheinen im Moment besser zu sein, als an den eigenen Interessen konsequent festzuhalten», sagt er. «Es ist auffällig, wie oft sich die Arbeitgebervertreter in letzter Zeit damit rühmen, historische Kompromisse erzielt zu haben. Sie wollen sich offensichtlich ein Denkmal setzen und merken nicht, dass sie



«Komplott»: SVP-Präsident Rösti.



Rahmenvertrag durchsetzen: Keller-Sutter.



Verbrüderung: Arbeitgeberpräsident Vogt.



«Schlechte Lösungen»: FDP-Nationalrat Bigler.

von den Gewerkschaften über den Tisch gezogen werden», so Bigler.

Keller-Sutter feiert neues Teamwork

Angefangen hat die Zusammenarbeit letzten Mai, als das frühere Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes, die neue Bundesrätin und Justizministerin Karin Keller-Sutter, vor den Medien in Bern das neue Teamwork von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften lobte und eine von den Sozialpartnern ausgehandelte Vorlage zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials präsentierte. Die Vorlage sei dank der konstruktiven Zusammenarbeit der Sozialpartner zustande gekommen, lobte die Bundesrätin – nachdem jene sich in den Monaten davor wegen eines Streites um die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit via Medien gegenseitig mit Vorwürfen und Kritik eingedeckt hatten.

Für Keller-Sutter waren diese Massnahmen und das neue Teamwork von zentraler Bedeutung, wie sie vor den Medien auch zugab. Seit sie im Amt ist, hat sie ein prioritäres Ziel: die Begrenzungsinitiative der SVP zu bodigen und anschliessend dem Rahmenvertrag zum Durchbruch zu verhelfen. Bundesrätin Keller-Sutter habe schnell gemerkt, dass die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative nur zu gewinnen sei, wenn sie eine deutliche Mehrheit dagegen mobilisieren kann, sagt SP-Nationalrat Adrian Wüthrich, Präsident von Travail Suisse. Dafür braucht sie auch die Unterstützung der Linken. «Die Sozialpartner haben die Reihen geschlossen, wenn man das so sagen will», konnte sie nun vor den Medien verkünden. «Es stehen ja in nächster Zeit verschiedene europapolitische Entscheide an, bei denen das Zusammengehen der Sozialpartner wichtig sein wird.» Man werde für den Erhalt des bilateralen Weges gemeinsam einstehen und damit auch für die Erhaltung des Wohlstands der Schweiz. Der Preis dafür war ein bis dahin nicht für möglich gehaltener Sozialausbau. Das Filetstück der Vorlage zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials bildet nämlich eine Überbrückungsrente für über sechzigjährige Arbeitnehmer, die zuvor von der Arbeitslosenkasse ausgesteuert worden sind.

Wie stark Keller-Sutter bei diesem Deal im Hintergrund die Fäden zog und ihren Einfluss bei Vogt geltend machte, damit die Wirtschaftsverbände die Kröte Überbrückungsrente schlucken, lässt sich nicht mit letzter Gewissheit sagen. Fest steht, dass Keller-Sutter vor den Medien sozialpolitische Fragen mit den europapolitischen Dossiers verknüpfte. Oder wie es Gewerkschafter Adrian Wüthrich sagt: Mit den Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und der Überbrückungsleistung habe man jetzt Argumente, um 2020 den Abstimmungskampf ge-

gen die Begrenzungsinitiative zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund bekommt auch der gegenwärtige Kompromiss der Sozialpartner beim Revisionsprojekt zweite Säule eine ganz andere Bedeutung, als dies Valentin Vogt durchblicken lässt.

Gewerkschaften bleiben hart

Für SVP-Präsident Röstli ist es jedenfalls naheliegend, dass der Arbeitgeberverband zuerst mit der Überbrückungsrente und jetzt auch mit der Umverteilung bei der zweiten Säule das Wohlwollen der Linken kaufen will – beides zum Schaden der Wirtschaft. Und eigentlich müsste deshalb auch die Spitze der Wirtschaftspartei FDP laut aufschreien. Aber obwohl der Freisinn mit Überbrückungsrente und Umverteilung bei der zweiten Säule unzufrieden ist, sagt FDP-Fraktionschef Beat Walti bloss: «Wir schätzen das Bemühen der Sozialpartner, in wichtigen Politikbereichen mit dringendem Handlungsbedarf Lösungen zu finden. Sie haben einen wichtigen ersten Schritt gemacht, auch wenn wir nicht mit allen Komponenten glücklich sind.» Es sei dann am Parlament, inhaltlich überzeugende und mehrheitsfähige Lösungen zu zimmern, vertritt Walti auf später. FDP-Wirtschaftspolitiker Ruedi Noser gibt gar der SVP die Schuld dafür, dass die Wirtschaftsverbände mit der Linken paktieren. Die SVP verweigere sich jeder Lösung. Auf Seiten der SP gebe es Verhandlungsansätze. Deshalb holt man sich halt die SP ins Boot. Aber ist die SP tatsächlich auch im Boot?

Bisher sind Linke und Gewerkschaften keinen Zentimeter von ihrer Position beim Rahmenvertrag abgewichen. Aber die bürgerlichen Wirtschaftsverbände lassen sich von den Gewerkschaften am Gängelband führen, als würden diese nach einer Reihe von Umverteilungsgeschenken im Herbst dem Rahmenabkommen zu einer Mehrheit verhelfen. ○

Gegendarstellung

zur Personenkontrolle in Weltwoche Nr. 28/19

Es entspricht nicht den Tatsachen, dass Dr. Rudolf Rechsteiner Fantaziezahlen über Tschernobyl verbreitet. In *Annals Of The New York Academy Of Sciences* (Volume 1181, 2009, Seite 210f, heisst es: «The overall mortality for the period from April 1986 to the end of 2004 from the Chernobyl catastrophe was estimated at 985,000 additional deaths....The number of Chernobyl victims will continue to grow in the next several generations.» *Rudolf Rechsteiner*

Die *Weltwoche* hält an ihrer Darstellung fest.

So viel kostet die Klimapolitik der FDP

Der Strategiewechsel des Freisinns unter Präsidentin Petra Gössi bedeutet neue Steuern, Regulierungen und Kosten. Eine Analyse der grünen Forderungen zeigt: Sie führen bis 2030 zu Mehrbelastungen von mindestens 40 Milliarden Franken. *Von Florian Schwab*

Es ist das politische Ereignis dieses Wahljahres: Die FDP vollzieht, eingeleitet von Parteichefin Petra Gössi, eine Marschumkehr bei der Umweltpolitik. In ihrem Positionspapier, welches die Delegierten am 22. Juni verabschiedeten, zeigt sich die FDP offen für klimapolitische Forderungen, die sie letzten Dezember noch aktiv bekämpfte.

Blenden wir zurück. Ende letzten Jahres versenkte der Nationalrat die Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Darin sollte die Klimapolitik für die Jahre nach 2020 festgeschrieben werden. Im Wesentlichen ging es darum, die Schraube nochmals anzuziehen, damit die Schweiz die beim Pariser Klimaübereinkommen von 2015 zugesagten Ziele erreicht: Halbierung des Ausstosses sogenannter Treibhausgase, vor allem von CO₂, bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990.

Stand 2017 waren gemäss Bundesamt für Umwelt (Bafu) erst 12 Prozentpunkte dieser Reduktion erreicht. Um in den verbleibenden dreizehn Jahren die übrigen 38 Prozentpunkte zu schaffen, braucht es offensichtlich einen Parforceritt. Diese Anstrengung wollte der Nationalrat der Schweiz nicht verordnen. Die Schlüsselrolle kam dabei den Freisinnigen zu. In Zusammenarbeit mit der SVP verwässerten sie die bundesrätliche Vorlage so weit, dass sie für grosse Teile des ökologischen Spektrums nicht mehr annehmbar war. Die FDP stimmte zwar am Schluss zu, doch gemeinschaftlich lehnten SVP und Links-Grün die zahnlos gewordene Totalrevision des CO₂-Gesetzes ab.

Was kostet die neue Klimapolitik der FDP? Diesbezüglich bewegt sich das Klimapapier

weitgehend im Ungefähren. So finden sich darin keine Aussagen zur Höhe der neuen Abgaben. Klar ist für die Freisinnigen aber: «Die Treibhausgasemissionen müssen bis 2030 gegenüber 1990 halbiert werden.» Die Diskussion der Totalrevision des CO₂-Gesetzes im Parlament liefert recht konkrete Anhaltspunkte dafür, welche Belastungen zwischen 2020 und 2030 auf den Bürger zukommen, sollte es nach dem Willen der Freisinnigen gehen.

1. CO₂-Abgabe aufs Heizen — Unter dem bisherigen CO₂-Gesetz darf der Bundesrat eine Abgabe auf fossile Brennstoffe (Heizöl, Erdgas, Kohle etc.) in der Höhe von maximal 120 Franken pro Tonne erheben. Seit Einführung der Abgabe im Jahr 2008 bei 12 Franken wurde sie mehrmals erhöht auf heute 96 Franken pro Tonne. Laut Bafu beträgt der jährliche Ertrag aus der Abgabe auf dem heutigen Preisniveau rund 1,2 Milliarden Franken. Für die FDP reicht das noch nicht. Die Abgabe «muss laufend gemäss den Zielvorgaben angepasst werden», so die FDP, also weiter erhöht werden. In der Totalrevision des CO₂-Gesetzes wollte der Bundesrat vom Parlament die Erlaubnis, die Abgabe auf bis zu 230 Franken pro Tonne anheben zu dürfen. Geht man davon aus, dass er diese Kompetenz stufenweise einlösen wird, ist ein jährlicher Mittelwert von 1,5 Milliarden Franken Einnahmen realistisch. **Kosten bis 2030: 15 Milliarden Franken.**

2. Neue CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel — Gemäss ihrem Konzeptpapier wollen die Freisinnigen eine ähnliche CO₂-Abgabe auch auf Benzin und Diesel erheben. Wie bereits die

Abgabe auf Brennstoffe soll auch diese Belastung die Form einer Lenkungsabgabe annehmen, spricht: teilweise an die Einwohner und Unternehmen zurückgezahlt werden. Im Parlament wurde diskutiert, eine obere Grenze für diese Abgabe bei 8 bis 20 Rappen pro Liter einzuziehen. Im Jahr 2017 wurden in der Schweiz 5 158 937 Tonnen Benzin und Diesel verkauft. Der Ertrag der Abgabe läge demnach pro Jahr zwischen knapp 400 Millionen Franken (bei 8 Rappen) und knapp einer Milliarde Franken (bei 20 Rappen). Geht man vom Mittelwert aus, so ergeben sich **bis 2030 Kosten von 6 Milliarden Franken.**

3. Neue Flugticketabgabe — Das FDP-Papier verlangt eine neue «Lenkungsabgabe auf Flugtickets». Der Ertrag «fliesst teilweise in einen Klima-Fonds, aus welchem Mittel für Innovationen und für Klimaschutz-Investitionen gesprochen werden können». Der Rest werde an die Bevölkerung zurückverteilt. Auch das Thema Flugticketabgabe wurde letztes Jahr im Nationalrat diskutiert. Je nach Flugdistanz und Buchungsklasse sollte die Abgabe für Flüge ab der Schweiz zwischen 12 und 50 Franken betragen. Die Schätzungen über die Einnahmen reichten von 900 Millionen Franken bis 1,7 Milliarden Franken pro Jahr. Geht man auch hier vom Mittelwert aus, so ergeben sich **bis 2030 Kosten von 13 Milliarden Franken.**

4. Strafen für Autoimporteure — Bereits heute müssen Schweizer Autoimporteure Strafen zahlen, wenn ihr Flottendurchschnitt für Neufahrzeuge beim CO₂-Ausstoss bei über 130 Gramm pro Kilometer liegt. Die FDP



Abgaben aufs Heizen ...



... auf Benzin und Diesel ...



... neue Abgabe auf Flugtickets.



Strafen für Autoimporteure ...



... Teilnahme am EU-Emissionshandel ...



... und weitere Regulierungen.

spricht sich dafür aus, diese Grenze «gemäss der Senkungsrate der EU» weiterzuführen. Das bedeutet, dass der obere Grenzwert im Jahr 2020 auf 95 Gramm pro Kilometer gesenkt werden müsste. Technologisch ist dies extrem ambitioniert. Ein VW Golf mit der kleinsten Motorisierung (1,0-Liter-Benzinmotor mit 85 PS) hat einen CO₂-Ausstoss von 109 Gramm pro Kilometer. Während der heutige Grenzwert für die Industrie verkräftbar ist – letztes Jahr wurden Strafen von lediglich 3 Millionen Franken fällig –, geht Auto Schweiz beim neuen Grenzwert von jährlichen Kosten bis zu 500 Millionen Franken zwischen 2020 und 2023 aus. Und künftige weitere Reduktionen sind bereits programmiert: Bis 2030 will die EU den Grenzwert gar auf 57,4 Gramm senken. Die Strafzahlungen werden den Käufern über den Preis weitergegeben. **In der Summe bis 2030: wohl mehr als 5 Milliarden Franken.**

5. Teilnahme am EU-Emissionshandel — Ab nächstem Jahr soll das Schweizer System für den Handel mit Emissionszertifikaten in das europäische Emissions Trading System (ETS) integriert werden. Die FDP hat den entsprechenden Staatsvertrag im Parlament befürwortet. Sowohl in der Schweiz als auch in der EU sind besonders CO₂-intensive Unternehmen, so etwa fossile Kraftwerke und die Zementindustrie, verpflichtet, vom Staat herausgegebene Zertifikate zu erwerben, welche das Recht auf eine bestimmte Menge an CO₂-Emissionen verbriefen. Im Gegenzug sind sie von der CO₂-Abgabe ausgenommen. In beiden Gebieten fallen gut 10 Prozent der Emissionen unter dieses Regime. Bei der Versteigerung der Schweizer Emissionsrechte erzielte der Bund vergangenes Jahr 4,5 Millionen Franken. Der Zuschlagspreis betrug im Mittel Fr. 6,58 pro Tonne CO₂.

Die erste Versteigerung im Jahr 2019 erzielte im März Fr. 7,15 pro Tonne. Das Preisniveau in der EU lag derweil im Mittel bei etwa 20 Euro, heute liegt es bei gegen 30 Euro. Sollte sich ab-

zeichnen, dass die Ziele bis 2030 nicht erreicht werden, kann die EU den Preis mit neuen Regulierungen erhöhen. Im Gespräch sind Werte um 100 Euro pro Tonne. Man darf also davon ausgehen, dass sich die Kosten für energieintensive Schweizer Firmen mehr als verdoppeln werden. Statt heute knapp 5 Millionen Franken im Jahr sind es in Zukunft mindestens 10 Millionen Franken. **Die Mehrbelastung, aufgerechnet bis 2030: mindestens 50 Millionen Franken.**

6. Sonstige Regulierung — Das FDP-Klimapapier enthält ein pralles Füllhorn an weiteren Regulierungen, welche entsprechende Kosten verursachen. «Grenzwerte für Stickoxide, Feinstaub, Ammoniak etc.» müssen «international bzw. in Anlehnung an die Grenzwerte in der EU koordiniert durchgesetzt und eingehalten werden». Man fragt sich: Wozu harmonisieren? Schliesslich belasten diese Schadstoffe lokal. Weiter brauche es einen «verpflichtenden Absenkpfad» für Pflanzenschutzmittel. Das aus der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe finanzierte Gebäudeprogramm «ist weiterzuführen». Es bestehe beim Stromverbrauch von Elektrogeräten «Verbesserungspotenzial bei der Transparenz von Produkten und Labels».

Auch sollen «Investitionen in Forschung und Entwicklung zugunsten des Umwelt- und Klimaschutzes praxisnah vorangetrieben» werden. Banken und Versicherungen müssen eine «führende Stellung» der Schweiz «als nachhaltiger Finanzplatz etablieren». Zudem angezeigt sind gemäss FDP «bauliche Massnahmen in Städten und Agglomerationen z. B. zugunsten von elektrischen oder wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen». Die Regulierungskosten dieses Wunschkatalogs hängen stark von der konkreten Umsetzung ab. Sie können je nachdem ebenfalls Hunderte Millionen Franken im Jahr ausmachen. Konservativ rechnen wir mit 100 Millionen. **Kosten bis 2030: eine Milliarde Franken.**

Zählt man alles zusammen, kostet die Klimapolitik der FDP gut und gerne 40 Milliarden Franken im Zeitraum 2020 bis 2030. Pro Kopf der Bevölkerung, vom Säugling bis zum Greis, macht das etwa 5000 Franken. Für eine fünfköpfige Familie wird eine Rechnung von mindestens 25 000 Franken fällig.

Die Behauptung der FDP, dass der Grossteil der Belastung als Lenkungsabgabe ausgestaltet sei und damit an Bevölkerung und Unternehmen zurückgezahlt werde, ist mit Vorsicht zu geniessen. So ist beispielsweise die heutige Abgabe auf Brennstoffe keine reine Lenkungsabgabe. Ein Drittel geht an Programme zur Gebäudesanierung. Lediglich zwei Drittel werden überhaupt rückerstattet. An die Privaten über die Krankenkassenprämien und an die Unternehmen über die AHV-Ausgleichskassen. Dies führt zu einer künstlichen Verbilligung dieser staatlich vorgeschriebenen Leistungen und verfälscht damit die Kostenwahrheit.

Eine volkswirtschaftlich tatsächlich neutrale Lenkungsabgabe müsste erstens zu hundert Prozent und zweitens ausserhalb der staatlichen Ausgabensysteme zurückerstattet werden.

Dass letzten Dezember neue finanzielle Belastungen abgewehrt werden konnten, liegt auch an den Wirtschaftsverbänden. Economiesuisse und der Gewerbeverband hatten sich auf eine gemeinsame Position verständigt: Nein zu neuen Abgaben auf CO₂-Emissionen.

Laut Beat Ruff, stellvertretender Leiter Infrastruktur, Energie und Umwelt bei Economiesuisse, ist die Haltung des Wirtschaftsdachverbands unverändert. «Die bisherigen Massnahmen im Verkehrsbereich haben sich bewährt.» Allerdings fänden derzeit «ergebnisoffene Diskussionen» zu einer «allfälligen Aktualisierung der Position» statt. Dieser Prozess sei sicher im September abgeschlossen, wenn das CO₂-Gesetz erneut in die parlamentarische Beratung kommt. ○

Bessere Welt

Meret Schneider will die Massentierhaltung in der Schweiz verbieten. Die grüne Politikerin holt sich ihr Essen aus Containern und stört sich an der Doppelmoral vieler ihrer Parteigenossen. Von Katharina Fontana

Mangelnde Konsequenz kann man ihr kaum vorwerfen. Wenn Meret Schneider mit dem Spruch «Auf zum Boykott der Konsumgesellschaft» für ihre politischen Anliegen wirbt, dann weiss sie, wovon sie spricht. Denn die 26-Jährige pflegt einen Lebensstil, der in seinem Minimalismus auf die meisten Menschen ziemlich abschreckend wirken dürfte. Sie isst vegan, fischt sich ihr Essen teils aus Containern von Supermärkten oder holt sich spätabends in Restaurants die Resten ab, die sonst entsorgt würden und die sie sich mit Gleichgesinnten teilt. Sie kauft so gut wie keine Kleider und fährt nicht Auto. Fliegen tut sie selbstverständlich auch nicht.

Meret Schneider ist der Kopf hinter der Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz», die in den nächsten Wochen eingereicht werden soll, sie ist ihr Aushängeschild. Die grüne Zürcher Kantonsrätin arbeitet als Co-Geschäftsleiterin für Sentience Politics, eine Tierrechtsbewegung, die in mehreren Kantonen bereits Ernährungsinitiativen für pflanzliche Menüs in öffentlichen Kantinen lanciert hat und nun mit der Massentierhaltungs-Initiative das Thema Tierschutz auf die eidgenössische Ebene bringt. Schneider und ihre Mitstreiter wollen erreichen, dass die Schweizer Kühe, Rinder, Schweine und Hühner künftig ein etwas besseres Leben haben, indem sich die Bauern an den Bio-Suisse-Standards orientieren und den Tieren mehr Platz im Stall und einen grösseren Auslauf zur Verfügung stellen müssen. Riesenanlagen, in denen Abertausende Mastpoulets gehalten werden, wären nicht mehr erlaubt. 25 Jahre hätten die Bauern Zeit, um ihre Ställe umzubauen und auf einen tierfreundlicheren Betrieb umzustellen.

Problem Apéro-Plättli

Dass ein Grossteil des Bauernstands keinen Gefallen an der Tierinitiative findet, liegt auf der Hand. Und auch bei den Konsumenten wird es das Anliegen wohl nicht einfach haben, denn die Schweiz dürfte keine Tierprodukte mehr importieren, deren Herstellung nicht den strengen hiesigen Vorschriften entspräche – damit wäre voraussichtlich Schluss mit brasilianischem Poulet oder argentinischem Rind. Den Einwand, dass die Schweiz dadurch in Konflikt mit internationalem Handelsrecht käme, lässt Schneider nicht gelten; das seien vorgeschobene Bedenken. Und überhaupt: «Wir importieren auch keine indischen Autos



«Meine Lebensqualität ist sehr hoch»: Nationalratskandidatin Schneider.

mit hohem Schadstoffausstoss, nur weil dies gewisse Konsumenten vielleicht gerne hätten. Bei den Tieren muss dasselbe gelten – Rinder, Schweine und Hühner sind nun einmal empfindungsfähige Lebewesen.»

Mit radikalen Tierschützern habe man nichts zu tun, sagt Meret Schneider. «Ich bin nicht der Typ, der sich an den Schlachthof kettet. Ich glaube auch nicht, dass solche Aktionen unserem

«Ich bin nicht der Typ, der sich an den Schlachthof kettet.»

Ziel dienen, die Lebensumstände der Tiere zu verbessern. Wir setzen uns auf der politischen Ebene ein.» Die Klimabewegung findet die grüne Politikerin natürlich eine positive Sache, doch dass nun alles auf guten Wegen sei, glaubt

sie nicht. «Was die Leute sagen und wie sie handeln, divergiert stark. Man hält die Klimafrage für wichtig, kauft aber dennoch kaum Biofleisch oder Biogemüse.» Das Argument, dass sich nicht jedermann Bioprodukte leisten könne, hält sie für fadenscheinig. «Wenn man sieht, wie die Leute massenhaft Essen wegwerfen, kann man doch nicht sagen, sie müssten aufs Geld schauen.» Sie vermeide es, in Grossverteiler zu gehen, denn das gedankenlose Kaufverhalten der Leute frustriere sie. «Da sehe ich Menschen, deren Kleider mit Sicherheit mehr gekostet haben als meine ganze Wohnungseinrichtung, und die kaufen sich eine Megapackung Eier aus Bodenhaltung oder kiloweise Grillware von irgendwoher.» Das sei einfach unglaublich.

Die Veganerin findet es erstaunlich, wie wenig sich selbst die Grünen mit dem Thema Ernährung befassten. Vegetarismus sei in deren Reihen mittlerweile zwar breit akzeptiert,

«aber man muss nicht etwa erwarten, dass man bei Wahl-Apéros von Grünen irgendwas Veganes auf dem Buffet findet, ausgenommen ein paar kleine Tomaten. Es gibt Käseplatte über Käseplatte – das ist doch völlig unlogisch, wenn man weiss, wie stark die Herstellung von Käse das Klima belastet.» Für Leute, die ein Biokäse-Sandwich essen und gleichzeitig Plastikröhrchen verbieten wollen, hat Meret Schneider nicht viel übrig. «Das ist schon mehr als nur Doppelmoral.»

Schneider ist «in einem ganz normalen Mietblock» aufgewachsen, daneben stand ein Bauernhof, auf dem sie sich oft bei den Hühnern aufhielt. Mit sechzehn Jahren war sie Mitgründerin der Jungen Grünen Zürcher Oberland. Später studierte sie Linguistik, Publizistik und Umweltwissenschaften. Ihren reduzierten Lebensstil empfindet sie nicht als Verzicht, im Gegenteil. «Meine Lebensqualität ist sehr hoch. Als Tierrechtlerin versuche ich, die Welt zu etwas Besserem zu verändern, soweit mir das möglich ist. Ich bin nicht der Typ, der am Wochenende Party macht und dann mit einer Montagsdepression die neue Woche beginnt. Mir stinkt es nie, ins Büro zu gehen.» Die vegane Ernährung erlebe sie als genussvoll, sagt die sehr schlanke Frau. Shopping sei für sie eine Bestrafung, deshalb sei sie froh, viele Kleider von ihrer Schwester zu bekommen; das T-Shirt und die Shorts, die sie bei unserem Treffen trägt, stammen noch aus ihrer Schulzeit. Dass viele ihrer Alterskolleginnen samstags von Umkleidekabine zu Umkleidekabine ziehen, kann Meret Schneider nicht verstehen, und dass der Konsum die Leute befriedige, glaubt sie nicht: «Wenn ich die Frauen beobachte, wie sie nach dem Shopping ausschauen, muss ich sagen: Erfüllung sieht anders aus.»

Auf Kriegsfuss mit der Esoterikfraktion

Schneider kandidiert für den Nationalrat, wobei ihre Wahlchancen verschwindend klein seien, sagt sie. Selbst in den eigenen Reihen ist die im Gespräch leicht kantig wirkende Frau nicht unumstritten, was auch mit ihrer direkten, unverblühten Art zu tun haben dürfte. «Es gibt bei den Grünen einige Leute, die mich jeweils von der Liste streichen. Die finden, ich sei mit dem Tierthema und dem Veganismus zu radikal.» Auch mit den Etatisten und der Esoterikfraktion ihrer Partei steht die technologiefreundliche Schneider teils auf Kriegsfuss. «Die Angst vor 5G etwa teile ich überhaupt nicht. Ich finde, man soll mit dem Ausbau vielmehr vorwärtsmachen. Und es braucht sicher nicht für alles und jedes den Staat.» Als Missionarin in Sachen Veganismus sieht sie sich nicht. «Ich lebe einfach mein Leben.» Es seien allerdings schon einige Leute wegen ihr zu Veganern geworden. «Aber nicht, weil ich missioniert hätte. Vielleicht einfach deshalb, weil ich zufrieden wirke.»

Finanzen

Unter Freunden

Meteo Schweiz hat jahrelang überhöhte Rechnungen für den Flugwetterdienst verrechnet. Die Departemente Sommaruga und Berset versuchen seit Monaten, den Skandal unter dem Deckel zu halten.

Das Bundesamt für Meteorologie, kurz Meteo Schweiz, erstellt im Auftrag des Bundes Wetterprognosen und warnt vor Gefahren. Zum Auftrag gehört auch die Bereitstellung von meteorologischen Informationen zum Flugbetrieb und zur Flugsicherheit auf schweizerischem Gebiet. Dafür verrechnete Meteo Schweiz der Flugüberwachungsbehörde Skyguide in den letzten Jahren einen Betrag von jährlich zirka 17,6 Millionen Franken. Wie die *Weltwoche* im Januar (Nr. 3/19) berichtete, sind die Wetterfrösche im letzten Jahr wegen der verrechneten Kosten nun selber in ein Sturmtief geraten.

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl), das die Aufsicht über den Flugwetterdienst von Meteo Schweiz ausübt, beschuldigte das Amt in einem vertraulichen Bericht vom 3. Dezember 2018, es habe für diesen Service der Skyguide zu hohe Rechnungen gestellt. Allein für das Jahr 2017 sollen gemäss Bazl-Audit, das der *Weltwoche* vorliegt, insgesamt 4,9 Millionen Franken zu viel verrechnet und kassiert worden sein. Es entstehe der Eindruck, so die Schlussfolgerungen des Bazl, dass durch eine Aufblähung der Flugwetterkosten das Kostendach von 17,6 Mil-



Sturmtief: Skyguide-Zentrale.

lionen Franken begründet werden sollte. Der brisante Untersuchungsbericht wurde bis heute nicht offiziell publik gemacht, geschweige denn die Rückzahlung der von Meteo Schweiz zu viel einkassierten Summe in die Wege geleitet.

Sommaruga eilt es nicht

Stattdessen jagt eine Gegenexpertise die nächste. So gab Meteo Schweiz gegenüber der *Weltwoche* Anfang Jahr zu verstehen, man werde eine externe Revisionsfirma beauftragen, die Verrechnungen der Flugwetterkos-

Es sieht ganz danach aus, als wolle man die Geschichte aussitzen und verschleppen.

ten zu verifizieren. Das Bazl liess dagegen wissen, die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) werde sich ebenfalls damit befassen. Ihr Bericht werde im Juni vorliegen.

Nun sagt Bazl-Mediensprecher Christian Schubert: «Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen, weshalb wir uns derzeit inhaltlich nicht äussern können.» Und bei Meteo Schweiz vertröstet Kommunikationschefin Barbara Galliker auf Ende Jahr. Dann werde man das Ergebnis publizieren.

Kurzum: Es sieht ganz danach aus, als wolle man die Geschichte aussitzen und verschleppen, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass sie dann in Vergessenheit gerät.

Liegt es vielleicht daran, dass Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP), zu deren Departement das Bazl gehört, wegen der überhöhten Rechnungen ihrem Parteikollegen Alain Berset auf die Füße treten müsste, da Meteo Schweiz organisatorisch seinem Departement angegliedert ist? Die Untersuchung des Bazl wurde jedenfalls noch in der Ära von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) aufgegleist. Unter dem Eindruck des Subventionsskandals bei Postauto Schweiz nahm das Bazl 2018 die Flugwetterkosten von Meteo Schweiz unter die Lupe. Ab Januar 2019 übernahm Sommaruga das Ruder im Uvek. Bisher hat die sonst pingelige Magistratin aber nicht den Eindruck erweckt, als wolle sie den Verrechnungsskandal von Meteo Schweiz mit Parteikollege Berset möglichst schnell bereinigen.

Hubert Mooser

40

GELESEN

«E-Biker haben ihr Velo nicht im Griff»

GELESEN

«Eine Helmpflicht für E-Biker?»

«Dann gibt er wenigstens Ruhe»

Die Badis seien während Hitzewellen ein besonders aggressives Pflaster, sagt Michel Kunz, Präsident des Schweizerischen Badmeister-Verbandes. Sein Hauptproblem sei aber ein anderes.

Von Roman Zeller

Herr Kunz, was beschäftigt Sie als Oberbadmeister?

Für uns das grösste Thema sind die Handys.

Was ist daran so schlimm?

Wir können sie nicht mehr kontrollieren. Früher gab's den einfachen Fotoapparat. Man ging dann hin und erklärte, was damit okay ist und was nicht. Heute hat jeder ein Handy, und was damit gemacht wird, können wir nicht überprüfen. Wenn uns etwas gemeldet wird, was der Anstand nicht zulässt, gehen wir der Sache nach. Aber was der grosse Haufen damit macht...

Hatten Sie je einen Missbrauchsfall?

Ich nicht. Aber es ist schon so, dass Männer Fotos bei den jungen Damen gemacht haben. Im Damenbereich, bei den Duschen.

In Garderoben?

Vielleicht nicht gerade. Aber dort, wo sich die Frauen aufhalten, sich duschen. Ich habe gehört, dass Jugendliche beim Fotografieren erwischt worden seien.

Junge Buben, die Frauen fotografieren?

Zum Beispiel. Es werden Sachen gefilmt, die bekommen wir gar nicht mit. Bei einem Verdacht gehen wir dem natürlich nach und rufen die Polizei. Es gibt aber auch noch eine andere Handy-Komponente: Viele, die mit ihren Kindern oder mit denen, die sie begleiten, kommen, schauen mehr auf ihr Handy als auf die Kinder. Das gibt heikle Fälle.

Zum Beispiel?

Ich habe eine Mutter mit ihrem zweijährigen Mädchen erlebt. Sie war am Handy, als das Mädchen von ihr weg zum grossen Becken ging. Es fiel dann rein. Das habe ich gesehen und konnte das Kind rausnehmen. Ich konfrontierte die Mutter damit – sie aber nahm das Kind am Arm und ging. Ohne Einsicht. Nichts. Das gibt zu denken. Solche Beispiele gibt es einige.

Ich hätte gedacht, Beleidigungen seien das Schlimmste an Ihrem Beruf. So hat es mir ein Badmeister erzählt. Er müsse sich etwa «Arschloch» oder «Nuttensohn» anhören.

Das habe ich auch schon erlebt. Aber da sind unsere Badmeisterinnen mehr betroffen und bekommen mehr ab. Viele Gäste akzeptieren nicht, dass eine Frau Weisungen geben kann.



Badmeister Kunz.

Wirklich?

Ja. Ein Beispiel: Ein Vater kam mit zwei Mädchen. Er ging in die Damentusche. Die Badmeisterin sagte ihm: «Sie müssen bei den Herren duschen.» Die Mädchen dürfe er aber mit sich nehmen. Seine Antwort war dann: «Sie als Frau haben meinen Kindern und mir nichts zu sagen!»

Warum haben Sie bei der Antwort des Vaters von Mundart auf Hochdeutsch gewechselt?

Weil es kein Schweizer war.

Dann sind die Ausländer das Problem?

Öfters. Nicht nur. Die Nationalität in diesem Fall kenne ich nicht. Aber er sprach Hochdeutsch. Ich nehme an, es war ein Migrant.

Von wo?

Er war nicht Afrikaner, eher aus dem Osten.

Wie ist es mit frechen Teenies und Beleidigungen?

Das kommt vor. Da muss ich aber einen Unterschied zwischen ländlichen Gegenden und Freibädern in der Stadt oder der Agglomeration machen. Badmeister sind dort mehr Beschimpfungen ausgesetzt als auf dem Land.

Wer beleidigt hauptsächlich?

Der grosse Haufen der Täter sind junge, männliche Erwachsene. Von denen habe ich schon gehört: «Du bist ein trauriger Cheib. Wenn du diesen Job machst, bist du zu wenig intelligent – für etwas anderes hat es dir nicht gereicht.» Oder: «Mach gescheiter deinen Job, anstatt blöd zu schnörren.»

Handelt es sich dabei um Schweizer?

Hierbei schon, ja.

Erkennen Sie einen generellen Mangel an Respekt?

Diesen Eindruck habe ich schon. Das ist aber ein gesellschaftliches Problem.

Stichwort Hitzewelle: Spinnen die Leute dann besonders?

Ja. Ich habe das Gefühl, die Leute werden aggressiver. Man kann nur schon zu einem Kind hingehen, ihm etwas sagen, und schon springen die Eltern herbei und brüllen: «Was ist da los!?»

Werden gewisse handgreiflich?

Ja, auch mir gegenüber.

Wirklich? Was ist passiert?

Ein Kind, Nichtschwimmer, mit Flossen, ging in den Schwimmerbereich. Meiner Kollegin habe ich gesagt, sie solle sich

achten. Sie hat dann das Kind sofort in den Nichtschwimmerbereich geschickt. Dann baute sich der Vater bei mir auf. Er hat erst mit der Faust auf den Korpus geschlagen. Hängte mir dann *Schlämperlig* an und drohte mir. Das ging so weit, dass ich ihm ein Badiverbot ausgesprochen habe und er ein Jahr lang nicht mehr kommen durfte.

Was war das für ein Vater?

Anfang vierzig. Er hat zwei Mädchen und wohnt in der Gegend.

Mit Migrationshintergrund?

Nein, das war ein Schweizer.

Sie haben Gäste querbeet. Welche sind die schlimmsten?

Die Eltern, die ihre Kleinkinder mangelhaft beaufsichtigen.

Mütter oder Väter?

Beides. Aber hier sind es wiederum jene mit Migrationshintergrund, die in einem Clan zusammen sind: Die Frauen, die Männer und auch die Kinder, alle sind für sich separat. Denen muss man ständig sagen: «Passt auf eure Kinder auf.»

Wie reagieren die Erwachsenen?

Nicht gerade begeistert. Eher so: «Dann halt. Dann gibt der Badmeister wenigstens Ruhe.»

Zum Schluss: Mögen Sie Ihren Job?

Ja, sehr. Es gibt viele Gäste, die sind super. Ich habe einen hohen Selbstständigkeitsgrad. Der Job ist vielseitig. Vor allem die Abwechslung, das ist fantastisch.

Also trotz allem positiv.

Ja. (Lacht)



«Passt auf eure Kinder auf.»



«Nicht der Schein, sondern das Sein»: Geschäftsmann Beyer.

«Die Schweiz wird immer beliebter»

René Beyer, Stammhalter des ältesten Schweizer Uhren- und Schmuckunternehmens, analysiert die Lage des Luxusmarkts, lobt die Konkurrenz, erklärt den Erfolg der Beyer-Dynastie und wagt einen Blick in die Zukunft der Zürcher Bahnhofstrasse. *Von Roger Köppel und Roman Zeller*

René Beyer empfängt uns in seinem Geschäft an der Bahnhofstrasse, als wären wir Gäste. Zuvorkommend, höflich, mit einem Gespür, als ob er uns gut kennen würde. Das gehöre, sagt der Chef des ältesten Chronometriebetriebs der Schweiz, zur Firmenidentität. Er wolle mit seinem Betrieb das beste Servicepäckchen bieten und beschäftige nebst dem Verkaufspersonal sechzehn Uhrmacher und Goldschmiede. An seinem Handgelenk trägt Beyer eine Rolex, auf die er später noch zu sprechen kommt. Vorerst aber erzählt er über das Uhren- und Schmuckunternehmen, das er in der achten Generation führt.

Familientradition, ein Multigenerationenunternehmen: Was ist die wichtigste Überlebensphilosophie, die man Ihnen, dem Stammhalter und Alleinerben, bereits als Bub mit auf den Weg gegeben hat?

Man muss sich treu bleiben. Nicht jeder Mode hinterherlaufen. Mein Vater sagte: «Kontinuierliches Wachstum ist besser als ein stetes Auf und Ab.» Und: «Ohne qualitatives kein quantitatives Wachstum.»

Wie haben Sie Ihre Kindheit in der Beyer-Dynastie erlebt?

Es ist wie mit der Muttermilch: Man bekommt alles mit, aber nichts wurde mir eingehämmert. Keine Indoktrination. Ich wollte Pilot werden, Astronaut oder Kranführer. Meine Jugend durfte ich wild durchleben.

Sie sind ein Technik-«Freak».

Mich interessiert alles, was sich bewegt. Da sind die Uhren natürlich ein schönes Beispiel.

Was ist das Anspruchsvollste an Ihrem Beruf?

Nein sagen zu können. André Heiniger von Rolex sagte mir: «Das Schwierige im Leben ist, dass du von hundert Vorschlägen den einen umsetzen musst, der dem Unternehmen Erfolg bringt. Die anderen 99 musst du auf die Seite schieben und dich geistig davon befreien.»

Ihre Familie hat über Jahrhunderte bedeutende Kundschaften gepflegt. Was ist hier entscheidend?

Wir wollen die Gäste immer wiedersehen, und zwar als Freunde. Wir wollen, dass der Gast das weiss und dass er immer wieder gerne zu uns zurückkommt. Natürlich ist es schwieriger, einem Schweizer Gast eine Uhr zu verkaufen. Viele sind bequem und setzen nur noch auf ausländische Gäste. Das ist einseitig.

Zu Ihren Kunden gehörten Königshäuser. Immer noch?

Für mich zählt nicht der Schein, sondern das Sein. Wir sind mit dem Herzen beim Kunden. Egal, wer er ist.

Sie haben ein Haus in Alaska. Ein bewusster Kontrast zur Luxuswelt?

Ich könnte mich mir also auch gut als Selbsternährer vorstellen. Ich bin nicht einer, dem es nur in einer Welt wohl ist. Ich brauche auch nicht immer eine Uhr. In Alaska herrscht Gelassenheit nach dem afrikanischen Motto: «Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit.»

Die Verführung des Luxus. Sie begegnen immer wieder Leuten, die viel reicher sind als Sie. Gibt es Neid? Die Gefahr abzuheben?

Ich bin nicht so erzogen, dass ich anderen Leuten weniger gönnen würde als mir selber. Ich fahre das älteste Auto der Belegschaft. Ich bin vermutlich jemand, der wirklich nicht das Statussymbol braucht, um zu zeigen, dass er etwas Besseres ist. Ich bin Präsident des Trammuseums Zürich. Understatement.

Wie geht es der Uhren- und Luxusbranche in der Schweiz?

Vordergründig scheint alles gut, im Kern stimmt etwas nicht mehr. Wir werden grosse

Veränderungen sehen, Konzentrationen, Gruppenbildungen. Wir haben einen Rückgang im mittleren, im oberen, aber auch im unteren Preissegment. Und trotzdem behaupten alle, es gehe ihnen besser als je zuvor.

Die Unternehmen färben schön?

Absolut. Es gibt Tiefstapler, denen es geht. Aber eben auch Blender.

Was ist das Grundproblem?

Luxus lebt von einem ruhigen Umfeld.

Ein Trump, der auf die Chinesen losgeht, das ist schlecht ...

Das ist schlecht, ja. Oder ein Golfkrieg wäre ganz schlecht, weil dann jeder merkt, wie an der Zapfsäule die Preise steigen.

Ziehen dunkle Wolken auf?

Vieles in der Luxusbranche wird nicht offen kommuniziert. Wie bei den Banken. Eine Bank, die früher nicht gut lief, die hat man dann einfach übernommen, damit das gegen aussen nicht anrühlich wird. Wir haben viel zu viele Unternehmen in der Uhrenindustrie, die einfach dahinsiechen, aber auch nicht wirklich gekauft werden. Man will aber auch nicht, dass die jetzt öffentlich sagen, es gehe ihnen nicht gut. Es ist nach dem Motto: «The show must go on.»

Die Industrie hat sich zu sehr auf China konzentriert?

Das ist ein ganz grosser Fehler, eine Gefahr. Ein Klumpenrisiko ist nie gut.

Gehen wir die Branche durch. Wo steht eine Swatch Group heute?

Die Swatch-Gruppe steht grundsätzlich sehr gut da. Die Marke Swatch macht die Quantität, ebenso Tissot. Aber die Cash-cows sind Unternehmen wie Omega, Blancpain, Breguet. Viel wurde da investiert. Heute kann geerntet werden.

Rolex?

Rolex ist das, was in der Branche niemand fassen kann. Alle reden mit höchstem Respekt. Rolex hat fünf bis zehn Jahre Vorsprung auf den Rest der Industrie. Rolex ist näher beim Mars als die anderen überhaupt auf ihrem Weg zum Mond.

Warum ist Rolex so stark?

Weil sie nur etwas machen: Uhren. Sie diversifizieren nicht, sie sind für sich. Es ist eine Stiftung. Es ist für sie nicht wichtig, Geld für die Aktionäre oder Dividenden rauszunehmen. Das ist vielleicht auch ein Vorteil der Firma Beyer, dass wir nicht riesige Besitztümer haben. Wir brauchen keine Zwanzig-Meter-Jacht auf dem Zürichsee, mir reicht ein fünf Meter langes Boot.

Und Patek Philippe ist auch so ein Monument. Es gab Gerüchte, Rolex könnte dort einsteigen.

Die Fusion der zwei Monumente Patek Philippe und Rolex ist ein reizvoller Ge-

danke, aber nach meinem Wissen stand das nie zur Debatte. Mit den Autos verglichen, ist Patek der Rolls-Royce oder der Ferrari. Rolex ist der Mercedes. Im Prinzip braucht die Welt nichts anderes. Und es ist tatsächlich so. Ich wäre froh, wenn auch andere Marken an dieser Pyramidenspitze kratzen könnten. In vielen Ländern in Asien oder Afrika kannst du eine Rolex oder Patek als Reservewährung halten. Du bekommst mehr Geld für diese als für bedruckte Dollarscheine.

Ist eine Situation vorstellbar, dass die Schweizer Uhrenindustrie nochmals in ein Siebziger-Jahre-Problem reinrast?

Nicht mehr so wie früher. Aber die Gefahren sind da: dass man überheblich ist, zu wenig kreativ oder innovativ.

Und die Smartwatches? Kein Schlag wie früher die Quarzuhren aus Japan?

Grundsätzlich ist es gut, wenn man geschützt wird. Es gibt schon Trends, etwa dass ein Drittel der Jungen in Amerika heute die Zeit nur übers Handy abliest, ein zweiter Drittel

«Die Fusion der zwei Monumente Patek Philippe und Rolex ist ein reizvoller Gedanke.»

Smartwatches trägt und lediglich der restliche Drittel klassische Uhren. Man darf aber nicht vergessen: Der Gast, der bei uns einkauft, ist nicht der Teenager. Bei uns kommen meistens Frischverheiratete oder Paare wenn sie das erste Kind haben.

Wer ist der Innovationskönig der Schweizer Uhrenfirmen?

Ganz klar, bis vor kurzem war es Jean-Claude Biver. Er hat nicht nur die Genialität gehabt, technisch zu spüren, wohin der Trend läuft. Er hat auch immer die Leute gefördert, die diesen Produkten Nachhaltigkeit geben konnten. Alle Leute, die heute in der Uhrenindustrie in verantwortungsvollen Positionen arbeiten – Herr Dufour bei Rolex, Leute bei Zenith –, sind Biver-Schüler. Es ist ihm auch zugutezuhalten, dass er sich an der Vergangenheit inspiriert hat, um in die Zukunft zu gehen. Er sagte: «Ich mache etwas Neues und schaue dann, dass das Alte drinbleibt.»

Was halten Sie von Rolex-Chef Dufour?

Dufour ist ein Genfer. Er vertritt die Aristokratie von Genf. Er ist das, was Rolex braucht. Ruhig, besonnen. Ein Diplomat. Er weiss, was Rolex braucht, um nicht übermütig zu werden. Rolex ist eine perfekte Maschinerie, sie machen alles richtig.

Georges Kern von Breitling?

Er hat eine unglaubliche Wandlung durchgemacht. Früher war ich etwas skeptisch. Heute sehe ich einen hochtalentierten Mann, den ich jetzt besser verstehe.

Hat er Breitling weitergebracht?

Wir werden sehen. Der frühere Eigentümer Theddy Schneider hat das Unternehmen sehr gut geführt. Vielleicht verkaufen sie heute 10 Prozent mehr. Kern konnte das Spektrum allerdings erweitern, eine Revolution aber ist es nicht.

Sprechen wir über Ihre Konkurrenz: Bucherer.

Bucherer ist weltweit der grösste Juwelier. Ich verstehe mich bestens mit Patron Jörg Bucherer. Ich spreche nicht von einem Konkurrenten, höchstens von einem Mitbewerber. Er konnte das System Juwelier «franchisen», ähnlich wie es sonst nur McDonald's gemacht hat. Bucherer weiss genau, wie es geht, und er hat eine schlagkräftige Truppe um sich.

Was ist eigentlich im Internet-Zeitalter die Zukunft der Bahnhofstrasse?

Sie bleibt eine internationale Top-Adresse, unter den besten fünf der Welt. Für die Chinesen zählt es gewaltig, dass sie ihre Uhr im Herstellerland Schweiz kaufen und nicht bei Zalando. Das Flanieren an der Bahnhofstrasse, das Einkaufserlebnis – das mit einem monotonen Mausclick zu vergleichen, wäre, wie wenn Sie den Konsum einer Cola mit demjenigen eines preisgekrönten Bordeaux-Rotweins vergleichen möchten.

Ist die Uhrenbranche patriotischer als andere international tätige Industriezweige?

Ich fühle mich auf jeden Fall als Patriot, und auch ich möchte meine Rechte nicht nach Brüssel abgeben. Das ist simpel und einfach. Viele in der Uhrenindustrie sehen es so, prominente Exponenten wie Nick Hayek haben sich öffentlich geäussert.

Viele Manager in der Schweiz wollen mehr EU.

Die EU wäre eine wunderbare Wirtschaftsvereinigung, aber bitte nicht politisch. Ich rede mit meinen Gästen nicht über Politik. Wenn man aber an einem Nachtessen sitzt, dann hört man: «Schauen Sie, dass Sie ja nicht ...»

Wie wichtig ist die Schweiz für Ihre Branche?

Das Ursprungsland Schweiz ist für unsere Branche sehr wichtig. Sämtliche Innovationen und Entwicklungen der letzten 200 Jahre sind von der Schweiz ausgegangen. Dazu wirkt sich die Schweizer Mentalität – die Genauigkeit und Präzision – positiv auf den Werkplatz aus und festigt das Image der Schweizer Uhren im Ausland.

Auch beim Thema EU?

Die wollen uns jetzt schnell reinziehen. Wer zuerst die Nerven verliert, hat verloren. Wir haben Werte, Errungenschaften, die sich über Jahrhunderte bewährt haben für die Schweiz. Die Europäer müssen den Beweis für die Tauglichkeit ihres Systems erst liefern. Die Schweiz wird immer beliebter. ○

«Ich bin Mitglied der SPD und werde es auch bleiben»

Thilo Sarrazin soll aus der SPD ausgeschlossen werden. Er habe mit seinen islamkritischen Thesen «erheblich gegen die Grundsätze der Partei verstossen» und der SPD «schweren Schaden» zugefügt. In seiner Verteidigungsrede, welche die *Weltwoche* hier abdruckt, weist Sarrazin die Vorwürfe zurück.

Ich hatte niemals Ämter in der SPD, ich war nie Abgeordneter und habe beides auch nie angestrebt. Ich wollte die Gestaltungsmöglichkeiten exekutiver Verantwortung nutzen und daneben ordnungspolitisch/programmatisch und publizistisch wirken. Das habe ich in wechselnder Gewichtung über 40 Jahre beruflicher Tätigkeit auch kontinuierlich getan. Davon fanden 22 Jahre im Umfeld der SPD statt, als Kommissionssekretär, Mitarbeiter von Bundesministern, Staatssekretär oder Senator.

In allen meinen Ämtern und Aufgaben, egal, in welchem Umfeld ich sie ausübte, habe ich mich stets sehr erfolgreich für die Programmatik und die Inhalte der Sozialdemokratie eingesetzt.

In meinen Publikationen, Interviews und Vorträgen befasse ich mich mit allgemeinen, vorwiegend volkswirtschaftlichen Themen. Aussagen zur SPD kommen dabei selten vor.

Das galt auch 2010 für «Deutschland schafft sich ab». Leider haben sich damals zahlreiche Funktionsträger der SPD – an der Spitze der damalige Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel – an einer existenzbedrohenden Rufmordkampagne gegen mich beteiligt.

Ich wurde vor 45 Jahren Mitglied der SPD, weil ich eine realistische Aussenpolitik, eine moderne Wirtschafts- und Finanzpolitik und einen starken Sozialstaat wollte. Das will ich auch heute noch. Dafür standen damals Willy Brandt, Helmut Schmidt und Walter Arendt. Leitfiguren von vergleichbarem Gewicht vermisste ich in der heutigen SPD.

Zu den Anwürfen:

1. Missachtung der Menschenwürde

Diesen Anwurf versucht die Kommission mit Zitaten aus meinem Buch zu Arbeitsmarktintegration und Kriminalität zu belegen. Einerseits reißt sie die Zitate aus dem Zusammenhang, andererseits belegt sie nicht, dass sie falsche Aussagen beinhalten. Insbesondere behaupte ich nirgendwo, die Mehrheit der Flüchtlinge und Migranten aus islamischen Ländern sei «minderwertig». Ich spreche auch nicht pauschal von «Andersartigkeit», sondern proble-



«Ich erwarte eine Entschuldigung»: Autor Sarrazin.

matisiere nach Hunderten von Seiten mit validen empirischen Belegen «die nachhaltige kulturell gefärbte Andersartigkeit der Mehrheit der Muslime in Verbindung mit ihrer demografischen Dominanz».

2. Leugnung der Gleichwertigkeit der Menschen

Solch eine Leugnung ist in meinem Buch nirgendwo zu finden. Der Gleichwertigkeit steht nicht entgegen, dass Menschen ungleiche Eigenschaften, Fähigkeiten und Neigungen haben, teils angeboren, teils kulturell vermittelt, die sich individuell, aber auch in statistisch beobachtbaren gruppenbezogenen Unterschieden zeigen.

Allen Menschen steht die gleiche Würde zu. Im modernen Rechtsstaat ergibt sich daraus die Gleichheit vor dem Recht. Es ist ausserdem

richtig, dass die staatliche Politik sich um Chancengleichheit, etwa im Bildungswesen, bemüht. Das Gleichheitspostulat hat aber einen normativen Charakter. Alle Menschen haben das gleiche Recht, nach Glück zu streben. In der Wahl ihrer Wege sind sie im Rahmen der geltenden Gesetze frei. Ein Staat, der die Gleichheit der Ergebnisse garantieren wollte oder auch nur übermässig in die freie Lebensgestaltung des Einzelnen eingriffe, wäre ein totalitärer Staat und jedenfalls nicht der meine.

Bei der Gleichheit der Menschen verwechselt die Kommission offenbar die normative Gleichheit, die sich aus der Menschenwürde ergibt und sich in der Gleichheit vor dem Gesetz äussert, mit der tatsächlichen Gleichheit von menschlichen Fähigkeiten und Neigungen. Diese haben, teils genetisch bedingt, teils kulturell vermittelt, erhebliche Unterschiede. Das kann man empirisch untersuchen, in vielen Fällen sogar messen.

Die Verwechslung von normativer und tatsächlicher Gleichheit durch die Kommission ist ein schwerer Kategorienfehler, der die Kommissionsmitglieder selbst entlarvt.

Diese Verwechslung erfüllt aber im Kommissionsbericht eine Funktion, denn nur so kann aus der Analyse von Ungleichheit, die ich in meinem Buch an vielen Stellen vornehme, ein «Leugnen der Gleichwertigkeit der Menschen» werden. Dieser Vorwurf ist absurd und zugleich unmoralisch, weil er auf einem bewusst lügenhaften Verständnis meiner Aussagen beruht.

In meinem Buch beschreibe ich unter anderem die weite Verbreitung von Verwandtenehe in Teilen der islamischen Welt. Zu den genetischen Folgen zitiere ich wissenschaftliche Literatur ebenso wie zu den Folgen des Ramadan-Fastens schwangerer Frauen. Die Kommission hält das für «rassistisch» und wirft mir vor, ich wolle damit meine «These untermauern, die von mir festgestellten sozialen und kulturellen Unterschiede seien unabänderlich und damit die Ungleichheit zwischen den Menschen unveränderlich».

Solch eine These stelle ich aber nirgendwo auf. Wo Menschen ihre Kultur und ihr Verhalten ändern, ändern sich auch Umfang und Charakter der beobachteten sozialen und kulturellen Unterschiede. Das bedeutet natürlich nicht das Ende der tatsächlichen Ungleichheit unter Menschen. Denn dort, wo die sozialen und kulturellen Unterschiede beseitigt sind, tritt die Ungleichheit, die sich aus angeborenen Eigenschaften ergibt, umso stärker hervor.

3. Missachtung der Religionsfreiheit

Die Kommission wirft mir ein «falsches Verständnis von Religion und ihre Gleichsetzung mit Politik» vor. Das ist ganz unsinnig. Ich lege dar, dass der Offenbarungscharakter einer jeden Religion es grundsätzlich unmöglich macht, ihren Wahrheitsgehalt anhand der Wirklichkeit zu überprüfen. Ihre Glaubenssätze sind deshalb stets normativ gesetzt und unbeweisbar.

Vor diesem Hintergrund ist der Vorwurf der Kommission, Sarrazin «ignoriert den transzendentalen Bezug von Religion», besonders absurd.

In Bezug auf den Islam führe ich aus und begründe ausführlich unter Verwendung zahlreicher Schrifttums, dass der religiöse Gehalt des Islam und sein Charakter als politische Ideologie untrennbar miteinander verbunden sind. Das ist der Grund, weshalb es in keinem mehrheitlich islamischen Land Religionsfreiheit und säkulare Demokratie gibt und weshalb die islamischen Länder bis heute der von der Uno 1948 verabschiedeten Erklärung der Menschenrechte nicht zugestimmt haben.

Die Forderung nach künftiger Begrenzung der Zuwanderung von Muslimen begründe ich sorgfältig und differenziert aus demografischen Überlegungen und der ganz unbestreitbaren und von mir gründlich belegten Tatsache, dass alle Länder mit muslimischer Mehrheit weder Religionsfreiheit noch Demokratie im westlichen Sinne kennen und auch in ihrer gesamten 1400 Jahre währenden Geschichte niemals kannten.

Ich erkläre dies aus der islamischen Religion. Man mag diese Begründung für fehlerhaft halten. Fremdenfeindlich, rassistisch oder undemokratisch ist sie nicht. Wir haben das Recht, Zuwanderung nach unseren politisch gesetzten Massstäben zu steuern. Die bei uns lebenden Muslime können ihre Religion im Rahmen der geltenden Gesetze frei ausüben.

4. Verstoss gegen die Solidaritäts- und Unterstützungspflicht

Ich habe mich nie gegenüber «Mitgliedern der SPD [...] in scharf ablehnender oder persönlich beleidigender Form geäußert». Im Vergleich zu den Beleidigungen und Herabsetzungen, die ich von einigen SPD-Funktionären öffentlich erdulden musste und muss, war ich stets von sehr zurückhaltender, geradezu höflicher Ausdrucksweise. Nicht ich verweigere den Dialog

gegenüber der SPD. Die Partei verweigert ihm mir gegenüber. Sie handelt mir gegenüber un-solidarisch und ausgrenzend. Integration von mir und meiner Meinung wird verweigert.

Ich lehne Integrationsbemühungen nicht ab, ganz im Gegenteil. Ich weiss allerdings und belege dies in meinem Buch genau, dass Integration in erster Linie eine Bringschuld ist, dass unterschiedliche Herkunftsgruppen sich sehr unterschiedlich integrieren und dass in ganz Europa die Integration von Einwanderern aus muslimischen Ländern, gemessen an Bildung, Arbeit und Kriminalität, besonders ungünstig verläuft.

Buch eines Aussenstehenden

Die Kommission wirft mir eine «unwissenschaftliche Methodik» vor und verweist dazu auf die «sorgfältige Textanalyse der Islamwissenschaftlerin Johanna Pink».

Der deutsch-israelische Schriftsteller Chaim Noll, der mein Buch für «eines der intelligentesten Bücher» hält, «die bisher zum Thema Islam und Moderne geschrieben wurden», äussert dazu: «Frau Pinks Rezension beginnt mit der tadelnden Erwähnung der vielen Fehler, die Sarrazins Buch enthielte, doch sie verzichtet – bis auf ein einziges Beispiel, das wahrscheinlich ein schlichter Schreib- oder Druckfehler ist – auf Belege. Sie tut es durch Flucht in den negativen Konjunktiv: «das Unterfangen, auch nur die schwerwiegenden Ungereimtheiten erschöpfend aufzulisten, wäre im Rahmen einer Zeitungsrezension aussichtslos». So ist es um die meisten Behauptungen dieser Besprechung bestellt: Ihr Beweis wird aus Platzgründen nicht erbracht.»

Er schreibt weiter: «Es kann nicht wirklich überraschen, wenn Islamwissenschaftler, oft bis zur Lähmung jedes kritischen Gedankens in ihr Forschungsgebiet verliebt, das Buch von Sarrazin ablehnen: schon, weil es das Buch eines Aussenstehenden ist. Frau Professor Pink und viele ihrer Kollegen haben längst den anmassenden, Demokratie-feindlichen Ansatz islamischer Theologen verinnerlicht, nur Fachgelehrte dürfen sich mit den heiligen Schriften des Islam beschäftigen. Der Doyen der deutschen Islamwissenschaft, Prof. Tilman Nagel, stellte fest, dass meine «Auswertung des Korans und die Schilderung der islamischen Mentalität, die durch den Koran bestimmt ist, keinerlei den Gedanken-gang unterminierende Fehler aufweist und durch ein umfangreiches und jedermann zugängliches statistisches Datenmaterial abgesichert ist. Da bleibt den sich betroffenen fühlenden Islam-Lobbyisten nur noch die Schmähung.»

Heinz Buschkowsky sagte bei der Vorstellung meines Buches am 30. August 2018 in Berlin, dass ich die Verhältnisse zutreffend beschreibe. Die Wirklichkeit in Neukölln sei aber noch viel

schlimmer. Wenn ich schriebe, wie es wirklich sei, so Buschkowsky, würde ich wohl endgültig aus der Partei ausgeschlossen werden. Mit der Wirklichkeit wollen jene Kräfte in der SPD, die meinen Abschluss betreiben, offenbar nichts zu tun haben.

Schaden für die Partei

Als im Herbst 2010 «Deutschland schafft sich ab» erschien, lag die SPD bundesweit in den Umfragen bei 30 Prozent, an die Gründung einer Partei auf dem rechten Flügel dachte niemand. Heute liegt die SPD bei 12 Prozent, und die AfD wurde bundesweit zur Partei mit den meisten Arbeiterstimmen. Die Probleme, die ich in «Deutschland schafft sich ab» ansprach, haben sich in der Rückschau durchweg als noch schwerwiegender erwiesen als damals von mir vermutet. Hätte die SPD mich nicht ausgegrenzt, sondern eine offene Debatte begonnen und zugelassen, so wären Gründung und Aufstieg der AfD möglicherweise verhindert worden. In dieser Fehlentwicklung

sehe ich eine schwere historische Verantwortung der damaligen und der heutigen Parteiführung.

Ein wenig lächerlich wirkt es, wenn die Untersuchungskommission auch den Antiras-sismusausschuss der Uno zitiert. Das ist jenes von Diktaturen beherrschte Gremium, in dem Saudi-Arabien und Russland niemals, dafür Dänemark aber ständig verurteilt werden. So etwas zieht nur jemand heran, dem starke Argumente fehlen.

Rufmordkampagne

Mit diesem Ausschlussantrag ist die SPD-Führung auf dem Weg, sich lächerlich zu machen. Fast schon beängstigend ist das Bestreben, die Wirklichkeit über den Islam nicht an sich heranzulassen und weiter mental in einem illusionären Multi-Kulti-Idyll zu verharren, wo alles bestens wäre, wenn nur nicht böse Buben wie Thilo Sarrazin immer wieder mit ungeliebten Büchern störten.

Seit 45 Jahren bin ich Mitglied der SPD und werde es auch bleiben. Ich lasse mir nicht den Mund und meine Meinung verbieten. Der vorliegende Ausschlussantrag ist absurd. Ich erwarte seine Zurückweisung und eine Entschuldigung des Parteivorstandes für die Rufmordkampagne, die aus dem Kreis der Parteiführung gegen mich seit nunmehr neun Jahren betrieben wird.

Dieser Text ist die gekürzte Fassung von Thilo Sarrazins Schlusswort im 3. SPD Parteiausschlussverfahren, gehalten am 26. Juni 2019 vor der Kreisschiedskommission der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf. Das Parteigericht hat sich dafür ausgesprochen, Sarrazin aus der Partei auszuschliessen. Es war dem Antrag der Parteispitze gefolgt. Sarrazins Anwalt kündigte an, sein Mandant werde Berufung einlegen und notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht gehen. Die gesamte Verteidigungsrede auf www.weltwoche.ch



«Nicht ich verweigere den Dialog gegenüber der SPD. Die Partei verweigert ihn mir gegenüber.»

Zauberer von Oz

Australien gewinnt die Goldmedaille für den längsten Wirtschaftsaufschwung in der Moderne. Andernorts wäre dies der Moment, mit sozialistischen Ideen zu experimentieren. Nicht in Down Under. Mit Scott Morrison ist ein Pfingstkirchler und Klimakritiker an der Macht. Wie kam es dazu? Von Tom Switzer



«Stille Australier»: Premier Morrison mit Gattin Jenny.

Vor nicht allzu langer Zeit glaubten viele Leute, dass man sich schon anstrengen müsse, um Australien auf einer Weltkarte wahrzunehmen. Wenn das Land Aufmerksamkeit erhielt, dann meist nur wegen einer Naturkatastrophe (Überschwemmungen, Buschbrände, Haifisch-Angriffe) oder in Form von Artikeln begeisterter Reisejournalisten, Sportreporter oder Weinexperten.

Heutzutage wird Australien deutlich mehr Interesse entgegengebracht, denn wir sind ein *role model* geworden.

Schauen wir uns nur ein paar Schlagzeilen an: «Das australische Wunder» (BBC), «Keine andere Nation gleicht Australien» (*New York Times*), «Die australische Wirtschaft ist auf der Siegerstrasse» (*Wall Street Journal*), «Wie Down Under ganz oben angekommen ist» (*The Toronto Star*), «Zauberer von Oz zeigt uns, welchen Weg wir einschlagen sollten» (*Irish Independent*), «Europa muss sich ein Beispiel an Australien nehmen und die Bootsflüchtlinge stoppen» (*Daily Telegraph*) und so weiter.

Die Australier sehen sich nicht als Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit. Wir

sind schliesslich ein Inselkontinent mit nur 25 Millionen Einwohnern am (geografischen) Ende der Welt. Dennoch schaut die entwickelte Welt mit Neid auf Australien, aus Gründen, die weit über unsere Attraktivität als Feriendestination hinausgehen. Marktreflexe und Haushaltsdisziplin (1983–2007), ein Wirtschaftsgüter-Boom (2005–2012) und die rasch expandierenden Beziehungen zu unserem grössten Handelspartner, China, haben zu achtundzwanzig Jahren ununterbrochenem Wirtschaftswachstum beigetragen.

«Spickzettel» für Merkel

Die Goldmedaille für den längsten ökonomischen Aufschwung in der modernen Geschichte haben die Niederländer an Australien abgeben müssen. Und Einkommensungleichheit ist nirgends so ausgeprägt wie in Grossbritannien und den USA. Gleichzeitig trägt der strenge und geordnete Grenzschutz in Australien zu einer breiten öffentlichen Unterstützung für eine grosszügige und nichtdiskriminierende Einwanderungspolitik bei. Im Ergebnis ist Australien nicht so stark von den populistischen

Aufständen betroffen, die das politische Establishment in Amerika und weiten Teilen Europas bedrohen. Wir erleben auch nicht jene globalisierungskritische Stimmung, die anderswo in linken und rechten Parteien zu beobachten ist.

Gewiss, der Zustand der Nation kann durchaus Sorge bereiten. Von 2010 bis 2018 gab es so viele Premierminister (sechs, um genau zu sein), dass der australische Ableger von Madame Tussauds in Sydney es aufgegeben hat, die entsprechenden Wachfiguren anzufertigen. Die Führer der Nation waren schon wieder gestürzt, bevor die Figuren fertiggestellt waren. Beim G-20-Gipfel in Buenos Aires im Dezember letzten Jahres wurde Angela Merkel ein «Spickzettel» mit der Foto des neuen Premierministers Scott Morrison in die Hand gedrückt, damit sie ihn von seinen Vorgängern unterscheiden konnte. Im Gefolge der bekanntgewordenen Missbrauchs- und Finanzskandale haben unsere Institutionen – von der Kirche bis zum Bankensektor – dramatisch an Ansehen verloren. All das ist verständlich, und doch hat Australien deutlich weniger populistische Erschütterungen erlebt als die meisten westlichen Nationen.

Vielleicht erklärt sich vor diesem Hintergrund das Ergebnis der Parlamentswahl vom 18. Mai, nämlich die Wiederwahl der Mitte-rechts-Koalition. Im August 2018 war der 51-jährige Morrison der dritte Vorsitzende der Liberalen Partei und Premierminister binnen drei Jahren geworden. Der sportbegeisterte Morrison, ein ehemaliger Tourismusmanager aus Sydney, war im Grunde schon beschrieben worden. Er war im Amt, hatte aber keine Macht.

Als Pfingstkirchler und Unterstützer der Kohle-Industrie war er für die meisten Medien der falsche Mann in dieser Zeit. Nach jahrelangem Koalitions-Hickhack hatten Meinungsforscher, Experten und Wettbüros einen Sieg der Labor Party prognostiziert.

Morrison's Weg zum Wahlsieg war etwa so schmal wie Donald Trumps Weg zum Erfolg 2016. Ihm half jedoch, dass seine Kontrahenten einen Linksschwenk vollzogen hatten. In den 1980ern hatte Labor die australische Wirtschaft dereguliert, was zu einem höheren Lebensstandard für alle Einkommensgruppen führte. Dreissig Jahre später hatte die Partei eine interventionistische Agenda angenommen, die hohe Steuern für Immobilieninvestoren, wohlhabende Senioren und Bezüger hoher Einkommen vorsah. Morrison wies auf die Risiken einer Politik hoher Steuern und grosszügiger Ausgaben hin. Am Ende entschied sich Australien gegen Labors Klassenkampf.

Auch die Klimapolitik der Labor Party stiess viele unentschiedene Wähler ab, vor allem im energieintensiven Bundesstaat Queensland. Australien ist ein wichtiger Kohleproduzent, CO₂-Steuern oder Emissionshandel finden hier kaum Unterstützung. Morrison, berühmt dafür, im Parlament mit einem Kohlebrocken zu posieren, erinnerte die Wähler daran, dass keine erneuerbare Energie so effizient sei wie Kohle und dass allein der jährliche Anstieg von Emissionen in China grösser sei als die jährliche Gesamtmenge der Emissionen in Australien.

Die *New York Times* schrieb, der Sieg der Koalition sei «von einer populistischen Welle befeuert» worden, die «jenen Kräften ähnelt, welche die politischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und anderswo auf den Kopf gestellt» hätten. Maureen Dowd, die namhafte linksliberale amerikanische Publizistin, verglich Morrison gar mit Trump.

Das ist eine etwas dürftige Einschätzung der politischen Verhältnisse in Australien. Gewiss, die Wahl in Australien hat, wie das Brexit-Referendum und der Wahlsieg Donald Trumps, die Medien-Orthodoxien verwirrt. 2016 mussten britische und amerikanische Umfrageinstitute mit dem Faktor «reservierte Wähler» umgehen, mit Leuten also, die nicht preisgeben wollten, dass sie für Trump und die Euroskeptiker sind. Indem das linke Establishment diese Menschen als «provinziell» und «erbärmlich» bezeichnete, er-

reichte es nur, dass die Trump-Wähler und die Brexit-Befürworter ihre Einstellung verheimlichten und ihre zahlenmässige Stärke vor dem Wahltag nicht prognostiziert werden konnte.

Die gleiche Dynamik war in Australien am 18. Mai zu beobachten, als «stille Australier» (wie Morrison sie nannte) sich gegen den von den Eliten vertretenen Konsens von Identitätspolitik, Vermögensumverteilung und kostspieliger Klimapolitik wandten. Abgesehen davon gibt es jedoch kaum Gemeinsamkeiten mit den populistischen Bewegungen in der westlichen Welt.

Weniger Steuern

Morrison ist kein Nativist: Er ist ein konservativer Politiker, der an Einwanderung, Märkte, Freihandel und eine integrative Gesellschaft glaubt. Er ist ein gläubiger Christ, trägt seinen Glauben aber nicht offen vor sich her. Als Finanzminister von 2015 bis 2018 setzte er Steuererleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen durch und sorgte für einen (erstmalig seit zehn Jahren) ausgeglichenen Haushalt.

Als Einwanderungsminister (2013–2015) verhängte er einen Aufnahmestopp für Bootsflüchtlinge, die fortan auch kein Recht mehr hatten, Asyl zu beantragen. Diese kompromisslose Politik wird nach wie vor praktiziert. Zu den bestehenden Massnahmen gehören das Zurückschicken von Schiffen, Einwanderungsarrest und Internierungslager in Drittstaaten. Aber dieser strenge Grenzschutz hat das Vertrauen in Australiens erfolgreiche Einwanderungspolitik wiederhergestellt und Populisten und Nativisten den Wind aus den Segeln genommen.

Überall in Europa sorgen Ängste und Wut über die Einwanderung dafür, dass nationalistische Themen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. In Australien stehen nativistische Parteien weiterhin am Rand. Die Hälfte der Nation ist entweder im Ausland geboren oder hat einen Elternteil, der im Ausland geboren wurde. Ein Drittel der Einwanderer sind Asiaten, 20 Prozent kommen aus Afrika oder dem Nahen Osten.

Unter Morrison dürfte Australien immun bleiben gegen populistische Aufstände. Gleichwohl steht das Land vor enormen Herausforderungen – lahmendes Wirtschaftswachstum, stagnierende Löhne und die Gefahr «kreativer Störungen» beim Übergang in eine digitale Wirtschaft. Morrison wird sich auf turbulente Zeiten einstellen müssen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Tom Switzer ist Exekutivdirektor des Centre for Independent Studies, Radiomoderator bei der Australian Broadcasting Corporation und Kolumnist beim *Sydney Morning Herald*.



Inside Washington

Trumps Befehl

Trumps Feinde glühen vor Wut – weil der Präsident Wahlversprechen hält.

Im turbulenten Sommer 2016, als er das Land stürmte, legte der damalige republikanische Kandidat Donald J. Trump ein Gelübde ab: «Eine Trump-Regierung wird alle Einwanderungsgesetze durchsetzen. Niemand wird immun sein. Das ist, was es bedeutet, Gesetze und ein Land zu haben.» Zum Entsetzen seiner rasenden Gegner hält Präsident Trump Wort. Bundesbeamte kündigten vor Tagen Razzien an, um 2000 illegale Einwanderer festzunehmen und auszuweisen, die gerichtlich angeordnete Befehle zum Verlassen der USA ignoriert hatten. Ilhan Omar, Erzfeindin des Präsidenten aus Minnesota, verurteilt die Massnahmen als einen Teil von Trumps finsterner «weisser nationalistischer» Agenda. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, ermuntert illegale Einwanderer, «ihre Rechte» zu nutzen und sich gegen *los federales* zu wehren. New-York-City-Bürgermeister Bill de Blasio verspricht, dass die Bullen nicht einen Biss von der illegalen Einwandererbevolkerung des Big Apple nehmen werden.

Der ehemalige Heimatschutzminister Jeh Johnson ist verärgert über die Hysterie seiner Genossen. Der frühere Beamte der Obama-Regierung teilt dem linken Fernsehsender MSNBC mit, dass «Deportationen ständig stattfinden. [...] Wir müssen das Gesetz einfach durchsetzen.» Nach der jüngsten Aufregung um inhaftierte Kinder illegaler Migranten bemerkte Johnson unverblümt, dass «Trennwände, Zäune, Käfige, wie auch immer man sie nennen mag, nicht am 20. Januar 2017 erfunden wurden – okay?». Man müsse schnell einen Platz finden, um Kinder unterzubringen. «Man kann Siebenjährige nicht einfach auf den Strassen von El Paso aussetzen.»

Trump hat vorgeschlagen, Kinder in einwandererfreundliche Städte («sanctuary cities») wie San Francisco und Los Angeles zu übersiedeln. Seltsamerweise haben diese abgelehnt. Amy Holmes

Der Mann hinter dem Mond

Während die Astronauten Neil Armstrong und Buzz Aldrin auf dem Mond Geschichte schrieben, verschwand der dritte Mann der Apollo-11-Mission in totaler Isolation. Geprellt um Rampenlicht und Ruhm, kreiste Michael Collins allein um den Erdtrabanten. Was erlebte «der einsamste Mensch seit Adam»? Von Urs Gehrig

Drei Tage waren sie bereits unterwegs. Moderne Argonauten, weiter gereist als Jason, als Odysseus, als Dschingis Khan. Längst hatten sie die Dimension gesprengt, die Magellan einst als Richtmass gesetzt hatte. Eine viertel Million Meilen in den leeren Raum waren sie vorgestossen, ins dunkle Nichts, in einem Schiff von der Form einer überdimensionierten Waschtrommel, vollgestopft mit modernster Elektronik.

Unten auf der Erde war der Rummel abgeklungen, den die drei verursacht hatten, als ihre Saturn-Rakete in den Himmel gestiegen war, «schlankes, engelhaftes, geheimnisvolles Schiff, weiss wie ein Madonnenschrein», wie ein Chronist ergötzt festhielt. Die Menschheit ging wieder irdischen Dingen nach. Ein Auge auf den Fernsehschirm gerichtet, wartete sie auf den grossen Moment, der als Eintritt in ein neues Zeitalter angekündigt worden war.

Präsident John F. Kennedy, eine halbe Ewigkeit tot, hatte den drei Astronauten 1962 das Reiseziel diktiert: «Ich glaube, dass diese Nation sich dazu verpflichten sollte, noch vor dem Ende dieses Jahrzehnts das Ziel zu erreichen, einen Menschen auf dem Mond landen zu lassen und ihn dann sicher wieder zur Erde zurückzubringen.»

Wie hiess es bei «Raumschiff Enterprise»? 20. Juli 1969. Das Jahrzehnt war fast um. Und das Ziel lag jetzt direkt vor ihnen. Sie umkreisten es wie ein Adler seine Beute.

Die drei Astronauten trugen Beutel auf sich mit persönlichem Krimskrams wie Abzeichen, Kreuzfixe, Fähnchen, die sie später als kostbare Memorabilien verteilen würden. Neil Arm-

«Ich fliege 99,9 Prozent der Strecke mit, und das erscheint mir absolut gut so.»

strong und Buzz Aldrin hatten zwei Beutel. Einen für ihre Reise im *command module* «Columbia» und einen für ihren Abstieg auf den Mond. Michael Collins, der dritte Mann an Bord, hatte nur einen.

Armstrong und Aldrin waren nun in ihre Druckanzüge gestiegen und schlüpfen durch die Luke in die Mondlandefähre. Sie mussten bloss noch die Klappe über ihren Köpfen schliessen. Dann war der «Eagle» startklar. «You guys take care», sagte Collins, als er die Nabelschnur zwischen der «Columbia» und

dem «Eagle» trennte. «See you later», rief Armstrong zurück.

Durch sein Fenster blickte Collins dem «Eagle» nach. Dieser sank hinab wie ein goldener Käfer, kopfüber, die dünnen Beine wie Antennen ausgestreckt. In ihm ritt der alte und endlose Traum der Menschheit. In wenigen Stunden würde er sich durch Armstrong und Aldrin erfüllen. «Mutig dorthin gehend, wo noch nie ein Mensch zuvor gewesen ist!», wie es bei «Raumschiff Enterprise» hiess.

Und er, Collins? Ihm war die Rolle zugeteilt worden, um den Mond kreisend, zu warten, bis die beiden von ihrer Heldentat zurückkamen. Als Weltraumtaxi auf Abruf, sozusagen.

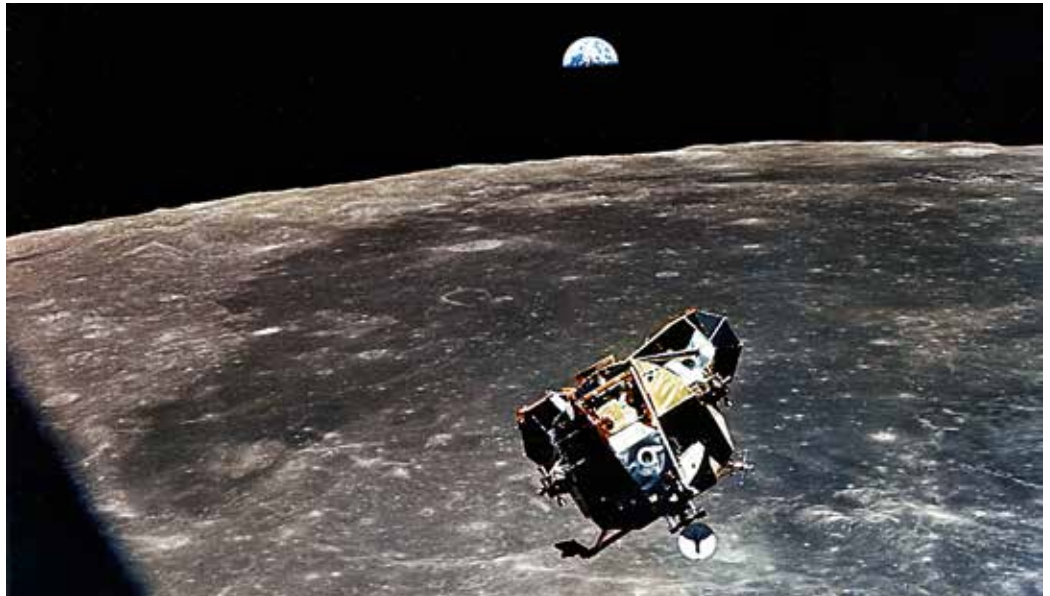
Schon beim Pressetermin vor dem Abflug hatten sich alle Reporter auf Armstrong und Aldrin gestürzt. Collins kam zum Schluss dran, wohl wissend, dass seine Aussagen die ersten waren, die in der Berichterstattung der Schere zum Opfer fielen. Ein Journalist fragte ihn: «Oberst Collins, Nichtastronau-



«Wie der Klang einer alten, erlesenen Flöte»: Apollo-11-Astronaut Collins.

ten könnte es so erscheinen, als müsste Ihr Job der frustrierendste der ganzen Mission sein, weil Sie ja nicht die ganze Reise mitmachen. Was meinen Sie dazu?» Collins antwortete erhobenen Hauptes: «Ich fühle mich nicht im Geringsten frustriert. Ich fliege 99,9 Prozent der Strecke mit, und das erscheint mir absolut gut so.» Keiner glaubte ihm. Jeder wusste, dass die restlichen 0,1 Prozent den ganzen Unterschied ausmachte. Eine Mondfahrt ohne Mondlandung war wie ein Coitus interruptus.

«Während er sich um die Erde dreht, verhält der Mond sich wie ein gehorsamer Untertan vor seinem König – er wendet der Erde ständig sein Gesicht zu und niemals den Rücken», schrieb der Star-Chronist der Mission, Schriftsteller Norman Mailer. Der «Eagle» kam gut voran bei seinem Sinkflug auf das Gesicht. Für Collins begann nun die Reise hinter den Rücken.



Weltraumtaxi auf Abruf: Collins fotografiert «Eagle» beim Abstieg zum Mond.



Auf einmal wurde es still in seiner «Columbia»-Kapsel. Er sah die Erde hinter dem Mond verschwinden. Der Funkkontakt mit Houston brach ab. Pumpen arbeiteten, Ventile öffneten und schlossen sich: das rhythmische Atmen des Mutterschiffs. Es wirkte beruhigend. Manchmal döste Collins kurz ein, wie ein Embryo im Mutterleib.

Collins träumte von der Mission seiner zwei Kollegen. Sie sollte zum Lichtblick werden einer verwundeten Nation. Nach den Attentaten auf die Kennedy-Brüder, auf Martin Luther King, nach den Niederlagen im Weltraumrennen gegen die Sowjets, den anhaltenden Protesten gegen den Vietnamkrieg sehnte sich die Nation nach Frischluft. Armstrong, Aldrin und er selbst verkörperten das Amerika der Pioniere. Sie waren Hoffnungsträger wider die verrohende Jugendkultur der Sit-ins, Drop-outs und *potheads*. Die Präzision ihrer Apollo 11 – der brillante Gegenentwurf zu den ziellosen Easy Riders.

Die Astronauten waren ein eigener Menschenschlag. Sie sprachen in Codes. In technischen Ausdrücken. In Akronymen. Ihre Kommunikation war bis auf die rohe Funktionalität skelettiert. Entsprechend bissen sich die Journalisten an ihnen die Zähne aus. Kommandant Armstrong «rückte seine Worte mit ungefähr derselben Bereitwilligkeit heraus, mit der ein Jagdhund sich ein Stück Fleisch zwischen den Zähnen hervorzerren lässt», klagte Norman Mailer.

Ganz anders Collins. Collins war cool. Collins war selbstironisch. Collins «war wie der Klang einer alten, erlesenen Flöte, in der die ganze Fröhlichkeit und auch die gesamte Trauer jener im Exil lebenden Amerikaner wieder auflebte». Collins, in Rom als Sohn eines Berufsmilitärs geboren, war viel gereist, hatte die Welt gesehen. Rundes Gesicht, hohe Stirn, sein verschmitztes Lächeln verriet gesunden Menschenverstand. Mit Collins hätte

man sich sofort an die nächste Bar gehängt. «Was für ein Vergnügen wäre es gewesen, über diese Mondlandung mit Hilfe von Collins zu berichten!»

«Eine Art gesegnete Zeit»

Collins erwachte. Im Funk knackte es. Am Mondrand tauchte die Erde wieder auf. Es war nun nicht mehr die gleiche Erde. Der «Adler» war gelandet. Der erste Mensch hatte seinen Fuss auf den Mond gesetzt. «Ein kleiner Schritt für einen Menschen, ein grosser Sprung für die Menschheit.»

Das Sternenbanner prangte auf dem bleichen Mondgesicht. Könige und Staatsoberhäupter standen Schlange, um Präsident Nixon zu gratulieren. Walter Cronkite, TV-Legende auf Dauersendung und nationaler Zeremonienmeister, rief entzückt: «Ich würde mal sagen, dass dieser Tag uns die grösste Geschichte unseres Lebens beschert hat.»

Der Ort, wo Armstrong und Aldrin gelandet waren, hiess «Meer der Ruhe». Es war ein Las Vegas im Vergleich mit dem Ozean der Einsamkeit, in den Collins nun wieder eintauchte.

«Wie schwer ist's doch, von diesem Wald zu sagen / Wie wild, rauh, dicht er war, voll Angst und Not.»

Dante hatte Vergil als Wegbereiter, als er durch das Inferno irrte. Collins hatte das Mission Control Center in Houston, Texas. Doch nun verstummte dieses wieder. Für Collins eine Wohltat, wie er behauptete. «Mission Control schnatterte die ganze Zeit. Jedes Mal, wenn ich hinter dem Mond war, war es eine Art gesegnete Zeit.»

Unten auf der Erde ergriff Nixon das Wort. Eine Hälfte des geteilten TV-Bildschirms zeigte den Präsidenten an seinem Schreibtisch. Die andere Hälfte Armstrong und Aldrin, bewegungslos, zu beiden Seiten der amerikanischen Flagge stehend. >>>

«Hallo, Neil und Buzz, ich spreche zu Ihnen via Telefon aus dem Oval Office des Weissen Hauses. Und kein Telefongespräch kann je so historisch gewesen sein wie das, welches wir jetzt führen. [...] Einen unbezahlbaren Augenblick lang in der Geschichte der Menschheit sind alle Menschen auf der Erde wirklich eins. Eins in dem Stolz darauf, was Sie vollbracht haben.»

Also sprach Nixon. Collins, den er mit keinem Wort erwähnte, war bereits zum dritten Mal hinter dem Mond abgetaucht.

Aristoteles hatte einst festgestellt: «Der Mensch ist ein soziales Wesen.» Darwin sollte später ergänzen: «Wir erkennen dieses an seiner Abneigung gegen Einsamkeit.» Und Nietzsche beschrieb schonungslos, was dem widerfährt, der sich absondert: «Weisst du noch, oh Zarathustra? Als deine stillste Stunde kam und dich von dir selber forttrieb, [...] als sie dir all dein Warten und Schweigen leid machte und deinen demütigen Mut entmutigte: Das war Verlassenheit!»

Lindberghs Brief

Entdecker, Feldherren, Geistesranke erfahren bittere Einsamkeit. Sie sei nichts im Vergleich zu dem, was der Mann hinter dem Mond erlebte, war Flieger Charles Lindbergh überzeugt. Der Bezwingen des Atlantiks verfasste einen Brief an Collins. Der Astronaut erlebe nun eine Einsamkeit, «wie sie der Mensch zuvor noch nicht gekannt hat».

Collins wollte nichts davon wissen. «Lindberghs Flug war viel härter. Er war ganz allein, er konnte zu niemandem sprechen, hatte niemanden, der ihm half mit seiner Route. Er konnte nicht schlafen, sonst wäre er ins Meer gestürzt. Er hatte schlechtes Wetter auf dem ganzen Weg.»

Zum vierten Mal kam Collins nun hinter dem Mond hervor. Er fand: «Die Oberfläche des Mondes scheint sehr abweisend zu sein, bedrohlich fast. Ich spüre keine grosse Einladung, in sein Reich zu kommen.»

Seine Heimat Amerika glich einer kollektiven Festhütte. Der Fernsehsender CBS berichtete von einem «seltsamen, fast tribalistischen Ritual» in New Yorks Central Park. Mehrere tausend Menschen besuchten in strömendem Regen das «Moon-in». CBS hatte einen gigantischen Eidophor-Bildschirm errichtet. Die Leute standen knöcheltief im Schlamm, um den Spaziergang auf dem Mond zu beobachten.

«Warum jubeln sie nicht?», rief zu Hause vor dem Fernseher Pat Collins, als sie die Kollegen ihres Mannes auf dem Mond trippeln sah. «Deswegen lassen sie keine Frau auf den Mond fliegen – sie würde herumspringen und schreien und weinen.»

Michael Collins hörte dem Atmen der Pumpen zu. Er schaltete den Fernseher in seiner Kapsel nie ein. Manchmal filmte er sich selbst. Er war

jetzt seit fünfzehn Stunden allein im All. Sieben Mal hatte er den Mond umkreist. Sieben Mal war er in die komplette Einsamkeit abgetaucht.

Der Pressesprecher der Mondmission, der sich detailreich mit Armstrong und Aldrin beschäftigt hatte, widmete sich nun dem dritten Mann. Viel hatte er zu ihm nicht zu sagen. Umso pathetischer fielen die Worte aus: «Seit



Frischluff: Collins, Armstrong, Aldrin (v.l.).

Adam hat kein Mensch eine solche Einsamkeit erfahren wie Mike Collins in den 47 Minuten, in welchen er bei jeder Mondumrundung jeweils hinter dem Mond verschwindet.»

Die Frage nach seiner Einsamkeit liess Collins keine Ruhe. Sie sollte ihn noch fünfzig Jahre nach der Mondmission verfolgen. Sie klang wie eine Aufforderung zum Eingeständnis einer Niederlage. Collins' Antworten klangen zunehmend trotzig: «Ich ziehe es manchmal sogar vor, allein zu sein.» Später würde er sogar religiöse Töne anschlagen. Er sprach von seiner Kapsel anmutig als von einer «Mini-Kathedrale».

Stoisch wies er von sich, je Angst gehabt zu haben. «Was du anstelle von Angst hast, ist Sorge. Du hast Sorgen vom Start bis zur Landung. Man kann sich nie wirklich entspannen.»

Je länger seine beiden Kollegen auf dem Mond waren, desto stärker erinnerte sich Collins an Kennedys Marschbefehl: «[...] einen Menschen auf dem Mond landen zu lassen und ihn sicher wieder zur Erde zurückzubringen». Die letzten Worte hallten in seinem Kopf wie ein Menetekel: «sicher» – «zur Erde» – «zurückbringen». Das war Collins' Aufgabe.

Collins fühlte, wie er später zugab, «einen heimlichen Terror, meine Kollegen auf dem Mond zurückzulassen und allein auf die Erde zurückzukehren».

Nixon war für diesen Fall gewappnet. Zwei Tage vor der Mondlandung hatte er, mit bitterernster Miene, eine Rede an die Nation aufgezeichnet.

«Diese tapferen Männer, Neil Armstrong und Edwin Aldrin, wissen, dass es keine Hoffnung auf ihr Überleben gibt. Aber sie wissen auch, dass in ihrem Opfer Hoffnung für die Menschheit liegt. Diese beiden Männer legen ihr Leben für das edelste Ziel der Menschheit nieder: die Suche nach Wahrheit und Verständnis. [...] Sie werden von einer Mutter Erde betrauert werden, die es gewagt hat, zwei ihrer Söhne ins Ungewisse zu schicken.»

Niemanden plagte das Ungewisse heftiger als den Mann hinter dem Mond. Im Falle eines «Mond-Desasters», wie die Katastrophe im Drehbuch des Weissen Hauses genannt wurde, hätte Collins nichts tun können, ausser aus sechzig Meilen Höhe hilflos dem Drama zuzusehen. Doch was, wenn der «Eagle» erfolgreich abstossen, aber es nicht schaffen würde, an die «Columbia» anzudocken? Dann stünde Collins als Einziger in der Verantwortung. «Jede Kette ist so schwach wie ihr schwächstes Glied. Glaub mir, ich habe viel Zeit damit verbracht, mir Sorgen um dieses schwächste Glied zu machen. Könnte ich es sein?»

«Ich packte Buzz an beiden Ohren»

Um Collins' Hals hing eine Tasche mit einem Manual: achtzehn Optionen für das Rendezvous. Was, wenn sie alle schief laufen würden? Wie würde Collins damit umgehen? «Erstens würde ich keinen Selbstmord begehen. Ich würde alleine nach Hause kommen. Für den Rest meines Lebens wäre ich ein gezeichneter Mann.»

Collins, der selbst seiner bitteren Rolle im All noch ein Quäntchen Heiterkeit abzurufen vermochte, ein gezeichneter Mann? Man mochte es sich nicht vorstellen.

Collins brauchte sein Manual nicht. Innert weniger als vier Stunden nach dem Liftoff vom Mond sah Collins den «Eagle» aus dem Dunkel des Alls auftauchen. Er spürte nicht einmal, wie dieser an die «Columbia» andockte. Armstrongs und Baldrins Anzüge wurden vom Mondstaub gesäubert, die Klappe wurde geöffnet. Nach 27 Stunden und 51 Minuten waren die drei wieder vereint.

«Ich packte Buzz an beiden Ohren und wollte ihn auf die Stirn küssen. Ich zog ihn bis vor mein Gesicht und dachte: «Na, das ist irgendwie keine sehr gute Sache.» Also klatschte ich ihm auf den Rücken oder so was.» Einen Kommentar des erlösenden Moments hinterliess Collins keinen. Nicht mal einen Seufzer der Erleichterung. «Ich hatte keine Zeit, zu sinnieren [...] Wir mussten schauen, dass wir nach Hause kamen.»



Michael Collins' Zitate im Text stammen aus zahlreichen Interviews, die er in den letzten 50 Jahren gegeben hat, sowie aus: Norman Mailer, Moonfire. Ausgabe zum 50. Jahrestag, Taschen, 348 S., Fr 44.90

Daumenschrauben

Der Konflikt der Schweiz mit Brüssel wird an Schärfe zunehmen. Die EU ist fest entschlossen, das Schweizer Modell zu beenden.

Von Ambrose Evans-Pritchard

Die Schweiz ist Opfer eines diplomatischen Tauziehens in Sachen Energiepolitik und nationale Sicherheit geworden. Die erste Börsenschlacht mit der EU hat die Schweiz überstanden. Aktien von Nestlé, Novartis und UBS werden nur noch an der Zürcher Börse und nicht in Frankfurt oder London gehandelt. Das ist nicht das Ende der Welt.

Aber der Konflikt mit Brüssel wird an Schärfe zunehmen. Die EU ist fest entschlossen, das «Schweizer Modell» zu beenden. Brüssel will die Schweiz mit einem neuen Rahmenabkommen ein für alle Mal unter seine juristische und regulatorische Kontrolle bringen.

Das bedeutet, dass 120 bilaterale Abkommen, eines nach dem anderen, suspendiert werden und die Schweizer Schritt für Schritt aus dem Wirtschafts-, Verkehrs- und politischen System der EU ausgeschlossen werden, bis sie kapitulieren. Das läuft auf ein Sanktionsregime hinaus.

Auch der Energiesektor steht zur Debatte, und damit sind potenziell auch Bereiche der nationalen Sicherheit betroffen. «Für die Schweiz verschlechtert sich der Energiezugang», sagte der Doktorand Paul van Baal von der Ecole Polytechnique Fédérale in Lausanne. Die EU hat die Schweiz gezielt von EU-Gesetzen betreffend Stromnetze und Network Codes ausgeschlossen. Die Schweizer können nur eingeschränkt auf dem Elektrizitätsmarkt konkurrieren. Das erhöht die Kosten und sorgt für Konflikte.

Schweizer Strom für die Lombardei

Es ist ohnehin besorgniserregend, dass der Intraday-Handel im letzten Jahr zeitweilig gegen null zurückging. Auch können die Schweizer nicht die «Loop Flows» kontrollieren, die von einem EU-Land in ein anderes durch ihr Territorium fließen, es sei denn, man griffe zu quasimilitärischen Aktionen.

Paul van Baal glaubt, dass es als Nächstes um Zertifikate für Erneuerbare gehen wird. Die Schweiz dürfte den Äquivalenzstatus verlieren, der es erlaubt, diese Zertifikate überall in der EU anzubieten. Für Europa ist dieser wachsende Druck eine zweiseitige Angelegenheit. Die Schweiz ist eine Energiedrehscheibe. Etwa 10 Prozent der Elektrizität der EU gehen über vierzig Knotenpunkte auf Schweizer Territorium. «Davon kann man sich unmöglich abkoppeln», sagte van Baal.

Schweizer Strom versorgt die Industriezentren in der Lombardei. Der Grossteil des



«Alpenbatterie»: Staumauer Grande Dixence.

Stroms, den die Italiener aus anderen EU-Ländern beziehen, geht durch die Schweiz.

Schweizer Wasserenergie (60 Prozent des erzeugten Stroms) ist «transportfähig» und kann Versorgungslücken schliessen, wenn in Baden-Württemberg, Bayern oder im Burgund einmal nicht die Sonne scheint. Dies ist die «Alpenbatterie» für deutsche und französische Solarenergie.

Brüssel bereitet andere Strangulationsmassnahmen vor. Es gibt Drohungen, die gegenseitige Anerkennung für Exporte von medizinischem Gerät aufzukündigen. Das käme einer schleichenden Blockade gleich. «Theoretisch könnte die EU den Zugang zu praktisch allem unterbinden», sagte Pieter Cleppe von Open Europe (ein den britischen Tories nahestehender Think-Tank in Brüssel, d. Red.). «Es ist ein beunruhigender Präzedenzfall, dass ein Land aus rein politischen Motiven in dieser Weise isoliert werden kann, obwohl es nicht gegen seine Verpflichtungen verstossen hat.»

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Ambrose Evans-Pritchard ist leitender Redaktor beim *Daily Telegraph*. Seit 30 Jahren beschäftigt er sich mit Weltpolitik und Wirtschaft.

Ausland

Pawlows Gesetz

Wenn Trump twittert, setzt bei vielen Journalisten der Verstand aus. Er genießt es. Von Alex Baur

Der dreiteilige Tweet enthielt keine Namen. Aber alle glaubten zu wissen, wer mit den «progressiven demokratischen Kongressfrauen» gemeint war, denen Präsident Donald Trump am Sonntag empfahl: Geht zurück in die gescheiterten Länder, aus denen ihr «ursprünglich» herkommt; zeigt ihnen, wie man es besser macht; danach kommt zurück und sagt uns, wie es geht. Das war offensichtlich auf «den Trupp» («the squad») gemünzt: vier demokratische Abgeordnete, die Trumps Migrationspolitik fundamental bekämpfen.

«Rassismus!», ereiferten sich die Journalisten weltweit; Trump hat sich als «weisser Rassist» geoutet, echote es unisono in den Schweizer Medien. Doch der Rassismusvorwurf hält einer nüchternen Betrachtung nicht stand, selbst wenn man das «danach kommt zurück und sagt uns, wie es geht» unterschlägt (was die meisten natürlich taten).

Herkunft ist keine Rasse

Tatsache ist, dass drei Frauen des «Trupps» – Alexandria Ocasio-Cortez (Puerto Rico), Rashida Tlaib (Palästina) und Ilhan Omar (Somalia) – klassische, wenn auch zum Teil in den USA geborene Secondas sind. Sie haben ihre Herkunft selbst zu ihrem Markenzeichen gemacht. Sie darauf anzusprechen, hat nichts mit Rassismus zu tun. Auch die vierte Dame, Ayanna Pressley, stellt ihre Herkunft gerne in den Vordergrund. Ein Teil ihrer fernen Vorfahren stammt aus Afrika. Sie fühlte sich am meisten betroffen, schrie als Erste und am lautesten «Rassismus». Doch hat Trump Pressley überhaupt gemeint?

Trump beherrscht die vieldeutige Provokation wie kein Zweiter. Niemand weiss, was in seiner Seele vorgeht. Vermutlich gibt es für ihn aber nur zwei Sorten von Menschen: Freunde und Feinde; ob sie hell oder dunkel, männlich oder weiblich, alt oder jung sind, das ist ihm völlig egal. Hauptsache, sie tanzen nach seiner Pfeife. Und das tun sie.

Nach dem Prinzip der pawlowschen Hunde heult die Meute auf, wenn er ein paar Worte aus dem Giftschränk des politisch Unkorrekten klaubt und in die Welt hinaus zwitschert. Jene, die ihn eh schon hassen, hassen ihn umso eifriger. Trump kann es egal sein. Denn es gibt mindestens so viele, die das Grossmaul gerade deshalb lieben und wählen: weil er, anders als die meisten Politiker, nie ein Blatt vor den Mund nimmt.

Champion der Menschlichkeit

Eine Würdigung von Arthur Cohn

Lieber Rogi,

wie all Deine vielen Fans in der ganzen Welt bin auch ich am letzten Sonntagnachmittag bis in die Abendstunden nägelbeissend vor dem Fernseher gesessen und habe Dich fünf Stunden lang angefeuert. Ich habe über gewonnene Punkte von Dir gejubelt und wegen verlorener gelitten. Bei Deinen beiden Matchbällen hatte ich bereits ein grosses Grinsen auf meinem Gesicht; umso tiefer war die Enttäuschung, als Dein Gegner diese abwehrte und stattdessen ein Break machte. Als schliesslich Djokovic auch das dritte Tie-Break in diesem unglaublichen Match für sich entschied und als Gewinner der Partie feststand, war es, als ob jemand einen Pfeil in mein Herz bohrte. Nach fünf Stunden Achterbahnfahrt war ich emotional vollkommen durchgeschüttelt.

Langsam aber habe ich wieder zu mir gefunden, und dies vor allem dank Dir. Deine übermenschlich menschliche Art, mit Niederlagen und Rückschlägen umzugehen, sie war mir wie allen anderen Zuschauern eine echte Inspiration. Du hast Deinem Gegner umgehend gratuliert, Du hast nicht geklagt. Du sagtest, Du habest Dein Bestes gegeben, und wegen eines verlorenen Tennisspiels seiest Du nicht bereit, alles schwarzzumalen. Du würdest Dich jetzt ausruhen, im Kreise Deiner Frau und Deiner vier Kinder.

Verletzlichkeit und Echtheit

Deine wunderbare Mirka war ein Spiegelbild Deiner selbst. Während des Spiels hat sie jede Sekunde mit Dir mitgelebt. Bei Punkten von Dir hat sie frenetisch geklatscht, bei Punkten gegen Dich hat sie ihr Gesicht in ihren Händen vergraben. Aber stets stand sie hinter Dir und hat Dich mit Leib und Seele unterstützt, ihre beispiellose Liebe für Dich war für alle spürbar. Trotz der so schmerzhaften Niederlage hat sie gleich nach dem Spiel wieder gestrahlt, weil sie wie Du weiss, dass Du auf Dein Gezeigtes stolz sein kannst und dass man sich lieber an den positiven Elementen des Lebens erfreuen als sich von den negativen erdrücken lassen soll.

Es sind nicht die Glücksmomente in unserem Leben, sondern die Rückfälle, die unseren Charakter prüfen und formen. Meine Mutter, die Dichterin war, pflegte zu sagen: «Nur wer zutiefst im Schatten gleitet, findet



Im Dickicht des Schattens das Licht gesehen: Wimbledon-Liebling Federer nach seiner Niederlage.

zutiefst ins Licht zurück.» Selbst in den Minuten nach dieser brutalen Niederlage hast Du im Dickicht des Schattens das Licht gesehen. Du hast die positiven Punkte aus dem Turnier mitgenommen, Du hast bereits wieder nach vorne geschaut.

Es sind Deine Bescheidenheit, lieber Rogi, Deine Verletzlichkeit und Echtheit, die Dich zum Champion der Herzen machen. Im Gegensatz zu Deinem Finalgegner, dem mit seiner zuweilen arroganten Art und seinem hemmungslos herausposaunten Ziel, der



«beste Tennisspieler aller Zeiten» zu werden, ebendiese Bescheidenheit zu fehlen scheint. So einen Satz hättest Du nie öffentlich gesagt, Rogi. Zu viel Respekt hast Du vor Deinen Tenniskollegen, zu viel Demut hast Du in Dir selber. Du zeigst uns, dass man trotz sagen-

haften Erfolgen nie abheben darf und Proportionen bewahren soll.

Du hast in diesem Final mehr Punkte gewonnen und trotzdem verloren. Da kann Djokovic noch so viele Matches gewinnen und Deine Rekorde einholen – in einem wirst Du immer die

Nase vorn haben: Du wirst immer mehr Punkte haben. Punkte der Menschlichkeit.

Sehr herzlich,
Dein Arthur

Der Autor ist Basler Filmproduzent und sechsfacher Oscarpreisträger.

Intellektuelle Explosion

Als Gymnasiast kam ich zum ersten Mal mit Diderot in Berührung. Seither lässt er mich nicht mehr los. Mehr denn je ist der französische Philosoph ein Vorbild hinsichtlich Risikofreude im Denken. Von Hans Ulrich Gumbrecht

Tägliches Glück war es, über mehrere Monate des letzten Gymnasialjahrs in Paris zur Schule gehen zu können, wo 1967 die Fronten der Gebäude noch nicht vom einheitlichen Schwarzgrau gereinigt waren, ein silberhaarer Lehrer aus dem Elsass uns mit ebenso viel Enthusiasmus wie Geduld in die Werke der französischen Philosophen einführte und, was in meiner bayerischen Heimatstadt ganz undenkbar gewesen wäre, einer seiner Kollegen als Mitglied der Kommunistischen Partei Geschichte aus entschiedener «Klassenkampf»-Perspektive lehrte. Bildung war ein Prozess von weltoffener Wachheit.

Auf dem Weg zum Lycée Henri IV gegenüber dem Panthéon kam ich regelmässig an der grünlich verwitterten Statue von Denis Diderot vorbei, der im Philosophieunterricht als einer der «drei grossen Intellektuellen der nationalen Aufklärung» abgehandelt wurde, ohne viel Profil zu gewinnen, während mir sein Metallgesicht besonders sympathisch war – und rätselhaft. Dies muss der Grund gewesen sein, warum ich beim Münchner Studienbeginn im folgenden Herbst neben allen möglichen Veranstaltungen über «linke» Themen, wie es sich damals gehörte, auch ein Proseminar zu Diderots «Ästhetischen Schriften» belegte, ein kurzes Referat zu seiner überschwänglichen Lobrede auf den englischen Romancier Samuel Richardson hielt und immer noch nicht recht wusste, warum mich dieser Autor so faszinierte. Voltaires Lebensleistung, das war klar, lief in seinen Beiträgen zur Ausbildung der Öffentlichkeit zusammen, vor allem in Zehntausenden von Briefen, die, von den Zeitgenossen abgeschrieben und laut verlesen, noch die Politiker des 19. Jahrhunderts inspirierten. Jean-Jacques Rousseau galt den Radikalen der Französischen Revolution wie den totalitären Ideologen des 20. Jahrhunderts als Meisterdenker der Gleichheit. Diderot hingegen ist bis heute bloss ein Lieblingsautor der verschiedenen Nachwelten geblieben, für dessen Bedeutung es nie eine kompakte Formel oder einen besonderen historischen Ansatzpunkt gab.

Fünfzig Jahresgehälter im Voraus

Deshalb wohl hat das Handbuchwissen die zweieinhalb Jahrzehnte nach 1747, als er Herausgeber der grossen und Massstäbe setzenden «Encyclopédie» der Aufklärung war, ins Zentrum seines Lebensprofils gerückt und ihn damit zu einem Helden beflissener Wissensver-

mittlung gemacht, der er nicht sein konnte und wollte. Heute wissen wir, dass Diderot die tägliche Mühe des Schreibens und Korrigierens der siebzehn Bände füllenden Artikel auf den Chevalier Jaucourt als sein Faktotum abgeladen hatte und mit seiner brillanten Präsenz dem Projekt in den Pariser Salons eine Aura gab, die prominente Autoren zur Mitarbeit motivierte. Sein aus heutiger Sicht erstaunlichster inhaltlicher Beitrag ist das auf eine Werbe-Ankündigung zurückgehende Stichwort «Encyclopédie», in der Diderot konstatierte, dass man auf eine der Weltwahrheit entsprechende Einheitsstruktur des Wissens als Grundlage des Unternehmens nicht setzen könne – und zugleich ironisch, wie im Blick auf die Zensur, vorsichtig hinzufügte, dass sie, «wenn überhaupt, wohl allein im Geist Gottes existiere».

Hingegen schreiben seine bis heute hochgeprienen Artikel zu den politischen Begriffen der eigenen Zeit eigentlich nur die bis 1789

An manchen Manuskripten arbeitete er über viele Jahre mit manchmal gegenläufigen Akzentuierungen.

dominierende Aufklärungsmeinung fort, dass Monarchen und Aristokraten nun geneigt seien (oder geneigt sein sollten), «ihre eigene Macht zurückzunehmen, um dem Volk einen Spielraum zur Beteiligung an der Gestaltung von Gesellschaft einzuräumen». Diderots intellektuelle Leidenschaft aber, darauf nimmt das Wort *Métiers* im Untertitel der «Encyclopédie» Bezug («Dictionnaire Raisonné des Sciences, des Arts et des Métiers»), galt der praktischen Welt der Berufe und Werkstätten, die er in Tausenden von Stichen für die elf Illustrationsbände («Planches») dokumentieren liess und deren implizites Wissen er in Besuchen vor Ort und in Gesprächen mit den Handwerkerkern zum ersten Mal auf Begriffe brachte, «um über prägnante Beschreibungen am Ende auch die Praxis derer zu verbessern, die unsere Welt in Wirklichkeit hervorbringen». Eher als politische Machträume der Bourgeoise seiner Zeit auszubuchstabieren, nahm er so das kapitalistische 19. Jahrhundert vorweg.

Die Biografen freilich haben Diderot einen symbolischen Lorbeerkranz vor allem aus den vier Monaten gewunden, die er 1749 in einer (tatsächlich wenig beengenden) Festungshaft verbrachte, weil die Zensurbehörde zu Recht geschlossen hatte, dass in den materialisti-

schen Reflexionen seines «Briefs über die Blinden» für einen Gott kein Platz mehr sei. Dort hatte er etwa dem damals berühmten, blindgeborenen britischen Mathematiker Nicholas Saunderson eine Sterbeszene angedeihen lassen, in der er sich «nach Ruhe ohne Bewusstsein» sehnte. Andererseits scheint es den Aufklärungsforschern fast peinlich zu sein, dass Diderot die letzten achtzehn Jahre seines Lebens ohne finanzielle und politische Sorgen arbeiten konnte dank der Unterstützung der ihn bewundernden russischen Zarin Katharina der Grossen. Sie kaufte 1766 seine Bibliothek, bezahlte ihm fünfzig Jahresgehälter im Voraus für deren Erhaltung und verfügte, dass die Bücher nach seinem Tod nach Sankt Petersburg übergeführt werden sollten.

Schützender Tisch

Dort verbrachte Diderot, der nicht gerne reiste, die Monate von Oktober 1773 bis März 1774, traf sich wöchentlich mehrfach mit der Monarchin, extemporierte über Themen und Fragen, die sie ihm vorgab (etwa zur «Zukunft der Erziehung von Frauen»), und fasste bis zum jeweils nächsten Treffen seine Ausführungen in elegant geschriebenen, wenn auch naturgemäss nicht immer innovativen Dossiers zusammen (was zum Beispiel die Frauenerziehung anging, so blieb es bei der Betonung ihres Anrechts auf Bildungsgleichheit). Nicht nur von seinem Intellekt war die aller Männlichkeit zugewandte Zarin beeindruckt, wie sie an eine französische Aristokratin schrieb, sondern auch von seiner robusten Lebhaftigkeit: «Euer Diderot ist ein aussergewöhnlicher Mann. So stark gestikuliert er, dass meine Schenkel nach unseren Gesprächen blaue Flecken haben und ich mich verpflichtet sah, einen kleinen Tisch zwischen uns stellen zu lassen, um mich und meine Körperteile zu schützen.»

Statt sich an feste institutionelle Strukturen und Hierarchien zu halten, füllte Diderot energisch die Gegenwart jener neuen Lebenssituation aus. Hatte er über Jahre neben der Arbeit an der «Encyclopédie» seinen Lebensunterhalt vor allem durch Beiträge für die «Correspondance littéraire» bestritten, mit der sein Freund Melchior Grimm eine Handvoll europäischer Hochadliger über die kulturellen Ereignisse in Paris auf dem Laufenden hielt, so kümmerte er sich als Gehaltsempfänger der russischen Botschaft in Paris kaum noch darum, seine Texte zu publizieren. An manchen Manuskripten arbeitete er über viele Jahre mit immer neuen,



Welt der konkreten Dinge: Denker Diderot.

manchmal gegenläufigen Akzentuierungen – «Rameaus Neffe» zum Beispiel wurde als Satire auf die kirchennahen Intellektuellen-Feinde («les anti-philosophes») aufgenommen und geriet am Ende zu einem ironischen Kommentar über die Aufklärerkonventionen. Andere Texte ähnlicher Länge, wie etwa «D'Alemberts Traum», gelangen ihm in wenigen Tagen und liessen ein Temperament zum Vorschein kommen, dessen Effekte nicht wenige Leser für «taktlos» hielten.

In drei fiktionalen Dialogen zwischen dem Mathematiker Jean-Baptiste le Rond d'Alembert, seinem Mitherausgeber während der ersten Jahre des «Encyclopédie»-Projekts, ihm selbst als selbstironisch trockenem Philosophen, d'Alemberts Geliebter, Mademoiselle de Lespinasse, und dem Arzt de Bordeu, der als Entdecker der diagnostischen Relevanz des Pulsschlags in die Medizingeschichte eingegangen ist, spekulierte Diderot nicht nur den Materialismus als ein neues Weltbild aus, in dem Leben und Geist allein aus Atomen entstehen sollten. Er breitete vor den Lesern auch die Geschichte von der Geburt d'Alemberts als Kind einer Äbtissin und eines adligen Vaters aus, erfand eine erotische Romanze zwischen seiner Geliebten und dem Doktor de Bordeu und beschrieb den als links bekannter Mathematiker, wie er, im Fiebertraum masturbierend, sexuelle Befriedigung findet: «Er atmete mit wachsender Intensität», notierte beinahe neidisch Mademoiselle de Lespinasse, «bäumte sich für einen Moment auf, kam dann auf seine rechte Seite zu liegen, atmete ruhiger und schlief mit dem Ausdruck glücklicher Erschöpfung ein.»

Brillenträgende Geliebte

Von einem Salonbesucher auf den Text und solche Passagen aufmerksam gemacht, verlangte d'Alembert die Zerstörung des Manuskripts. Diderot entschuldigte sich, versprach, der Aufforderung nachzukommen – und liess

Ein ähnlich festes Zentrum wie seine Familie lässt sich für das Werk nicht ausmachen.

die Dialoge wenige Jahre später (noch vor d'Alemberts Tod) in der «Correspondance littéraire» zirkulieren. Trotzdem hielt er sich selbst erstaunlicherweise für scheu und reagierte immer wieder mit Panik auf die Befürchtung, Freunde zu verlieren. So war er mit fast allen Protagonisten der Salonwelt von Paris verbunden, die er nur ab und an für wenige Tage verliess, um die orthodox-katholischen Mitglieder seiner Ursprungsfamilie in Langres, nordöstlich der Hauptstadt, zu besuchen. Die Beziehung zu seiner brillenträgenden Geliebten, Sophie Volland,

lebte er nach gedämpft erotischen Anfängen in einem über Jahrzehnte höchst lebendigen Briefwechsel aus, in dem Diderot buchstäblich litt, wenn nicht jede seiner eigenen Botschaften eine schnelle und begeisterte Antwort fand.

Doch die manchmal stumme, manchmal zeternde Mitte seiner Existenz blieb bis zum Tod die vier Jahre ältere, streng religiöse Gattin «aus niederem Stand», mit der ihn permanent schlechte Laune und Angélique verband, das einzige Überlebende ihrer vier Kinder. Niemanden liebte Diderot so sehr wie diese Tochter. Ihre Bildung war das ihm wichtigste Lebensanliegen: «Ich frage Dich und ich frage alle meine Freunde», schrieb er an Sophie Volland, «ob es wohl richtig war, mit Angélique über die intimen Kontakte zwischen Frauen und Männern zu reden – sie jedenfalls hat mit so erstaunlicher Reife reagiert.» Seinen von der Zarin ermöglichten Reichtum verwandelte Diderot in eine Mitgift, die Angéliques Heirat mit einem Aristokraten möglich machte. Zwei Kinder gingen aus ihrer Ehe hervor, die im Kontext jener Zeit «glücklich» zu nennen war – und weil die Familie dem alternden Diderot einen nicht mehr fassbaren Schmerz ersparen wollte, starb er, ohne zu wissen, dass ihm seine Enkelin im Tod vorausgegangen war.

Neue Weltkomplexität

Ein ähnlich festes Zentrum wie seine Familie lässt sich für das Werk nicht ausmachen, denn eigentlich war kein Phänomen vor Diderots Interesse sicher, und jede Wahrnehmung oder Erfahrung gab er der Welt, um neue Töne oder Einsichten verändert, zurück. Als es nach 1750 zu einem Habitus für Intellektuelle wurde, sich selbst beim Weltbeobachten zu beobachten, was zu einem Bewusstsein von potenziell unendlicher Perspektiven-Vielzahl führte, reagierten die meisten der heute kanonisch gewordenen Aufklärer auf die daraus entstehende Weltkomplexität mit einem Diskurs, der die Welt in permanenter, aber «notwendiger» und mithin prognostizierbarer («geschichtsphilosophischer») Bewegung sehen wollte. Diderot hingegen genoss es, sich der neuen Weltkomplexität auszusetzen (auf ihr zu «surfen», wie wir heute sagen würden). Davon handelt der Dialog zwischen «Jacques, dem Fatalisten, und seinem Herrn», in dem er sich – was in seiner Gegenwart durchaus die Ausnahme war – über den Diener (nicht den Herrn) lustig machte, der an die Vorbestimmung allen Geschehens «in einer höheren Sphäre und ihrem Text» glaubte. Aber auch an der geschichtsphilosophischen Obsession war Diderot kaum gelegen, die Erfahrung und das Erleben der materiellen Welt – hegelianisch – in Begriffen und in Wissen «aufzuheben». Dafür war ihm die Welt der konkreten Dinge zu wichtig.

Wenn Geschichtsphilosophen à la Hegel und Marx mit dem Gedanken, dass Revolutionen einer «Vorbereitung» bedürfen, das 18. Jahrhundert am Ende zu einer solchen Vorbereitung gemacht und als «Aufklärung» kanonisiert haben, so stand – und steht – Diderots Denken an der Peripherie dieser Bewegung. Statt eine spezifische Form oder gar eine Methode der Reflexion zu begründen, die aus der Analyse der Vergangenheit durch die

Andere Texte, wie etwa «D'Alemberts Traum», gelangen ihm in wenigen Tagen.

Gegenwart in die fortgesetzte Bestimmung der Zukunft führen soll, hat er eine in viele verschiedene Richtungen strebende intellektuelle Energie freigesetzt, von der inspiriert, Autoren wie Arthur Schopenhauer, Friedrich Nietzsche und Martin Heidegger, aber auch Albert Camus, Jacques Derrida oder Gilles Deleuze seit mehr als zwei Jahrhunderten immer wieder die existierenden philosophischen Systeme herausgefordert und zum Kollabieren gebracht haben, um zu neuen Ansätzen des Denkens zu gelangen.

In unserer Gegenwart der eifersüchtigen Identitätsansprüche, des Vertrauens auf allgemeinverbindlich «ethische» Lösungen aller offenen Probleme und der Verschanzung hinter den Denkverboten politischer Korrektheit haben wir den Mut zu Diderot-artig zentrifugaler Dynamik, zu tabubrechender Taktlosigkeit und zur Risikofreudigkeit des Denkens fast verloren – vielleicht nirgends mehr als in der europäisch-intellektuellen Mittelschicht. Eine solche Atmosphäre aber braucht unbekümmerte intellektuelle Energie, den Impuls zum Risiko – und vielleicht sogar zur Taktlosigkeit – des Denkens, um lebendig und produktiv zu bleiben. Sollte unsere Zeit endlich ein Diderot-Moment sein?



Lese-Empfehlung

Die Reclam-Ausgabe von Diderots Dialog «Rameaus Neffe» in der Übersetzung, die Goethe nach seiner begeisterten Lektüre geschrieben hat. Dort konfrontiert der «Neffe» als höchst exzentrischer Protagonist einen Aufklärungsphilosophen, der heute wie eine Allegorie «politischer Korrektheit» wirken kann.

Hans Ulrich Gumbrecht ist Albert-Guérard-Professor für Literatur (emeritus) an der Stanford University, USA.

Der feine Unterschied zwischen eng und zu eng

Viele prominente Männer treten in Anzügen auf, die gepasst hätten, als sie Knaben waren. Das ist nicht nur Fashion-mässig ein Fauxpas.

Von Mark van Huisseling

Wenn man kalten Auges Bilder anschaut, die Männer an gesellschaftlichen Anlässen zeigen, fällt auf: Enge Anzüge scheinen der allgemeingültige Dresscode zu sein. Besonders Abendanzüge, schwarze Einreihler oder Smokings, werden heute hauteng getragen. Für Baschi – einen prominenten Schweizer, dessen Name mit A anfängt, habe ich leider nicht gefunden –, Sven Epiney, Marco Fritsche, Roman Kilchsperger oder Claudio Zuccolini sind *super slim suits* Pflicht, so sieht's aus. Und damit auch das gesagt ist: Wir haben es nicht mit einer Mode zu tun, die sich nur hierzulande durchgesetzt hat beziehungsweise halten konnte. Wer das Foto von Zinedine Zidane in hochgekrempeelten *Skinny Jeans* (oder war es gar keine Hose, sondern Bodypainting?) gesehen hat, vergisst es nicht mehr.

Modegeschichtlich sind enge Herrenanzüge nicht gerade der letzte Schrei – bereits in den 1950er und 1960er Jahren waren die Schnitte *sharp*. *Sharp* ist, wie man weiss, wenn man die TV-Serie «Mad Men» gesehen hat, nicht weit. Weit ist in den seltensten Fällen sexy, das ist klar. Bloss: 1960er *sharp* ist nicht das Gleiche wie 2010er *super slim*. «Ein Mann ist verführerischer, wenn er gekleidet ist. Bei Frauen ist es umgekehrt», sagte Umberto Angeloni, als er Chef und Mitbesitzer von Brioni, dem italienischen Schneider, war. Doch wenn man zu enge Kleidung trägt, ist es fast, wie wenn man keine Kleidung trüge, nur schlimmer. «Arsch frisst Hose», heisst das dann oder «Sieht aus wie ein vollgesch... Strumpf».

Hinten Lyzeum, vorne Museum

Woher kommt der Trend? Und, noch interessanter, weshalb setzte er sich durch? Miturheber waren Karl Lagerfeld und Hedi Slimane. Der Erste ging mit schlechtem Beispiel voraus, nachdem er selbst 42 Kilo in dreizehn Monaten abgenommen hatte. Von da an konnte es für ihn nicht mehr eng genug sein, der seinerzeitige Ü-70-Modemann liebte es, zu zeigen, wie dünn Leib und Beine bei ihm waren. Der Kollateralschaden: Nie traf die Redensart «Von hinten Lyzeum, von vorne Museum» besser zu. Der Zweite, Slimane, machte Dritte zu Abziehbildern, als er Chef von Dior Homme wurde und Männerkollektionen in Size Zero entwerfen durfte; die Stücke sahen in Fotostrecken an

jungen Erwachsenen, Models logischerweise, in Ordnung aus. Männer dagegen, die das zahlen konnten (Anzüge ab 3000 Franken) und zu tragen versuchten, obwohl sie ein Leben mit Familie, Arbeit et cetera hatten, wären zum Lachen gewesen, wenn sie nicht so eine traurige Figur gemacht hätten.

Von nun an ging's bergab. Respektive es pasierte, was entlang der Verwertungskette der Modebranche üblich ist: Nachdem wenige dominante Männchen den neuen Look gezeigt und also verbreitet hatten, kamen die Mitglieder der breiten Masse ebenfalls auf den schlechten Geschmack. Wobei «breite Masse» im Wortsinn verstanden werden darf – immer mehr immer weniger modische und/oder schlanke Männer meinten, sie müssten ebenfalls zurück zur Kleidergrösse, die passte,



«Breite Masse»: Lagerfeld (l.), Zidane.

als noch ihre Mütter morgens die Garderobe für den bevorstehenden Tag bereitlegten. Bis weit hinten auf der Kleiderstange beziehungsweise Zeitachse auch B-Berühmtheiten in modischen B-Ländern wie der Schweiz vom nicht mehr ganz frischen Trend erfasst wurden.

Wie bitte, alles ganz anders bei Ihnen? Sie tragen enge Anzüge, weil's a) gut aussieht?, b) Sie es sich erlauben können bei Ihrem trainierten Körper?, c) es ein Menschenrecht ist, mit der Mode zu gehen, auch wenn man nicht mehr zwanzig ist? Oder d) alle vorgenannten Gründe irgendwie zutreffen? Schön, wenn Sie das glauben. Es geht zu Herzen, wenn Leute aufbegehren und einem erklären, dass sie sich nicht beeinflussen lassen von Kräften der Industrie. Sondern einzig ihrem eigenen Stil und Geschmack verpflichtet seien und so weiter. Bloss sollte, wer das tut, sich des Films «Der Teufel trägt Prada» erinnern, besonders an die Szene, in der Modemagazin-Chefin Miranda Priestly ihrer neuen Assistentin, die ebenfalls meint, sie sei imprägniert gegen Instrumentalisierungsversuche, erklärt, wie Big Fashion ins kollektive Unterbewusstsein der Kleidung kaufenden und tragenden Menschheit eindringt und auf dieses einwirkt. Was, nebenbei erwähnt, auch der Grund sei, weshalb sie, die Assistentin, dieses Oberteil in einer Farbe, die ihr nicht steht, an habe ...

Esprit large ist besser

Darum probieren Sie, bevor Sie den nächsten Anlass besuchen, Ihren Anzug, besonders Ihren Smoking, falls Sie einen besitzen, und urteilen Sie streng über sich selbst: Bloss weil sie in Hose und Jacke noch reinschlüpfen und sie zuknöpfen können, heisst dies nicht, dass sie passen, von sitzen gar nicht zu reden. Strecken Sie die Arme aus – spannt es an den Schultern, über dem Bauch? Nehmen Sie Platz und stehen Sie wieder auf – verharren die Hosenbeine zwanzig Zentimeter über dem Boden? Bilden sich in den Kniekehlen Falten, die an die Verschiebung tektonischer Platten erinnern? Falls ja, ist ihre Kleidung zu eng, tut mir leid. Und damit verhält es sich ähnlich wie mit engem Denken – es ist unangenehm, für Sie und Ihre Umwelt/Mitmenschen. Ein *sharp suit*, scharfer Anzug, ist gut diesen Sommer. *Esprit large*, grosses Denken, ist besser. Auch was den Anzug angeht. ○

Die Bildschirm-Nackten von 1978

Die einzige Koproduktion zwischen dem Schweizer und dem DDR-Fernsehen endete im Desaster. Hauptdarstellerin war die damals 21-jährige Suzanne Stoll. Sie erinnert sich an das denkwürdige Projekt.

Von Peter Bollag

Es war der 5. November 1978, der eidgenössische Reformationssonntag. Das Schweizer Fernsehen wollte an diesem damals noch bedeutenden Feiertag etwas Besonderes bringen und zeigte als Premiere «Ursula», die Verfilmung der gleichnamigen Gottfried-Keller-Novelle.

Viele dürften wohl einen schönen Herzschmerz-Film wie «Romeo und Julia auf dem Dorfe» erwartet haben. Dabei ist «Ursula» schon als Romanvorlage eher sperrig: Die Novelle spielt in den Wirren der Reformation im 16. Jahrhundert. Der Zürcher Reformator Huldrych Zwingli predigt am Zürcher Grossmünster gegen die Missstände in der katholischen Kirche, Zürich tritt in der Folge zum Protestantismus über. Vor diesem Hintergrund erzählt Keller, dem es wohl in seiner Erzählung vor allem darum ging, jeglichen Fanatismus zu brandmarken, die Liebesgeschichte der Bauerntochter Ursula Schnurrenberger mit dem Söldner Hans «Hansli» Gyr. Eine Rolle spielt die Bewegung der Wiedertäufer, eine radikale protestantische Sekte.

Was da an jenem Novemberabend aber über die Röhrenbildschirme flimmerte, verstörte, verunsicherte und stiess sofort auf Ablehnung. Oft düstere Bilder, unterlegt mit lauter, fast aggressiver Musik. Ein derber Umgang der Geschlechter miteinander, es wurde zwar hochdeutsch gesprochen, aber auf Schweizerdeutsch geflücht. Sexszenen waren mehr als nur angedeutet; es wurde viel gezotet, auch gekotet. Es gab endlos scheinende Kamerafahrten, die Handlung wirkte nicht selten wirr und schien der literarischen Vorlage kaum zu folgen.

Bundesrat Ritschard intervenierte

Der Film löste eine Welle der Empörung aus mit wütenden Zuschauerbriefen und Telefonaten. Ebenso heftig reagierten Vertreter der Kirchen, die man mit dem Film eigentlich (auch) ansprechen wollte. Schliesslich musste sogar Bundesrat Willi Ritschard, als Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements zuständig für das Fernsehen, Stellung nehmen. Der SP-Vertreter hielt sich mit Kritik am Film nicht zurück: «Es [das Schweizer Fernsehen] hat zu wenig berücksichtigt, dass hier Be-



Suzanne Stoll, heute.



Welle der Empörung: Suzanne Stoll in der Gottfried-Keller-Verfilmung «Ursula».

reiche berührt werden, die wie Religion und Sittlichkeit zum Innersten des Menschen gehören.» Die Verantwortlichen sollten über «die ganze Sache» nochmals nachdenken. Ein bemerkenswerter Satz, war doch der Film bereits ausgestrahlt und der Schaden angerichtet worden.

Genau zwei Wochen später wurde der Film in einem anderen Land gezeigt, dessen Gesellschaftssystem dem der Schweiz zwar diametral entgegengesetzt war, in dem die Reaktionen aber ähnlich ausfielen: in der sozialistischen DDR, die den Film koproduziert hatte. Hier waren es die mächtigen Parteibonzen, die ablehnend auf sexuelle Freizügigkeiten reagierten. Gewisse politische Andeutungen, obwohl sehr diskret gesetzt, missfielen ihnen noch mehr. Der Film verschwand sofort im Giftschrank des «Arbeiter- und Bauernstaats».

Die Bundesrepublik zeigte mitten im Kalten Krieg verständlicherweise kein Interesse an einer Ausstrahlung von «Ursula». Das Projekt – die erste und einzige Koproduktion des Schweizer Fernsehens mit dem der DDR – war zwar mit viel Vorschusslorbeeren und einem grossen Budget gestartet, aber ziemlich dilettantisch umgesetzt worden.

Die Schweizer Fernsehleute hätten sich vom angesehenen DDR-Regisseur Egon Günther blenden lassen, sagt Schauspielerin Suzanne Stoll, die 1978 mit gerade mal 21 Jahren die Ur-

sula spielte. «Die waren von seinem Leistungsausweis beeindruckt und gaben ihm völlig freie Hand», erzählt sie vierzig Jahre später. «Wir als Schauspieler merkten schnell, dass sich Günther beispielsweise nie ans Drehbuch gehalten, sondern einfach spontan gefilmt hat, was ihm gerade so durch den Kopf ging.»

Die junge Schauspielerin war eben ins Ensemble des Zürcher Schauspielhauses aufgenommen worden, als sie aus Hunderten von Anwärterinnen für die Rolle der Ursula ausgewählt wurde. Um das Angebot annehmen zu

Stoll verliebte sich während der Dreharbeiten in Regisseur Egon Günther.

können, musste sie aus dem Vertrag mit dem Schauspielhaus regelrecht freigekauft werden – mit fatalen Folgen, wie sie erzählt. «Die Ursula hätte eigentlich der glanzvolle Start meiner Schauspielkarriere werden sollen, in Tat und Wahrheit war es aber bereits das Ende.»

Dies hatte allerdings nicht bloss mit der einhelligen Ablehnung des Films zu tun, sondern auch mit ihrer persönlichen Situation: Sie verliebte sich während der Dreharbeiten in Regisseur Egon Günther. Dieser hatte sich zuvor vor allem mit Literaturverfilmungen einen Na-

men gemacht, auch im Westen. «Allerdings gehörte Egon damals nicht mehr zu den privilegierten Künstlern der DDR.» Immer wieder sei er mit der SED-Führung in Konflikt geraten, obschon sich der Regisseur stets als Sozialist bezeichnete und seinen DDR-Pass bis zu seinem Tod 2017 behalten hat, auch nach der Emigration nach Westdeutschland.

«Diese Koproduktion mit dem Schweizer Fernsehen war seine grosse Chance», sagt die mittlerweile 61-jährige Suzanne Stoll in ihrer Basler Wohnung. Das Ganze hatte allerdings auch einen privaten und eher tragischen Hintergrund: Egon Günther und die Drehbuchautorin Helga Schütz hatten zusammen ein behindertes Kind. «Und die Medikamente, die das Kind brauchte, gab es eben nur im Westen.» So war das «Ursula»-Projekt für die beiden mit der Hoffnung verknüpft, dem Kind ein wenig Linderung zu verschaffen.

Die Beziehung des Künstlerpaars brach während der Dreharbeiten auseinander. Grund war die dreissig Jahre jüngere Suzanne Stoll. «Wir kamen zusammen, obwohl – so hat er mir viel später gestanden – er bei unserer ersten Begegnung gedacht habe: «Die ist hochbegabt, aber wahnsinnig», erzählt Stoll schmunzelnd.

In den folgenden Monaten mussten die beiden Mittel und Wege finden, um sich zu treffen, denn eine Ausreisegenehmigung zu erhalten, war für Günther nicht einfach. «Das war unglaublich abenteuerlich», erzählt Stoll, «und hätte wohl auch Stoff für einen eigenen Film geboten.» Für die Schauspielerin, die zwar schon in New York, aber nach eigenem Bekunden «in Deutschland nie nördlicher als in Freiburg im Breisgau war», wirkte die DDR der späten siebziger Jahre «pittoresk und in ihrer äusserlichen Schabigheit fast malerisch».

Stoll und Günther lebten zusammen, zuerst in der DDR, später in München. In den achtziger Jahren wurden ihre gemeinsamen Kinder geboren. «Nur Filmrollen bekam ich immer weniger», sagt Stoll. In Günthers Filmen durfte sie nur noch Statistin sein, möglicherweise fürchtete der Regisseur den Vorwurf, seine Frau zu privilegieren. Andere Rollen wurden Stoll kaum angeboten, vermutlich schwang da immer noch der Skandal um «Ursula» mit.

Als der Film nach der Wende endlich auch in der Bundesrepublik gezeigt wurde, flopte er. Niemand wollte diese wirre Literaturverfilmung sehen, die in ihrem künstlerischen Selbstverständnis aus der Zeit gefallen zu sein schien. Da inzwischen auch Stolls Beziehung mit Günther zu Ende war, fasste sie mit nunmehr 35 Jahren einen Entschluss: Sie verliess den Schauspielberuf und machte eine Ausbildung zur Sprachtherapeutin. Ein Beruf, in dem sie heute noch tätig ist und der sie glücklich macht: «Ich habe es keine Sekunde bereut.»

Und was den «Ursula»-Film angeht, da steht für sie fest: «Ich mag ihn mir auch heute noch nicht wieder ansehen.»

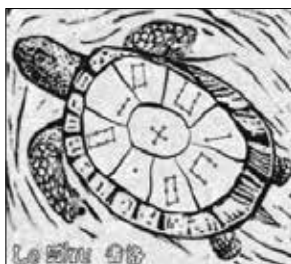
Mathematik

Jeder kann gewinnen

Welche Mannschaft nach einem Wettkampf zum Sieger ausgerufen wird, hängt mehr von den Spielregeln ab, als man zu glauben vermag.

Von François Fricker

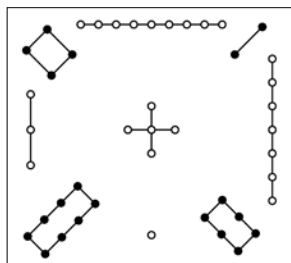
Vor über 4000 Jahren regierte in China mit Yu dem Grossen ein besonders kluger und gerechter Kaiser. In die Geschichte eingegangen ist diese halbmythische Gestalt wegen der Eindeichung des Gelben Flusses. Und den Schulkindern wird heute noch erzählt, dass Yu während eines der inneren Einkehr gewidmeten Spaziergangs am Ufer des Flusses Lo der aus den Fluten steigenden göttlichen Schildkröte Hi begegnet sei. Dabei fiel dem Herrscher auf, dass die Platten des Rückenpanzers gemustert waren:



Auf heutige Verhältnisse übersetzt, ist das ein mit den Ziffern von 1 bis 9 gemustertes Quadratnetz:

6	1	8
7	5	3
2	9	4

Der Clou: Addiert man die drei auf derselben Horizontalen, Vertikalen und Diagonalen liegenden drei Zahlen, so kommt stets ein und dieselbe Summe (15) heraus – für Zahlenmystiker auch heute noch ein weites Feld.* Tatsächlich ist dieses Diagramm selbst im China von heute unter dem Namen Lo-Shu** als Amulett immer noch weit verbreitet:



Hingegen hat man erst vor einiger Zeit entdeckt, dass sich im Hinblick auf die Spieltheorie hinter dem Lo-Shu ein Paradoxon verbirgt.

Dieses tritt in Erscheinung, wenn in einem ersten Schritt die Felder als Tennis- oder Schachspieler interpretiert werden und die Nummern als deren Spielstärke: Tritt einer der neun gegen einen der restlichen acht an, so gewinnt stets der höher bewertete. Ein nächster Schritt besteht darin, dass man die waagrechten Reihen zu Dreiermannschaften bündelt und diese etwa mit Rot, Blau und Grün benennt:

6	1	8
7	5	3
2	9	4

Wird nunmehr ein Turnier veranstaltet, in dem zuerst Rot mit jedem seiner Spieler gegen jeden von Blau antritt, so kann Rot fünf der neun Begegnungen für sich verbuchen und erweist sich damit stärker als Blau (6 gewinnt gegen 5 und 3; 8 gegen 7, 5 und 3).

Blau seinerseits ist nach demselben Prinzip stärker als Grün (7 gewinnt gegen 2 und 4; 5 gegen 2 und 4; 3 gegen 2). Trotzdem bewirkt die so gewonnene Hierarchie «Rot→Blau→Grün» merkwürdigerweise nicht automatisch, dass Rot stärker ist als Grün (fachsprachlich ausgedrückt ist «Rot→Blau→Grün» nicht transitiv, das heisst nicht in «Rot→Grün» übertragbar). In der Tat zeigt eine direkte Überprüfung, dass der Tabellenletzte Grün unvermutet den vermeintlichen Sieger Rot schlägt (2 gewinnt gegen 1; 9 gegen 6, 1 und 8; 4 gegen 1). Mit andern Worten: Die zunächst eruierte Reihung «Rot→Blau→Grün» muss durch die Endlosschleife «Rot→Blau→Grün→Rot→Blau→Grün→...» ersetzt werden. Demnach ist es trotz klaren und vernünftigen Vorgaben unmöglich, eines der drei Teams zum Gesamtsieger auszurufen.

* Siehe dazu etwa den Vers 6 im 2. Buch der Könige, 20: «... und ich will fünfzehn Jahre zu deinem Leben tun ...».
** «Shu» ist im Sinne von Orakel zu verstehen.



Die Bibel

Unschuldig?

Von Peter Ruch

Pilatus [...] nahm [...] Wasser, wusch sich vor den Augen des Volkes die Hände und sagte: Ich bin unschuldig an diesem Blut. Seht ihr zu! (Matthäus 27,24). Pilatus hätte die Kreuzigung Jesu verhindern können. Aber die Menge verlangte sie, und Pilatus war ein Politiker. Politiker waschen ihre Hände gerne in Unschuld. Heute schieben sie, um gut dazustehen, alle bösen Eigenschaften auf die Rechtsextremen und Nationalisten. In Wirklichkeit ist es der breite staatsgläubige Mainstream, der solchen Gruppierungen und Parteien den Boden bereitet. Das zeigt sich schon daran, dass der Nationalismus da am stärksten wuchert, wo der Staat übermächtig ist oder war.

Geht es nach dem Arbeitgeberverband, den Gewerkschaften und dem Bundesrat, soll sich auch die Schweiz mit dieser Seuche anstecken. Das bewährte Drei-Säulen-System der Altersvorsorge soll schleichend zum völligen Umlageverfahren werden. Es ist absehbar, dass die Mittel bald zu knapp würden und dadurch ein Bedarf, einige Volksgruppen auszugrenzen, aufkäme. Das Umlageverfahren mitsamt dem beliebten, verlogenen Begriff «Generationenvertrag» stammt ja aus der Ideenküche der Nationalsozialisten. Robert Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, präsentierte das Konzept im September 1940: weg vom Beitrags- und Kapitaldeckungsverfahren, hin zur Staatsrente nach dem Vorbild der Beamtenpension. So wurden die Menschen vom Staat abhängig. Man versprach ihnen schöne Renten für alle Staatsangehörigen «deutschen und artverwandten Blutes». Da haben wir's! Auch der Front national und die Cinque Stelle befürworteten die zügellose Umverteilung. Nur sind sie mit ihren fremdenfeindlichen Ausgrenzungsplänen ein paar Schritte voraus. Für die Schweiz besteht noch eine Korrekturchance dank der Volksinitiative «Vorsorge ja – aber fair». Sie würde in der zweiten Säule den Systemfehler, nämlich die Umverteilung von Aktiven zu Rentnern, beheben. Dadurch gewänne die arbeitende Bevölkerung ihre Rentensicherheit zurück. Das ist fair, korrekt und christlich.

Peter Ruch war Pfarrer in drei Gemeinden.



Höchst verrückte, aber wahre Geschichte: «L'incroyable histoire du facteur Cheval».

Kino

Stein des Anstosses

Ein französischer Film versucht den irrsinnigen Baumeister zu porträtieren, der in 33 Jahren das Traumschloss «Palais idéal» schuf. Von Wolfram Knorr

Am Anfang war nicht das Wort, sondern der Stein, und der Stein war bei Ferdinand Cheval, seines Zeichens Briefträger im Süden Frankreichs im 19. Jahrhundert. Er liebte den Beruf, weil er mit stundenlangen Märschen verbunden war, mit einsamen Wanderungen zu fernen Höfen, denen er die Post brachte. Während dieser Zeit konnte er tagträumen, von Gärten, Labyrinthen, von Bauten ferner Länder, die er häufig auf Postkarten sah. Doch dann, im Frühjahr 1879 – Cheval war neu verheiratet, und seine Frau Claire-Philomène erwartete ein Kind von ihm –, stolperte er auf seiner Route, fiel und erblickte einen Stein «von solch bizarrer und doch pittoresker Form» (Cheval), dass er ihn mitnahm und so fasziniert von ihm war, dass er tags darauf zurückkam, nach weiteren Steinen suchte und noch schönere fand. Mit den Steinfunden fielen ihm wieder seine Träume ein, und er begann, Steinhäufen anzulegen, und seine Pläne wurden immer massloser, verrückter, fantastischer – aber lassen konnte er nicht davon. Und so baute er in 33 Jahren ein gigantisches Traumschloss.

Ein Märchen aus «Tausendundeiner Nacht» oder der Grimms? Weder noch. Eine höchst verrückte, aber wahre Geschichte! 1912 war das Opus magnum des Postboten in der Nähe des Dorfs Hauterives abgeschlossen. Die Bewohner hielten Cheval zwar für geisteskrank, aber weil er mit seinem Bauwahn niemanden beläs-

tigte, schüttelte man den Kopf, liess ihn ansonsten jedoch in Ruhe.

1836 als Sohn eines Kleinbauern geboren, war der schwächliche Cheval, den das Militär ablehnte, früh mit dem Tod konfrontiert worden: Mit elf verlor er seine Mutter, mit siebzehn seinen Vater. 1865 starb sein einjähriger Sohn und acht Jahre später seine erste Frau, Rosalie, mit gerade 32. Er war schon immer ein Eigenbrötler, aber die Schicksalsschläge verstärkten seinen Hang zur Einsamkeit. Nur wenn er mit der Tasche voller Briefe durch die Rhone-Alpen stiefelte und tolle Postkartenmotive bestaunen konnte, war er mit sich im Reinen – und solange er bauen, Steinschicht um Steinschicht in die schrägsten Anordnungen und Figurationen bringen konnte. Das Selbstübergipfelungs-Bauwerk wurde 26 Meter lang, 14 Meter breit, 10 Meter hoch. In den 1920er Jahren wurde es von den Surrealisten bestaunt, von Picasso bewundert und von André Malraux als Inbegriff autodidaktischer Art brut gepriesen und 1969 zum Kunstdenkmal erklärt. Jährlich zieht es bis heute Besucherscharen aus aller Welt an. Ferdinand Cheval erlebte den Triumph natürlich nicht mehr; er starb am 19. August 1924.

Ein französischer Film nahm sich nun des kuriosen Schöpfers und seines Bizarr-Palasts an – und scheiterte beim Versuch, die Besessenheit des Traumtänzers Ferdinand Cheval (Jacques

Gamblin) auch nur annähernd nachvollziehbar zu machen. Der Briefträger mit seinem dicken Schnauz im hageren Gesicht, klein und schmal, war ein Kauz, aber seine offensichtlich lodernde Fantasie sprengte sich wie ein zu Stein gewordenes Feuerwerk aus seinem Inneren. Vor diesem Hintergrund hätte «L'incroyable histoire du facteur Cheval» (so der vollständige Titel) ein wenig Mut zum erzählerischen wie ästhetischen Experiment sicher nicht geschadet.

Doch Regisseur Nils Tavernier und Autorin Fanny Desmarès erzählen, höchst konventionell, ein putziges, skurriles Märchen über eine allseits belächelte Figur, die nach dem Tod der ersten Frau auf ihren Touren in ländlicher Einsamkeit die Witwe Philomène (Laetitia Casta) kennenlernt und heiratet. Dass diese eine Schönheit ist, rückt die Bizarrie nicht näher an die Wirklichkeit, sondern entrückt sie noch weiter. Möglich, dass die Macher das beabsichtigten, zu einer ansatzweisen Erklärung des ungewöhnlichen Exzentrikers trägt es allerdings nicht bei. Zwar behaupten Tavernier und Desmarès, Chevalier habe mit der Umsetzung seines Traums durch die Geburt seiner Tochter begonnen. Den spröden, menschen scheuen Postboten, den Kinder verunsicherten und in die Flucht trieben, habe die Geburt der Tochter so überwältigt, dass er seine Schöpfung ihr zum Geschenk machen wollte. Eine liebenswerte, charmante Interpretation.

Doch die unfassbare Bauobsession eines Landbriefträgers, der zu einer schöpferisch unfassbaren Mixtur aus Henri Rousseau, Antoni Gaudí, Ludwig II. und asiatischen Tempelbauern in idyllischer Südfrankreich-Provinz heranwuchert und dabei so unbedarft daherkommt wie François, der Pöstler aus Jacques Tatis «Jour de fête» (1949) – diesem geradezu schreienden Missverhältnis wird der Film nicht gerecht. Er bleibt ein hübsches Märchen über einen liebenswert seltsamen Narren. ★★★★★

Weitere Premieren

Los silencios — Unter dem Namen «iMira» werden vom 25. Juli bis 7. August im Zürcher «Kosmos», etwas später im Berner «Rex»-Kino, neue Filme (und alte, restaurierte) aus Lateinamerika gezeigt, die einen Einblick ins gegenwärtige Schaffen bieten. Den Anfang machen das Mammutprojekt «La flor» (808 Minuten!) und «Los



Magischer Realismus: «Los silencios».

silencios», der von den Problemen einer Flüchtlingsfamilie aus Kolumbien erzählt, die auf einer Amazonasinsel im Länderdreieck von Kolumbien, Brasilien und Peru unterkommt. Beatriz Seigner («Bollywood Dream») schildert den Kampf der geflohenen Mutter mit ihren beiden Kindern (der Ehemann und Vater ist in Kolumbien verschollen), anerkannt zu werden, auf der Insel bleiben zu können. Der magische Realismus, der in die Story eingefügt wird, mag der Mentalität dienlich sein, wirkt aber aufgesetzt. Handfeste soziale Probleme wiederum lässt Seigner einfach fallen. Etwa wenn ein Unternehmer den Insulanern für einen Spottpreis deren Hütten abkaufen will, um Platz für ein Casino zu schaffen. «Wenn wir nicht drauf eingehen, kommt dann das Paramilitär, um uns zu vertreiben?», fragt einer. Seinem Titel entsprechend, schweigt der Film dazu. ★★★★★



Man staunt Bauklötze: «The Lion King».

The Lion King — Die computergenerierte Neuverfilmung des Animationsklassikers (1994) in Fast-Realität ist das eigentliche Ereignis. Man staunt Bauklötze. In der Reihe der Realverfilmungen (wie «Aladdin») werden noch «Arielle» und «Mulan» folgen. In der Erzählung unterscheidet sich der König der Löwen nicht von der klassischen Story. Prominente (wie Beyoncé) geben den Figuren die Stimmen. ★★★★★

Knorrs Liste

1	They Shall Not Grow Old Regie: Peter Jackson	★★★★★
2	Yesterday Regie: Danny Boyle	★★★★☆
3	Spider-Man: Far From Home Regie: Jon Watts	★★★★☆
4	Rocketman Regie: Dexter Fletcher	★★★★☆
5	Avengers: Endgame Regie: Anthony u. Joe Russo	★★★★☆
6	Dolor y gloria Regie: Pedro Almodóvar	★★★★☆
7	Anna Regie: Luc Besson	★★★★☆
8	Long Shot Regie: Jonathan Levine	★★★★☆
9	The Dead Don't Die Regie: Jim Jarmusch	★★★★☆
10	Men in Black: International Regie: F. Gary Gray	★★★★☆

Jazz

Japan mit der Seele suchen

Von Peter Rüedi

Dante liess sich von Vergil durch die neun Kreise der Hölle führen. Aki Takase (*1948), die grosse japanische Pianistin, die sich gern in Hommagen an die Hausgötter der Jazzgeschichte zu ihrer eigenen Musik inspirieren liess (Ellington, Monk, Dolphy, W.C. Handy, Fats Waller, Ornette Coleman), wählte sich nun für ihr zwölftes Album beim Zürcher Label Intakt die japanische Malerlegende Katsushika Hokusai (1760–1849) zum geistigen Reisebegleiter zurück in ihr inneres, erinnertes Japan (Takase lebt seit 1986 in Berlin und ist mit dem Pianisten Alexander von Schlippenbach verheiratet). So wie sie zuvor schon einmal mit Paul Klee von einem Meister der bildenden Kunst als Inspirationsquelle ausging. Sie liebt es, sich durch die Konfrontation mit hochkarätiger Kunst auf die Reise zu ihrem eigensten musikalischen Kosmos schicken zu lassen.

Dadurch entsteht keine Programmmusik im illustrativen Sinn, sondern ein hoch geladenes Spannungsfeld zwischen Anlass und der aus diesem entwickelten Kunst, zwischen Vor-Bild und der von diesem entzündeten Vision. Viele von Hokusais Motiven sind zu japanischen Klischees geworden: die berühmten «36 Ansichten des Berges Fuji», die nicht weniger legendäre «Grosse Welle vor Kanagawa» oder seine subtilen Kranich- und Kirschblütenbilder. Takase macht sie wieder lebendig. Mit ihrer enormen Bandbreite baut sie Spannung auf zwischen den einzelnen Stücken, mit heftigen, geradezu gewalttätigen pianistischen Gewittern und feinsten poetischen Gebilden, zweimal auf der ätherischen Celesta hingetuschelt. Aber auch innerhalb einzelner Stücke. «Cherry» etwa baut sie aus behutsamsten Anfängen zu rauschenden Kaskaden auf und lässt sie wieder im Pianissimo verrieseln. Das ist ebenso grossartig wie der Umstand, dass bei dieser Suche Japans mit der Seele die westliche Wahlheimat nicht einfach ausgeblendet wird, sondern als der eine Pol präsent bleibt: sei es in Anklängen an Minimal Music, in liebevoller Parodie des Ragtime oder gar in einer brillanten, mit Partner von Schlippenbach vierhändig hingefetzten neuen Lesart eines Stücks aus Bachs «Wohltemperiertem Klavier».



Aki Takase:
Hokusai – Piano Solo.
Intakt CD 327



Thiel

Wissenschaft

Von *Andreas Thiel*

Chemiker: Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen an diesem Wissenschaftskongress eine sensationelle Entdeckung bekanntmachen. Der Zufall hat uns eine Wunderwaffe im Kampf gegen bakterielle Krankheitserreger in die Hände gespielt. Unsere Forschung an Bakterienstämmen hat die Erkenntnis zutage gefördert, dass der Schimmelpilz Penicillin eine antibiotische Wirkung hat.

Mediziner: Wir haben ein Antibiotikum? Sensationell!

Pharmazeut: Das wird die Pharmabranche revolutionieren.

Ökonom: Die Pharmaindustrie wird Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand generieren.

Wirtschaftsethiker: Sie unterschlagen negative Aspekte wie die Globalisierung und eine ungleiche Lasten- und Gewinnverteilung.

Moralphilosoph: Ich befürchte, dass das Penicillin einige Randgruppen ausschliessen wird. Ist es moralisch vertretbar, einem Veganer einen Schimmelpilz zu verabreichen? Der Pilz ist biologisch gesehen keine Pflanze.

Klimaforscherin: Sollte dieses Penicillin tatsächlich als Waffe gegen bakterielle Krankheitserreger eingesetzt werden, befürchte ich zudem ein weltweites, unkontrolliertes Bevölkerungswachstum. Es ist nicht auszudenken, was das für Auswirkungen auf das Klima haben könnte.

Friedensforscherin: Wir müssen sofort ein Moratorium für die weitere Erforschung von Penicillin erlassen. Es ist nicht auszudenken, was passieren könnte, wenn solche Antibiotika zu militärischen Zwecken eingesetzt würden. Die Sterblichkeit von Soldaten würde eingeschränkt, was zu einer Verlängerung von Konflikten führen könnte.

Rechtswissenschaftler: Wir werden zuhänden des internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte den Antrag stellen, die medizinische Anwendung von Penicillin weltweit zu verbieten.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Wünsche in der Zeitkapsel

Beim Grand Opening in Bad Ragaz dürfen sich die Gäste als Teil der Geschichte empfinden.

Von *Hildegard Schwaninger*

Schon beim Einchecken sieht man Bundesrätin **Karin Keller-Sutter**, die mit ihrem Mann auf der schattigen Veranda sitzt, wo ein Brunnen leise plätschert und ein riesengrosser Baum zum Meditieren einlädt. Im Sportshop probiert **Martina Hingis** die neuesten Must-have-Sneakers aus der Schweiz (On) an, in der Halle steht im weissen Tennisdress der Grossindustrielle **Thomas Schmidheiny**, vor dem Hotelaufzug begegnet man dem Skispringer **Simon Ammann** und seiner bildhübschen russischen Frau. Irgendwo filmt die Influencerin **Xenia Tchoumitcheva** mit ihrem Handy das Bergpanorama und sich selbst. Es ist Grand Opening im «Grand Resort Bad Ragaz», und das «Grand Hotel Quellenhof» boomt vor freudiger Erregung, und die Dichte an prominenten Gästen ist gross.

Gefeiert wird, dass die Hotelanlage – nach einer Renovation von fünf Monaten, die 45 Millionen Franken verschlang – in neuer Pracht eröffnet wird. Und dass das Resort 150 Jahre alt ist, seit 1869 gibt es hier die berühmten Thermalbäder.

Es war ein grosses Fest mit 360 Gästen, **Rainer Maria Salzgeber** führte durch den Abend, und Bundesrätin Karin Keller-Sutter, welche die Glückwünsche der Landesregierung überbrachte, assoziierte in ihrer Rede den Moderator mit dem Dichter **Rainer Maria Rilke**, der auch schon die Thermen in Bad Ragaz aufgesucht hätte. Keller-Sutter freute sich über die

Hoteleröffnung: «Das Leben spielt sich nicht im Rathaus ab und nicht im Parlament, sondern im Hotel», meinte sie, die selbst in einem Gasthaus aufgewachsen ist. «Das Hotel soll ein Ort der Begegnung sein. Seien wir offen, gehen wir aufeinander zu.» Sie tat das dann auch: Eine junge Frau, die von ihrer Bank zu dem Event eingeladen war, erzählte ganz beglückt, dass die Bundesrätin am Käsebuffet mir ihr gesprochen habe. **Heidi Hanselmann**, die Regierungspräsidentin des Kantons St.Gallen, redete als Freundin des Hotels und zitierte **Oscar Wilde**: «Nur für den ist der Wind günstig, der weiss, wohin die Reise geht.» Verwaltungsratspräsident **Wolfgang Werlé** hielt die Begrüssungsrede, Hauptaktionär **Thomas Schmidheiny** – der eigentliche Hausherr und Gastgeber – hielt keine Rede, war aber mit der Familie anwesend.

Für die Gäste war nichts zu gut und nichts zu teuer. Champagner und Weine wurden gereicht, auf der Terrasse und in den Speisesälen waren erlesene Buffets aufgebaut, und selbst die Küchen wurden für die Gäste geöffnet. Hier durfte man die Stars der Küche, **Renato Wüst**, den dienstältesten (seit 1979) Koch des Hauses, **Sven Wassmer**, den Newcomer, nach dem das neue Restaurant «Verve by Sven» benannt ist, und **Silvio Germann** vom «Igniv» erleben. Dass es überall Musik gab – eine Jazzcombo und eine Band mit Sängerin, zu der man bis nach Mitternacht tanzen konnte –, versteht sich von selbst.



Fast verliebt

Spuk im Elternhaus

Von *Claudia Schumacher*

Isa hatte sich auf den Besuch bei den Eltern von Alex gefreut – sie wusste ja nicht, dass sie eine Zeitreise machen würden. Aber schon auf der Türschwelle schrumpfte ihr Freund gefühlt um zwei Köpfe: Er wurde wieder Kind.

Es war eine stressige Woche gewesen, dann noch die Autofahrt ins Berner Oberland: Jetzt sind sie beide müde. Isa fand es schön, dass Alex ihr seine Eltern vorstellen wollte, und offenbar war das Interesse gegenseitig: «Wie schön, dich kennenzulernen, Isa!», sagte Alex' Mutter gleich bei der Begrüssung und lächelte freundlich. Ein Haus zum Wohlfühlen, viel warmes Holz und Familienfotos im Flur: Auf einem war der kleine Alex breitbeinig, mit verschränkten Armen und trotzigem Blick zu sehen. Isa musste lachen. Sie hatte noch keine Kinderfotos von ihm gesehen.

Wie das so ist als Paar, fühlte Isa eine Veränderung bei Alex, ohne ihn ansehen zu müssen. Eine tiefe Entspannung ging von ihm aus, seit sie das Elternhaus betreten hatten, das fand Isa gut. Erholung konnten sie beide gebrauchen. Aber dann fiel ihr auf, dass er ihr nicht den Mantel abnahm, was er sonst immer tat. Er war halt



Bergpanorama: Xenia Tchoumitcheva.



Weiss, wohin die Reise geht: Wolfgang Werlé.



Erlesene Buffets: Salzgeber (l.), Wassmer.

Eine Lichtshow, welche die Fassade des «Quellenhofs» beleuchtete, war ein Höhepunkt des Abends; dazu sang die junge Opernsängerin **Christine Zoller** von einem Balkon die Arie des Kalaf aus **Puccinis** «Turandot», die endet mit dem Wort «Vincerò» (ich werde siegen).

Ja, einen Sieg in dem umkämpften Markt für Wellness, Wohlbefinden, Anti-Aging und Gesundbleiben, das wünschten alle Gäste dem «Grand Resort Bad Ragaz» von ganzem Herzen. Das «Grand Resort» ist das schweizerischste unter den Tophotels der Wellness-Industrie. Das «Bürgenstock Resort» ist in den Händen des Scheichs von Katar, das «Chedi» gehört dem ägyptischen Investor **Samih Sawiris**, das «Grand Resort Bad Ragaz» gehört vor allem der Familie **Thomas Schmidheiny**. Kultur wird hier gepflegt, Kunst ziert die Gartenanlagen, und der Weg von den Thermen ins Hotel führt durch eine «Ahnengalerie», in der holzgeschnitzte Statuen grosser Schweizer – von **Gottlieb Duttweiler** bis **Johanna Spyri** – stehen.

150 Jahre Vergangenheit, das animierte, 150 Jahre in die Zukunft zu blicken. So gab es eine Zeitkapsel: Die Gäste kritzelten eifrig Wünsche, Beschwörungen und Hoffnungen auf Wunschzettel, die in die Zeitkapsel eingeschlossen und dann in ein Betonloch vor dem Hotel versenkt wurden. In 150 Jahren soll die Zeitkapsel geöffnet werden. Das war ein Moment, wo man sich – ganz ohne Sentimentalität – als Teil der Geschichte empfand.

Das «Grand Resort Bad Ragaz» ist ein Kurhotel für Genesende und für Rehabilitation, es bemüht sich, mehr und mehr für Familien attraktiv zu sein. Für die Kinder gibt es einen Kinder-Spa.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Und als sie dann zurückkamen aus der Küche, mit einem Espresso für jeden, überkam Isa ein ungueter Gedanke: War das womöglich gar keine Reise in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft? Würde Alex sie eines Tages nicht mehr wahrnehmen, nur noch schweigen und sich vom umsichtigen Gentleman in diesen Typen verwandeln, der sich bedienen liess? Doch bevor Isa sich reinsteigern konnte, fiel ihr die eigene Mutter ein. Was wird Alex wohl denken, wenn er bald ihr dickes, etwas bequemliches Mami kennenlernt, mit der Isa die faulsten Filmabende verbringt, auch wenn sie sonst kaum fernsieht und abends lieber zum Sport geht? Vielleicht ist es einfach so, dass es in vielen Elternhäusern ein bisschen spukt. Bestimmt wird sich Alex zurückverwandeln, sobald sie wieder über die Türschwelle treten.

sonst ein richtiger Gentleman, da gewöhnt man sich dran, und Isa mochte das. Aber es war bloss eine Kleinigkeit, unwichtig. Sie nahm sich rasch selbst den Mantel ab und folgte Alex in die Stube. Bildete sie sich das ein, oder hatte seine Körperpannung nachgelassen, schlurfte er etwa?

Ein netter Abend, Alex' Mutter hatte wunderbar gekocht. Nur musste Isa immer wieder irritiert zu Alex gucken, der viel am Handy hing wie ein ungezogener Teenager. Kannte sie gar nicht von ihm. Warum wirkte er so muffig, schien kaum zuzuhören? Lag es daran, dass seine Mutter ein bisschen viel redete? Isa wollte einen guten Eindruck machen, also warf sie sich mit vollem Elan ins Gespräch. Bis Alex und sein Vater gar nichts mehr sagten. Der Vater achtete nur darauf, dass sein Weinglas schön voll blieb. Als dann auch das Dessert gegessen war, stand Alex' Mutter auf und trug ab, Isa tat es ihr nach. Alex blieb sitzen, wie der Papa.



Unten durch

Porträtfoto

Von **Linus Reichlin**

Mein Freund Bruno hat sich in die Leiterin der Fachstelle für Gleichberechtigung einer grossen Schweizer Stadt verliebt. Er hat sie bei einer Gruppenwanderung im Bergell kennengelernt. Er zeigte mir ein Foto von ihr, aber ich wusste nicht, wie ich es kommentieren sollte, ohne den Rest meines Lebens in einem Kellerloch mit Harvey Weinstein zu verbringen. Ich sagte schliesslich: «Sie sieht sehr nett aus.» Bruno sagte: «Es ist kein besonders gutes Foto von ihr. An dem Tag war sie müde.» Er zeigte mir noch zwei andere Fotos, auf denen sie nicht müde war. «Und?», fragte er. Es war klar, dass er sich wünschte, dass ich sie attraktiv finde. Wenn wir noch im Mittelalter leben würden, hätte ich ihm auch ganz ehrlich gesagt, dass ich sie phänomenal sexy fand. Aber wir leben nicht mehr im Mittelalter. Deswegen sagte ich: «Ich finde, man sieht, dass sie eine sehr selbstbewusste Frau ist.» – «Mit dem Handy kann man einfach keine guten Porträtfotos machen», sagte Bruno gekränkt. Er behauptete, Handykameras seien zwar perfekt für Landschaftsaufnahmen, aber für Porträtfotos würden sie nichts taugen. Ich sagte, dass die meisten Leute vom genauen Gegenteil überzeugt seien. Und ich schloss mich der Meinung der meisten Leute an: Man kann mit dem Handy eine Vollmondstimmung oder einen schönen See nicht realistisch abbilden. Jedoch die Brüste einer Frau in der Regel schon.

Bruno sagte: «Wenn ich sie dir vorstelle, wirst du gleich sehen, dass ich recht habe. Alex findet auch, dass sie gut aussieht.» Alex ist Brunos bester Freund, und seit seinem Konkurs hat er nichts mehr zu verlieren. Es kann ihm egal sein, wenn bekannt wird, dass er über die Leiterin der Gleichberechtigungsstelle gesagt hat, sie sehe bombenmässig aus. Alex könnte auch mit einem aufgeklebten Hitlerbärtchen an der Grillparty seiner Ex-Frau auftauchen, die Chefredaktorin einer Modezeitschrift ist – einem Bankrotteur verzeihen die Leute alles. Aber ich bin noch im Geschäft. Ich will nicht eines Morgens in der Zeitung lesen: «Der Kolumnist R., der die Leiterin der Fachstelle für Gleichberechtigung der Stadt Z. als «bombenmässig sexy» bezeichnete und der dadurch einen internationalen Shit-

>>> Fortsetzung auf Seite 64

storm auslöste, wurde heute morgen erhängt aufgefunden. Noch ist nicht klar, ob es Suizid oder Mord war – ist auch egal, er hat beides verdient.» Bruno sagte: «Alex hat meinen Schatz sogar mit Cate Blanchett verglichen, immerhin eine der schönsten Frauen Hollywoods. Aber gut, wenn du sie nur <nett> und <selbstbewusst> findest...» Ich sagte: «Bruno, du bewegst dich gerade auf dünnem Eis! Dieses <nur> würde dein sogenannter Schatz bestimmt nicht gerne hören.» Bruno sagte, ich hätte ein veraltetes Bild vom Feminismus, sein Schatz habe schon längst erkannt, dass man sich jetzt für die Gleichberechtigung der Männer einsetzen müsse, um schlimmes Unrecht zu verhindern. Er zeigte mir ein weiteres Handyfoto, auf dem sein Schatz in einem roten Bikini am steinigen Ufer des Bergeller Cavlocsees lag. Die Schönheit des Sees war wegen der kurzen Brennweite der Handykameralinse nur zu erahnen, aber die des Körpers stach deutlich hervor.

«Und», fragte Bruno, «was sagst du jetzt?» – «Man kommt», sagte ich, «nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht.» Es war ein Zitat von Simone de Beauvoir, aber es hätte von mir sein können. Bruno sagte, er habe gar nicht gewusst, dass ich politisch so korrekt sei, und ich dachte: «Was findet ein so geiles Betthäschen nur an einem Kurzwarenhändler wie Bruno! Ich kenne doch seinen Schwanz vom Duschen in der Rekrutenschule, und ich bezweifle sehr, dass der seither gewachsen ist!»

Ich war plötzlich richtig sauer, dass er eine so scharfe Freundin hatte, und mit grösstem Genuss sagte ich: «Bruno, ich bin wirklich tolerant. Aber dass du hier Bikinifotos deiner Freundin rumzeigst, ist echt sexistisch!»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Der vergessene Chardonnay

Von Peter Rüedi

Merkwürdig, wie Hierarchien zuweilen unsere Köpfe und unsere Kehlen blockieren. Zum Beispiel das nirgends fixierte, aber von jedem Geniesser als selbstverständlich vorausgesetzte Gefälle in der Weingeografie des Burgunds von Nord nach Süd. Vom Spezialfall Chablis einmal abgesehen, glänzt ganz oben die nicht von ungefähr so genannte Côte-d'Or, zweigeteilt in die Côte de Nuits und die Côte de Beaune, die Gegend entlang dem Hügelzug zwischen Dijon und Santenay, wo sich die Strassenkarte liest wie die Weinkarte eines Spitzenlokals. Zwischen Tournus und Mâcon liegen dann das Mâconnais und, anschliessend daran, entlang dem Ufer der Saône, das Beaujolais. Zwischen der Côte-d'Or und dem Mâconnais aber finden wir die Côte Chalonnaise, von allen genannten Zonen die gemeinhin am wenigsten bekannte (genannt nach der nahe gelegenen Stadt Chalon-sur-Saône). Dort liegen die Orte Mercurey (am ehesten noch im Bewusstsein der Burgunder-Fans) und Rully, nach wie vor ein Geheimtipp, der längst ein Ausrufe-

zeichen oder zwei verdiente. Es ist schon so, dass diese Weine nicht ganz an die benachbarten Ikonen aus Corton oder Meursault heranreichen mögen, genauer: an die Spitzen aus diesen Lagen. Aber es ist auch so, dass an der Côte-d'Or nicht alles Gold ist, was dort produziert wird, und umgekehrt in den südlicheren Lagen, nicht einmal im seit Jahrhunderten vielgeschmähnten Beaujolais, alles Schrott.

Das ist die Lektion dieses Rully von David Moret, den ich dem Hinweis von Adrian Gatti von Vinoversum danke. Er bezeichnet Moret als einen aufstrebenden «micro-négociant», der mit Trauben befreundeter Partner auf mehreren Hochzeiten tanzt: der hochpreisige Puligny-Montrachets und Lagen-Meursaults vinifiziert, aber eben auch, mit der gleichen Akribie, diesen Rully, dessen Preis-Genuss-Verhältnis jeden Etikettentrinker erblassen lässt. Er ist kein Coche-Dury, aber weit mehr als ein «Chardonnay von nebenan»: Pfirsich und Aprikosen in der Nase, viel Substanz am Gaumen, etwas Vanille vom Jahr in Barriques, auch ein paar sehr feine Karamellnoten. Gute Säure, versteht sich, für einen so austarierten und, ja, auch ambitionierten Wein. Eine schöne Überraschung. Gatti offeriert ihn bis Ende Juli zu einem Spezialpreis, wie auch eine ganze Reihe von Rosés. *Not my cup of tea*. Allerdings findet sich unter dem üblichen Rosé-Angebot auch Originelles, so ein fruchtig-würziger Rosé, den der junge österreichische Kremstal-Crack Philipp Bründlmayer aus Zweigelt gekeltert hat. Ein richtiger Wein im Kostüm eines Rosé.

David Moret Rully AOC 2016.
13 %. Vinoversum, Neftenbach. Fr. 27.90.
www.vinoversum.ch

Josef & Philipp Bründlmayer Rosé vom Zweigelt 2017.
12 %. Ebenda. Fr. 12.10



Salz & Pfeffer

Entspannt geschmackvoll

Von David Schnapp

Es gibt drei Drei-Sterne-Köche in der Schweiz, alle natürlich auch mit der «Gault Millau»-Höchstnote von 19 Punkten ausgezeichnet. Der eigenwilligste von ihnen

ist der gebürtige Bayer Peter Knogl. Die Konsequenz und Kompromisslosigkeit, mit welcher der Bauernsohn seine Idee von exzellenter Küche verwirklicht, ist bewundernswert. Knogl sucht manchmal monatelang, bis er ein Produkt gefunden hat, das seinen hohen Anforderungen entspricht, und er bedient nur eine genau festgelegte Anzahl Gäste pro Essen und keinen einzigen mehr. Der Grund ist einfach: So ist konstante Qualität jederzeit garantiert.

Der Rahmen des «Cheval Blanc» im Basler Stadthotel «Les Trois Rois» mag barock wirken mit Kellner im Frack, Porzellan aus Limoges und Silberbesteck von Robbe & Berking. Trotzdem sind die Gerichte von Peter Knogl überraschend lässig und entspannt, weil sein Fokus allein auf dem hervorragenden Geschmack der Speisen liegt. Die Kompositionen bestehen im Wesentlichen aus einem hervorragenden, perfekt zubereiteten Produkt und einer harmonischen Sauce. Ab und zu kommt eine unschein-

bare Paste, eine Creme oder ein Gel dazu, die im Hintergrund die geschmackliche Wahrnehmung steuern: Steinbutt aus dem Atlantik an Basilikum-Beurre-blanc und mit etwas Tomate. Oder bretonischer Hummer mit Imperial-Kaviar und einer Vin-jaune-Sauce, welche eine perfekte Balance aus Süsse, Säure und Tiefe hat, um den edlen Fisch – bildlich gesprochen – auf einem Silbertablett aromatisch zur Geltung zu bringen.

Fisch ist Peter Knogls Paradedisziplin, ich bestelle aber immer auch das Kalbsbries. Es erinnert mich an die Weihnachtessen meiner Kindheit, auch wenn meine Grossmutter es damals nicht mit Yuzu und Pilzcreme gewürzt hat. Ehrlich gesagt, schmeckt es im «Cheval Blanc» sogar ein bisschen besser.

Cheval Blanc by Peter Knogl, Hotel Les Trois Rois, Blumenrain 8, Basel, Telefon +41 61 260 50 07
Sonntags und montags geschlossen.

David Schnapp ist Autor beim Gault-Millau-Channel.



Auto

Sachlich, praktisch, gut

Schweizer fahren gerne Skoda. Am Kompakt-SUV Karoq kann man sehr gut erkennen, warum das so ist. *Von David Schnapp*

Der Name mag befremdlich bis schräg klingen, aber der Karoq von Skoda ist ein gelungenes Fahrzeug, das ausgezeichnet in die schweizerische Mobilitätslandschaft passt. Der tschechische Hersteller Skoda, der seit 1905 Autos fertigt, hat es auf dem hiesigen Markt weit gebracht: Auf Platz eins der Zulassungen zwischen Januar und Mai 2019 liegt gemäss der Statistik von Auto Schweiz ein Skoda, unter den zehn meistzugelassenen Fahrzeugen sind gleich drei Skodas, mein Karoq liegt auf Rang vier.

Man muss nur ein paar Meter weit fahren, um zu erkennen, warum das so ist. Der Karoq sieht gut aus, ohne dass es dafür herausragende Designmerkmale braucht. Sitzt man drin, entwickelt das Auto ein Stück weit die sachliche Atmosphäre eines Handwerker-Transporters, es gibt überall Fächer und Ablagen, die praktisch und robust ausfallen. Zum Beispiel eine Klappe auf dem Armaturenbrett, die sich auf Knopfdruck öffnet und wo Notizblock, Kabel oder was auch immer versorgt werden können.

In der Variante Sportline gibt es ein paar Gestaltungsmerkmale, die dem Eindruck des rein auf maximalen Alltagsnutzen getrimmten Autos glücklicherweise entgegenwirken: getönte Scheiben, schwarze Räder und Dachreling oder ein unten abgeflachtes Lenkrad illustrieren Dynamik. Dazu gehört auch ein Klangmodul, das im Sport-Modus für die Passagiere einen kernigen Motorsound darstellt, der allerdings nur im Innern des Fahrzeugs zu hören ist.

Skoda und die Schweiz

Diese sachliche, zurückhaltende Art ist offensichtlich vielen Schweizer Autofahrern sympathisch. Dazu kommt ein technisch hohes Niveau – vom digitalen Cockpit über das intelligente Allradsystem bis zu einer ganzen Reihe moderner Assistenzsysteme ist der Kompakt-SUV, der bloss etwas mehr als 1500 Kilogramm wiegt, sehr gut ausgestattet. Mit 190 PS ist der Karoq zudem anständig motorisiert, aber auch

hier wird nicht übertrieben – eine Sportkanone entsteht mit dieser Leistung noch nicht. Denn trotz allem ist der Karoq eher für die gemütliche Familienausfahrt gemacht als für hochdynamische Kurvenfahrten. Das Fahrwerk ist ausgesprochen komfortabel und animiert einen eher dazu, den Ellbogen bequem auf der Türe abzulegen und die Fahrt zu geniessen.

Der Name Karoq soll übrigens auf die Ureinwohner Alaskas Bezug nehmen und so viel wie «Auto» oder «Pfeil» bedeuten. Das scheint für ein Auto aus Tschechien etwas weit hergeholt, ändert aber nichts am sympathischen Auftritt der Marke. Kürzlich war ich übrigens in Bratislava, wo Skoda Modelle der Zukunft vorgestellt hat. Besonders interessant für Schweizer Kunden könnte der elektrische Citigo e werden, der zu einem Preis von unter 20 000 Franken verkauft werden soll und batteriebetrieben 265 Kilometer weit kommt. Es sieht so aus, als würden Skoda und die Schweiz auch weiterhin gut zusammenpassen.

Skoda Karoq Sportline

Motor: Vierzylinder, TSI Benzin; Leistung: 190 PS/140 kW
Hubraum: 1984 ccm
Max. Drehmoment: 320 Nm (bei 1500 U/min)
Verbrauch (NEFZ): 7,0 l/100 km
Höchstgeschwindigkeit: 211 km/h
Preis: Fr. 38 330.–, Testfahrzeug: 46 387.–



Tamaras Welt

Egomonster Klimaanlage

Wer die Klimaanlage als «sexistisch» verteufelt, hat eindeutig einen Sonnenstich. Nur sind die Männer nicht ganz unschuldig, wenn viele Frauen im Sommer frieren. *Von Tamara Wernli*

Die Klimaanlage ist ungesund, schlecht und sexistisch.» Den Tweet setzte jüngst eine US-Journalistin ab – und kassierte dafür, wenig überraschend, viel Applaus. Es liegt im Trend, alles, was einem nicht in den Kram passt, mit dem Reizwort «sexistisch» zu brandmarken. Der Kommentar bezog sich auf einen Artikel in der *New York Times* über Air-Conditioning. Unter anderem wird darin eine Studie erwähnt, die besagt, dass Gebäudetemperaturen, die einst für «die Komfortvorlieben von Männern in Anzügen der 1960er Ära» eingestellt wurden, den «Thermalkomfort» von weiblichen Mitarbeiterinnen vernachlässigen.

Die Klimaanlage deswegen als patriarchalisches Ünding zu verteufeln, ist natürlich Unsinn, mit dem Rest aber bin ich einverstanden: Die Klimaanlage ist ungesund, schlecht, und sie lässt viele Frauen im Sommer leiden. Es sind vor allem Männer, die eine traute Zuneigung zur Klimaanlage hegen. Man kann ihnen deswegen aber keinen Vorwurf machen. Denn obwohl die Temperatur des menschlichen Körpers bei Männern und Frauen bei permanenten 37 Grad liegt, frösteln Frauen schneller, das ist wissenschaftlich belegt. Wieder so ein verflixter biologischer Nachteil, aber wenigstens ist es einfacher, sich etwas überzuziehen als umgekehrt – ausziehen am Arbeitsplatz funktioniert halt nur begrenzt. Verantwortlich dafür, dass viele Frauen selbst im Hochsommer ein Jäckchen mitführen, ist die dünnere Haut, wir haben weniger Muskelmasse, eine andere Durchblutung, produzieren weniger Wärme.

In der Schweiz ist der Air-Conditioning-Hype zum Glück harmlos. In den USA, wo im Sommer in knapp 90 Prozent der Haushalte eine Klimaanlage surrt und Leute gekühlte Räume als eine Art Menschenrecht sehen, ist

für uns ein Restaurant- oder Shopping-Mall-Besuch ohne Wintermantel und Fellstiefel kaum erträglich. Bloomingdale's kühlt auf 21 Grad herunter, bei 28 Grad Aussentemperatur ist das wie der nahtlose Übergang von der Sauna ins Gefrierfach. Ich logierte einmal in einem Hotel auf den Bahamas. Im Freien war es 32 Grad warm, drinnen sackte die Temperatur auf 20 Grad ab – so stellt man sich einen Aufenthalt im Iglu im Sommerkleidchen vor. Zugegeben, die Garderobenfrage war denn auch mein grösstes Problem; statt im Restaurant in netten Outfits zu punkten, bin ich allabendlich mit lebhaft geröteter Nase und Hoodie eher durch Stilunsicherheit aufgefallen. Dass viele Hotelgäste den Platz direkt unter der Klimaanlage bevorzugen, obwohl sie dann während des gesamten Urlaubs davon in Anspruch genommen sind, unablässig den Schleim hochzuziehen und die Hotelapotheke aufzusuchen, ist ein ungeklärtes menschliches Phänomen.

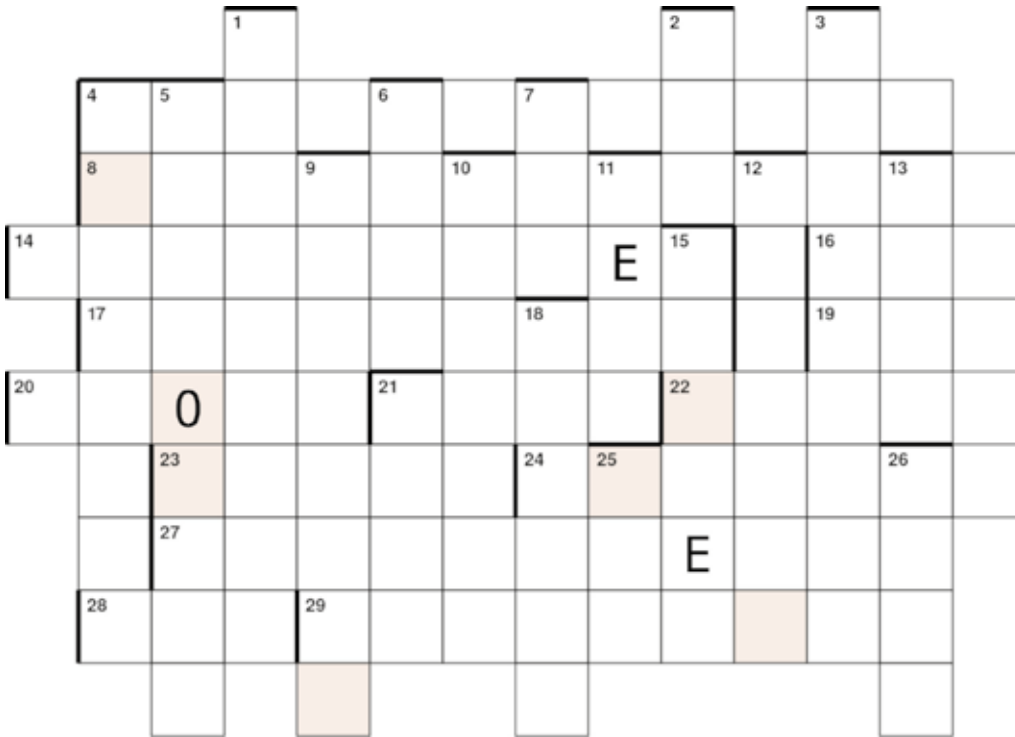
Der US-amerikanische Wissenschaftler Stan Cox kritisiert in seinem Buch «Losing Our Cool», dass Air-Conditioning zu einem Teil des amerikanischen Lebensstils geworden ist. Klimaanlagen hält er nicht für sinnvoll. «Die meisten Klimaanlagen kühlen nicht Menschen, sondern Holz und Beton», sagte er in einem FAZ-Interview von 2011. «Wenn die Bewohner eines Hauses morgens in ihrem klimatisierten Auto in ihr gutgekühltes Büro fahren, läuft zu Hause die Anlage weiter. Ich schätze, dass 97 Prozent der Energie an das Haus verschwendet werden und nur 3 Prozent seinen Bewohnern zugutekommen.» Er schlägt die altmodische Art der Abkühlung vor: Ventilator an, viel Wasser trinken und nachts die Fenster öffnen.

Ein bisschen Kühlung geht ja in Ordnung. Auch ist sie an bestimmten Orten wie OP-Räumen nachvollziehbar, schwitzende Chirurgen möchte niemand über sich gebeugt haben. Auch ältere Menschen leben gekühlt gesünder. Nur ist es eben absoluter Irrsinn, wie künstliche Kälte vielerorts auf die Spitze getrieben wird. Es gibt keinen Grund, bei sommerlicher Hitze Räume in Kühlschränke zu verwandeln – oder wegen der Klimaanlage im geparkten Auto den Motor laufen zu lassen: der Öko-Unfug schlechthin. Das Problem an der Klimaanlage im Büro ist ja auch, dass sie ein oder aus ist, so ein bisschen Air-Conditioning gibt's eigentlich nicht. Ein interessanter Aspekt ist zudem, dass die meisten Männer im Sommer die Klimaanlage mehr aufdrehen, die Frauen im Winter die Heizung, die Damen somit vermutlich im Winter klimaschädlicher sind und die Herren im Sommer.

Meistens ist es der Gebäudemanager, der Schuft, der eine Temperatur als angenehm definiert. Es gibt Studien, die besagen, dass sich Männer am Arbeitsplatz im Sommer bei 21 Grad wohl fühlen, Frauen mögen es 2,5 Grad wärmer, persönlich finde ich 26 Grad perfekt. Selbst bei einem Kompromiss von 23,5 Grad würde es also der eine noch immer als warm empfinden, der andere als kühl – und beide wären gleichermassen sauer. Natürlich ist es schwierig, die passende Temperatur für jeden zu finden, und Hauswarte gehen wohl ohne böse Absicht vom eigenen Gutdünken aus – oder drücken aufs Knöpfchen, sobald sich aus der Männerriege einer über Hitze beklagt.

Bei der Temperatur denkt eben jeder an sich selbst. Vielleicht können wir ja kollektiv einsehen, dass es nicht immer für alle aufgeht. Anstatt Frauen im Büro permanentem Frösteln auszusetzen, wieso nicht die Kleidervorschriften im Hochsommer etwas lockern, Krawatten- und Anzugspflicht kippen? Das wäre nicht nur ökologisch sinnvoller, sondern auch gesünder. Ansonsten, ja, im Sommer ist es heiss: Kommt damit klar.

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel.
Aktuelles Video auf www.weltwoche.ch



Lösungswort — Baut sein Nest zuoberst.

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — **4** Grosszügiger Stripklubbesucher oder grosse Leuchte. **8** Hat Flugschüler bei Sturmprognose; Lehrer wünscht sich, dass der Schulausflug so verläuft. **14** Tut die ganze Vogelschar nebst Pfeifen und Zwitschern. **16** Kfz oder unsichererweise 1234. **17** Misogynie nach Frauenaustausch, inklusive meinereiner. **19** Bedeckt Organ im Kopf und anderswo den Topf. **20** Netzausdruck für Handlungsausdruck im Stil von *denkt nach*. **21** Was bei Shakespeare zumindest zum Teil hier die Frage war, ist hier gefragt. **22** Die Goldene Stadt im Nordosten, endlich im Norden zudem Putzutensil. **23** Traditionell aus Kalebasse gebaute orientalische Laute. **24** C₂H₆O: der Sprit im Sprit. **27** Treiben Ränke-Schmiede und zuletzt überdies nicht zuletzt Versessene. **28** Von Rockstar entwickelter Rockstar unter den Open-World-Spielen. **29** Teil des Teils des Dreigestirns: Löst in Alpinisten Ehrfurcht aus.

Senkrecht — **1** Name der Dame aus von Rohr und eingebürgerter Rockröhre. **2** Gefördertes – als Vorsilbe befördernd – mineralhaltiges Krustenprodukt. **3** Dafür – partizipiert umgangssprachlich verwirrt – ist organisatorisches Talent nicht vonnöten. **4** Anhaltende Kälte drückt auch beim wohltemperierten Klavier darauf. **5** Killed the cat, scheint hingegen affigem George nicht geschadet zu haben. **6** Cléments Brachmond, ist leicht geschüttelt überdies hierzulande ebender. **7** Damit wird Tier zum Mensch, der zum Tier wird. **9** Sie sind an Pflanzen oder in Ranzen zu finden. **10** Exzessives Sonnetanken in Sonnenbanken verleiht der Pelle solchen Look. **11** Steht bei Abstimmungen, jedoch höchstwahrscheinlich nicht bei Wahlen, zur Wahl. **12** Weitgehend mit italienischem Flitzer kongruente, ebenda gelegene Stadt. **13** Solange dauert's jeweils bis Ungeduldiger sein Paket erhält. **15** Sister's, brother's or corresponding in-law's son. **18** Etwa Mars, Milky Way oder mit verkürztem i Fuss des Orion. **21** Inderinnentoga mit Zierborte an der Koda. **25** Trifft le goal, la cible oder geht daneben. **26** (Suche danach) treibt el sowie il surfista an.

I=J=Y © Andri Martinelli – Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 626



Waagrecht — **5** Aus GEHEIMNISSE wird «JHKHLPQLVVH» (Caesar-Verschlüsselung) **10** WASSERSTAND **14** TEENIESCHWARM **16** EG: Exempli Gratia **17** Arthur DENT: engl. Beule **18** FAD: schal oder engl. Modeerscheinung **20** TIA: span. Tante **21** (N/k)USCHELN **22** RASEN **25** IHN **26** PHOBIKERIN **27** OGI **28** WAESSERN: Anagramm von Esswaren **29** TRAENENGAS **30** ADER

Senkrecht — **1** BEWEGUNG **2** (EISEN) HOWER **3** Den AST absägen, auf dem man sitzt. **4** HENRI: SI-Einheit und Henry David Thoreau **5** (GREEN)(HORN): engl. Neuling **6** HANDSPIEL **7** NR steht bei Wohnungsanzeigen für «Nichtraucher». **8** SAAT: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. **9** ID **11** (SIE)(CHEN) **12** ESTEBAN: span. Form von Stefan **13** S(HANKS): engl. improvisierte Messer **15** «MAENNER sind Schweine» (Die Ärzte) **18** F(LIEGE) **19** (Sport-)DRESS **23** AREAL **24** SIR: engl. Anrede und Adelstitel

Lösungswort — **BRANDWUNDE**

WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com



Calatrava Ref. 6006G